

*The End*

*naja, es ist ja bald  
Sommer...*



Sonderinfo zur **Wildcat** 45

INFO Nr. 22  
Juni 1988

Arch W  
3452



**Schon gemerkt?  
Es ist Frühling!**

**Inhalt:**

- \* Protokoll der letzten wildcat-Redaktion S. 5
- \* Streik der Chausson-Arbeiter S. 8
- \* Streik der SNECMA-Arbeiter S. 10
- \* Streik der Ford-ArbeiterInnen in GB S. 24
- \* Bewegung der Lokführer in Italien S. 37
- \* Begräbnis 3. Klasse - in Rheinhausen S. 43
- \* Kritik der Naturwissenschaften S. 47
- \* Flugblätter von KrankenhausarbeiterInnen aus Kiel, Berlin und Freiburg S. 50
- \* Frankfurter TaxifahrerInnenkollektiv S. 59
- \* Vorschlag zu einem Projekt: Klassenkämpfe in den USA S. 62
- \* Artikel aus Wobbly/Collegamenti zum Börsenkrach und Klassenkampf S. 63
- \* Papier zu "Geld, Währung, Klassenkampf" S. 71

Wir haben es diesmal nicht geschafft, pünktlich zu Anfang des Monats zu erscheinen: aber dieses ist ja auch ein Sonderinfo zur Wildcat 46, das außerhalb der Reihe erscheint. Drin sind die Artikel zu den Streiks in Frankreich und Großbritannien in ganzer Länge, außerdem noch ergänzende Sachen. Dementsprechend dick ist es geworden, und dementsprechend könnt Ihr es ausnahmsweise auch einzeln bestellen.

Das nächste reguläre Info wird etwa Mitte Juli erscheinen. Drin sein werden, wenn alles gut geht, zumindest folgende Sachen:

- \* ein Papier zu Lotta Continua
- \* ein Versuch, die Wobblies mal genauer politisch zu diskutieren
- \* ein Text zu den Räte- und Linkskommunisten in Deutschland bis etwa 1930. Der ist diesmal rausgefallen, weil es uns sinnvoller erscheint, ihn zusammen mit den beiden anderen Sachen zu veröffentlichen als im Rahmen einer Sondernummer zur Zeitung. Außerdem wären's nochmal 15 Seiten extra gewesen.

Das nächste Info wird also vor allem die Debatte um revolutionäre Organisationen in diesem Jahrhundert fortsetzen, weiteres Material zur Verfügung stellen. Wir hatten letztes Jahr verabredet, uns die historischen Organisationsversuche genauer anzusehen. Dafür bildete Lenin den Anfang, mit den beiden Texten bekam die Diskussion aber bisher ein etwas komisches Schwergewicht: wir wollen nicht alle möglichen Modelle buchstabieren, oder uns von Lenin irgendwelche Rezepte aneignen. Gerade der Lenin-Text im letzten Info könnte diesen Eindruck fördern, bleibt er doch unhistorisch und schafft es nicht, "Was Tun" als Intervention in einer bestimmten Situation einzuordnen. In späteren Schriften z.B. betont Lenin gerade die Spontaneität und die Einheit von politischen und ökonomischen Streiks, während eine Lektüre von "Was Tun" als Rezeptbuch sehr schnell zu ideologischen Kategorisierungen führen kann. Es muß uns also bei dieser Diskus-

sion darum gehen, an diesen Texten den Zusammenhang von Organisierung und Klassenzusammensetzung zu klären, an der Frage, wie wir durch Organisierung die Revolution beschleunigen können, nicht wie in den 70ern ideologische Versatzstücke zu neuen Modellen zusammenzukleistern. Gibt es überhaupt politische Hebel, die uns dieses ewige Rumwurschteln und Warten erparen, was ist denn nun unsere Rolle als organisierte Revolutionäre im Klassenkampf??

**ein paar  
Anmerkungen zum  
Inhalt:**

In der Wildcat haben wir im Artikel zu den Streiks in Frankreich (SNECMA und Chausson) die Rolle militanter Kerne während und vor diesen Streiks fast vollständig rausgestrichen. Nicht weil wir ideologisch borniert sind und alles, was trotzkistische ArbeiterInnen tun, von vornherein für falsch halten. Aber in den beiden Artikeln blieb ihre Rolle zu undeutlich. Bei der SNECMA waren wohl Militante von LO seit einem Jahr im Betrieb, und ein Großteil der Kommunikation zwischen den Werken während des Streiks scheint über sie gelaufen zu sein. Bei Chausson initiierten Leute von LCR eine ArbeiterInnenzeitung, die in Versammlungen während der Arbeitszeit gemacht wurde und wohl bei der Vorbereitung des Streiks eine Rolle spielte.

Jedenfalls haben wir den Eindruck, daß in den kommenden Klassenkämpfen sich auch die Linke neu zusammensetzen beginnt (quer zu den Kästchen: "Anarcho/a, Trotzki, OperaistIn, RätekommunistIn" .... siehe auch die paar Anekdoten aus Rheinhausen) - und das ist gut so. Was in den Artikeln ganz kurz aufleuchtet, kann für unsere Diskussion eine Rolle spielen. Das sind Punkte, an denen unsere Diskussion weiterkommen muß: unsere Rolle als organisierte Revolutionäre in der Fabrik; die Schwierigkeit, über einen rein untersuchenden Standpunkt

hinaus zu intervenieren, sich in Beziehung zu den Selbstorganisationsprozessen der Klasse zu setzen. Unsere Interventionsversuche führen meist zu Rauschmiß oder Frust, ohne tatsächlich etwas in Gang gesetzt zu haben. Und das liegt sicherlich nicht allein daran, daß wir meist einzeln in irgendwelchen Fabriken stecken. So, wie es in den Artikeln beschrieben wird, scheinen die Rangesweisen dieser politischen Kerne in Frankreich Vorstellungen, die in unserer Debatte immer wieder auftauchen, zu gleichen. Aber bisher wissen wir viel zu wenig darüber, um das genauer diskutieren zu können. Es wäre notwendig, diese Erfahrungen in die Diskussion um ArbeiterInnen-Netz und Organisierung in der Fabrik einzubeziehen.

Ein zusätzlicher Punkt, der deutlich macht, daß wir zwar immer wieder Artikel aus Italien und Frankreich übersetzen, aber über die "Europäisierung des Kapitals" und Klassenkämpfe in Westeuropa kaum vernünftig diskutieren können: schon beim Übersetzen fällt immer wieder auf, wie ungenau und dürftig unser Wissen in der Richtung ist. Das steht jetzt an: das genauer zu diskutieren, auch mit GenossInnen aus anderen Ländern. Und es wäre ja auch ne Überlegung, mal ein Interview mit den Kadern zu machen, die bei der SNECMA waren.

Aber das sind noch Projekte. Wenn die geneigte LeserInnenschaft dem unter die Arme greifen könnte ...??



**WILDCAT - INFO**

c/o J. Kuri  
Postfach 35 31  
3300 Braunschweig

Konto-Nr. 1 263 882 01  
J. Kuri  
Dresdner Bank Braunschweig  
Bankleitzahl 270 800 60

Das Info gibt's nur im Abo. Es kostet 2,- DM pro Stück + 1,- DM Versand/Porto pro Ausgabe (also Abo über 1 Exemplar 13,- DM, über 2 Exemplare 25,- DM, usw., jeweils für 6 Ausgaben.)

Das Info erscheint normalerweise monatlich, außer in den Monaten, in denen die Wildcat erscheint.



Beim Frankreich-Artikel blieben ebenfalls einige Fragen ungeklärt. Wieweit war dieser Streik korporatistisch orientiert (staatlicher Betrieb; Subventionen für die Luftfahrtindustrie)? Wie sieht es mit den neuen Zügen des Streiks im Vergleich zu 68 aus, die im Artikel behauptet werden? Was ist so neu an Ausweitungsvorstellungen, linearen Lohnforderungen oder Versammlungen? usw.

Hier tauchte also wieder ein ewiges Problem auf: an Berichten und Artikeln zu Kämpfen in anderen Ländern diskutieren wir immer tausend Fragen, die wir so nicht klären können. Regelmäßig wird dann festgestellt, daß uns eine Menge an Hintergrundwissen fehlt:

- Welche Kämpfe haben vorher stattgefunden?
- Auf welchem Hintergrund (Sozialstaat, Umstrukturierung usw.)?
- Welche Organisationsformen entstanden in diesen Kämpfen?
- Wie sieht es mit der Entwicklung der Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern aus, wie sind die Unterschiede zur BRD zu erklären?

Um mit der Diskussion über die Kämpfe in Westeuropa endlich mal weiter zu kommen, soll nun wirklich mit der Informationsbeschaffung und Analyse begonnen werden. Aus pragmatischen Gründen wird das Thema zunächst auf die Länder I, F, GB, E und NL eingeschränkt. Es geht dabei nicht darum, riesige Materialsammlungen z.B. zu sämtlichen Sozialstaatsmodellen anzufertigen, sondern um konkrete Analysen der Situation in diesen Ländern im Hinblick auf die ständig wieder auftauchenden Fragen. Das Ziel ist es, eine gesamteuropäische Diskussion über die Entwicklung der Klassenkämpfe ans Laufen zu bringen.

### ZUM SIEMENS-ARTIKEL

Welche Konsequenzen ziehen wir aus den ganzen Berichten über gescheiterte Versuche?? Oft hat ein zu hoher Anspruch an die "Intervention" kleine Schritte und Initiativen blockiert. Wenn wir nicht nur beobachten, sondern auch eingreifen wollen, macht es wenig Sinn, alleine in einen Betrieb zu gehen. Trotzdem sollten wir verstärkt "Instrumente" entwickeln, mit denen auch Einzelne was anfangen können (Aufkleber, Texte, Broschüren, Ideen).

Welchen Sinn können Flugblattaktionen überhaupt haben? Wenn ein Flugblatt was erreichen soll, darf es nicht einmaliger Aufschrei oder Anklage bleiben, sondern muß Kontinuität haben und zum Dialog werden, indem Diskussionen und Vorschläge aus dem Betrieb im nächsten Flug aufgegriffen werden. Häufig fehlen aber auch Erfahrungen und Vorstellungen darüber, wie Konflikte zugespitzt werden können.

Bei den Versuchen, Vorstellungen für eine weitergehende Organisation zu entwickeln, die über den Rahmen von Betriebs- oder Themengruppen hinausgeht, taucht öfters der Begriff "Arbeiternetz" auf. Was damit genau gemeint ist, kann jedoch noch niemand sagen; praktische Versuche existieren kaum. Für diesen Begriff ist es deshalb noch zu früh - er würde höchstens wieder als Organisationsmodell mißverstanden.

### ORGANISATIONSDEBATTE

Warum werden im Info plötzlich Lenin-Texte abgedruckt?? Die Frage der Organisation wird zur Zeit in den verschiedensten Gruppen und Zusammenhängen diskutiert; gibt es politische Hebel, die uns weitere 20 Jahre Rumwurschteln und Warten ersparen können? Wir hatten deshalb letztes Jahr verabredet, uns die historischen Organisationsvorstellungen und versuche genauer anzusehen (Lenin war der Anfang, weitere Zusammenfassungen in diesem und den folgenden Infos). Dies darf nicht so mißverstanden werden, als wollten wir alle möglichen "Modelle" durchbuchstabieren - um uns dann das genehmste rauszupicken. Texte wie die von Lenin oder Negri sind politische Forcierungen in einer bestimmten Situation gewesen und müssen auf diesem Hintergrund gesehen werden. Bei der Diskussion der historischen Texte und Erfahrungen geht es uns darum, die Frage nach dem Zusammenhang von Klassenzusammensetzung und Organisation zu klären und dazu Methoden zu entwickeln.

Ist die Frage, wie wir durch Organisation die Revolution beschleunigen können, überhaupt legitim? Solche Debatten geraten leicht in die Gefahr, wie in den 70er Jahren zu Ableitungsdiskussionen zu werden: Gruppen, die sich schon für ein Parteikonzept entschieden hatten, konnten sich dann aus "Was tun" die Legitimation dafür holen und die Vergewisserung, daß sie als revolutionäre Intelligenz unabdingbar notwendig sind. Auch wenn wir feststellen, daß die ArbeiterInnen in der Fabrik bereits organisiert sind, eine Organisa-

tion durch das Kapital haben, bleibt die Frage nach einer anderen Organisation, die auch in Flautezeiten Kontinuität sicherstellen und verhindern kann, daß jedes mal wieder geschichtslos von vorne angefangen werden muß.

Die Lenin-Zusammenfassung im Info gibt für die grundlegenden Fragen der Organisationsdebatte nichts her, weil aus dem Text nicht ersichtlich ist, ob und wie Lenin seine Organisationsvorstellungen aus der Klassenzusammensetzung seiner Zeit entwickelte. So bleibt der Text unhistorisch stehen und erscheint dadurch als "Rezeptbuch". Um solches in Zukunft zu vermeiden, soll zunächst ein Fragenkonzept erstellt werden, unter dem die Texte dann sinnvoller bearbeitet und zusammengefaßt werden können. Grob: Wie sieht die aktuelle Klassenzusammensetzung aus; wie können wir darin eingreifen; wie müssen wir uns dafür organisieren?

Während des Treffens tauchte bereits an verschiedenen Punkten die Diskussion über den operaistischen Verweigerungsbegriff und seine Tücken auf. Im Operaismus schleicht sich eine Verallgemeinerung des Begriffs "Verweigerung" ein, der dann für jede beliebige Verhaltensweise gebraucht wird. Häufig wird Verweigerung als etwas grundsätzlich Positives angesehen und sofort mit Antagonismus zum Kapital gleichgesetzt. Es wird kein Unterschied zwischen individueller und kollektiver Verweigerung gemacht. Aber wie kann die individuelle Verweigerung überhaupt ein Ansatzpunkt für Kämpfe sein? Die bloße Betonung der Verweigerung macht so noch aus den "Kaputtheiten" und der Atomisierung etwas politisch Positives - ohne danach zu fragen, wie und wo wir überhaupt wieder zu solidarischen Strukturen kommen, die Kämpfe tragen können. Wir müssen das operaistische Raster kritisch durchgehen und fragen, ob es sich beliebig auf alle möglichen gesellschaftlichen Situationen (z.B. Reproduktionsbereich) anwenden läßt, ob es nicht mittlerweile zu einem ungenauen und triumphalistischen Konzept verkommen ist.

### INTERNATIONALISMUS, IWF-KAMPAGNE

Über eine Beteiligung an der IWF-Kampagne konnte keine Einigkeit hergestellt werden. Es blieb bei zwei verschiedenen Positionen:

1. In der Kampagne wird zwar der Anspruch auf Organisation geäußert; durch die Rangehensweise "von oben", vom Kapital und seinen Institutionen her, ist der Weg aber von

vornherein verbaut. Hier werden alte Fehler der Anti-NATO-Politik wiederholt. Damals wurde von einer Kapitalinstitution ausgegangen und versucht, in eine dem Kern nach bürgerliche Bewegung einzugreifen. Auch der heutige Anspruch, sich auf die Klassenkämpfe zu beziehen, wird bisher nicht eingelöst, prägt nicht wirklich das Bild der Kampagne.

2. Auch wir stehen vor der Notwendigkeit, Vorstellungen darüber zu entwickeln, was "Proletarischer Internationalismus" praktisch heißen könnte. In Bremen waren gerade die Leute, die schon von der bisherigen Kampagne frustriert sind. Hier ging es um Entmystifizierung und Infragestellung der Kampagne. Es wäre ein Fehler, sich aus solchen Diskussionen und Massenveranstaltungen rauszuhalten.



Ein Unternehmen je zur Hälfte im Besitz von Renault und Peugeot, das Lieferwagen herstellt und derzeit 8 500 Beschäftigte zählt. In den zurückliegenden Jahren sind 50% der Arbeitskräfte abgebaut worden. Die Arbeiter bei Chausson verdienen monatlich zwischen 5 300 und 6 300 Francs. Die Löhne liegen also niedrig. In vielen Fällen gibt es bei einer Betriebszugehörigkeit von über dreißig Jahren gerade ein Monatsverdienst von 5 700 Francs. Seit 1983 wurden die Löhne nicht mehr erhöht.

### Streik in Gennevilliers und Meudon

Das Werk Gennevilliers beschäftigt 2 700 Arbeitskräfte. Die Arbeiter sind in der Mehrzahl Einwanderer.

12.2.1988: Der Streik beginnt im Presswerk. Die Lohnabrechnungen vom 12. Februar wiesen wegen Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge und Wegfall von Überstundenvergütungen erhebliche Lohnminderungen aus. Bei Chausson ist der Lohnbetrug an ausländischen Arbeitern, die nicht lesen und schreiben können, an der Tagesordnung. Es gibt abenteuerliche Lohnzettel mit Fehlberechnungen, denen die Betroffenen nicht auf die Spur kommen können. In letzter Zeit haben sich solche Fälle gehäuft.

Die Lohnabrechnung vom Freitag, 12. Februar, mit dem bisherigen Tiefstand war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Unmittelbar nach dem Empfang der Abrechnungen legten die Gabelstaplerfahrer und die Arbeiter an den Pressen die Arbeit nieder, ohne eine Aufforderung der Gewerkschaft abzuwarten. Eine Abordnung ging zum Personalchef, um eine Erklärung zu verlangen. Weil die Erklärung unbefriedigend war, wurde beschlossen, das Werk zu besetzen.

Der Streik begann also mit den 80 Arbeitern der Frühschicht, die Mittagschicht und die Nachtschicht schlossen sich an. ((1))

15.2.1988: Gleiche Lage wie am Freitag. Der Streik ist auf das Presswerk begrenzt. Nachts versucht die Unternehmensleitung mithilfe einiger Dutzend gehobener Angestellter und Meister die Presswerkzeuge abzubauen.

16.2.1988: Dieser Versuch des Unternehmens, eine volle Provokation, zieht den totalen Streik nach sich. Ein Zug von 400 - 500 Arbeitern formiert sich beim Gang durch die

beiden Werksteile zum Sitz der Unternehmensleitung und verlangt eine Lohnerhöhung von 1 000 Francs. (Gewerkschaftlichen Berechnungen zufolge betrug der Lohnverlust auf 6 000 Francs seit 1982 schon 845 Francs.)

18./19.2.1988: Die Unternehmensleitung hat die Pressen von Gennevilliers zum Werk Meudon transportieren lassen. Die 400 Arbeiter dort weigern sich, Streikbrecherarbeit zu leisten und treten ihrerseits in den Streiks. Zwölf streikende Arbeiter aus Gennevilliers kommen nach Meudon. Eine Vollversammlung wird einberufen und der Streik in ordentlicher Abstimmung beschlossen.

Am 19.2.1988 besucht ein Bus mit 50 Streikenden aus Gennevilliers das Werk Meudon, als der Streik schon steht.

21.2.1988: Nach einem abendlichen Fest mit Musik ist das Werk Meudon während eines Teils der Nacht von Arbeitern besetzt.

25.2.1988: Das ganze Werk Meudon liegt still; es geht nichts mehr hinaus. Abordnungen von Streikenden machen Rundfahrten zu den anderen Betrieben der Region, werben um Verständnis für ihren Kampf und laden die Arbeiter zum Besuch ein. In Gruppen von zehn, zwanzig und fünfzig machen sie die Runde bei Thomson, der SNECMA, bei General Motors, D'Aubert und Duval, Valentine in Gennevilliers, Citroen in Asnieres, bei Renault in Billancourt und bei Citroen in Aulnay.

Die Unternehmensleitung ruft 27 Streikende zusammen, um sich mit ihnen zu "unterhalten", droht Maßregelungen an und beantragt danach beim Landgericht in Nanterre eine einstweilige Verfügung gegen die Betriebsbesetzung. Das Gericht lehnt den Antrag ab, benennt einen Vermittler und fordert die Unternehmensleitung auf, die Lohnfrage unter seinem Vorsitz mit den Beschäftigten zu erörtern. Ein ganzer Bus mit Arbeitern war zur Verhandlung gefahren.

3.3.1988: Ein Bus mit 60 Streikenden trifft im Renault-Werk Flins ein. In Gennevilliers und Meudon steht der Streik noch immer. Im Chausson-Werk Creil mit 3 000 Arbeitern wird nicht gestreikt. 2 000 von ihnen sind wegen des Streiks in Gennevilliers und Meudon in Kurzarbeit geschickt worden.

Die Unternehmensleitung bietet 0,5% Lohnerhöhung an, nicht mehr.

Am Ende der fünften Streikwoche finden unter dem Vorsitz des Vermittlers Verhandlungen zwischen der Unternehmensleitung, den Gewerkschaften und den Nichtorganisierten aus

dem "Organisationsausschuß für den Streik" statt. Das Unternehmen geht über ein Angebot von 2,5% Lohnerhöhung und 1 000 Francs pauschal für das Jahr 1988 nicht hinaus.

17.3.1988: Der Streik zeigt erste Erscheinungen von Schwäche. Einige Delegierte im "Organisationsausschuß" sprechen sich für Rückkehr an die Arbeitsplätze aus. Ermüdungsprobleme bei einzelnen Verantwortungsträgern haben zur Verbreitung von Unsicherheit beigetragen.

18.3.1988: Wiederbeginn der Arbeit in Meudon

21.3.1988: Vollversammlung in Gennevilliers mit über 400 Streikenden, die bisher größte Vollversammlung im gesamten Streik. Heftige Auseinandersetzungen zwischen Streikenden, die Standpunkt vertreten, man hätte nicht fünf Wochen lang gekämpft, um mit 93 Francs nach Hause zu gehen, und anderen, die wieder arbeiten wollen. Das Angebot des Unternehmens liegt noch immer bei 2,5% Lohnerhöhung, zwei bezahlten Streiktagen, Unterlassung von Maßregelungen und einem Pauschalbetrag von 1 000 Francs ausschließlich für 1988.

22.3.1988: Wiederbeginn der Arbeit in Gennevilliers

### Die Streikorganisation

Jeden Tag findet eine Vollversammlung der Streikenden mit ca. 300 Teilnehmern statt. In einer der ersten Versammlungen wurde ein Ausschuß zur Organisation des Streiks gewählt. Der Vorschlag, einen "Streikausschuß" wählen zu lassen, stößt auf Protest bei der CGT. Am 18.2.1988 schlägt die CFDT vor, daß ein Gremium von Vertretern der in den Gewerkschaften CGT, CFDT und FO organisierten und von aus den Abteilungen benannten Delegierten der Kollegen zu bilden. Dieser Ausschuß soll von der Vollversammlung bestätigt werden und ihr rechenschaftspflichtig sein. Der Vorschlag wird angenommen. Der Ausschuß umfaßt 30 Mitglieder, je zur Hälfte gewerkschaftlich organisierte und nichtorganisierte. Er tagt jeweils nach den Vollversammlungen.

Der Verzicht auf die Bezeichnung "Streikausschuß" war ein Zugeständnis an die CGT.

Seit Beginn der ersten Märzwoche nehmen die zwei CGT-Delegierten im Organisationsausschuß nicht mehr an den Sitzungen teil,

und die CGT erscheint nicht mehr als Mitunterzeichner der Flugblätter. Von diesem Zeitpunkt an weigert sich die CGT auch, im Zusammenhang des Organisationsausschusses an gemeinsamen Flugblättern für alle Betriebe in Gennevilliers mitzuwirken. Die CFDT bleibt aktiv mit dabei. Die kämpferischen CFDT-Kollegen sind zum Teil früher aus der CGT übergetreten, als sie die Politik der Gewerkschaft bei Talbot nicht mehr ertragen konnten.

### Geschichte der Streiks bei Chausson

Gennevilliers blickt auf eine lange kämpferische Tradition zurück. 1975 wurde zwei Monate lang für eine Lohnerhöhung gestreikt. 1983 gab es einen Streik um Löhne und Arbeitsbedingungen von einem Monat Dauer. Damals war der Streik ausschließlich Sache der ungelerten Arbeiter, während sich heute auch die Facharbeiter am Kampf beteiligen. Die CGT stellte sich seinerzeit hinter den Streik, allerdings nur mit Lippenbekenntnissen. Sie hatte im Betrieb einen Organisationsgrad von 60%. 1983 war in den letzten Jahren das einzige, in dem es eine Lohnerhöhung gab.

### Vor dem Streik

"Die ganze Sache hat vor anderthalb Jahren angefangen. Ich war damals CGT-Delegierter in der Personalvertretung. Nach dem Streik von 1983 gab es keine kämpferischen Kollegen mehr, alles war tot. Dann habe ich Gérard (LCR) kennengelernt. Wir haben uns gefragt, ob man nicht wieder irgendwas organisieren könnte. ... Versammlungen haben wir abgehalten, dann eine Zeitung gemacht, die hieß "L'Echo de l'Entretien" (Wortspiel aus entretien = Wartung, Instandsetzung und entretien = Unterhaltung). O.k., sie erscheint nicht regelmäßig, aber vor allem wollen wir die Kumpels dazu bringen, zu schreiben und sich zu beteiligen. Drei, vier Nummern sind schon erschienen. Das Blatt hat vier Seiten. ... Interessant sind vor allem die Diskussionen. Wir nutzen dafür die halbe Stunde bezahlte Pause, die es bei Chausson für Gewerkschaftsangelegenheiten gibt und die zur Arbeitszeit gerechnet wird. Dann nehmen wir uns dazu noch eine halbe Stunde bezahlte Arbeitszeit. Der Chef sagt, wir streiken. Aber so können wir uns zusammensetzen und richtig diskutieren. Daß wir die Arbeit unterbrechen, das hat mit der Einführung der regelmäßigen Gewerkschafts-

sitzung angefangen. ... Wir versammeln uns eigentlich fast täglich, aber nicht regelmäßig. Inzwischen haben wir die ersten Aktionen gestartet. Kumpels, die früher nie gekämpft haben, sind dabeigewesen."

((1)):

"Früher gab es Flugblätter zu Lohnsachen, dann kurze Arbeitsniederlegungen, aber nicht mehr als früher. Es hat sich nicht angekündigt." (Erklärung eines streikenden Arbeiters)



## Streiks in Frankreich

### DIE SNECMA (Société Nationale d'Etudes et de Construction de Moteurs d'Aviation)

Die SNECMA entstand 1945 durch Fusion mehrerer Flugzeugbau-Unternehmen. Es ist ein nationalisierter Betrieb, der Staat hält 95% der Aktien. Die Firma ist in drei Unternehmensbereiche aufgeteilt: Flugzeugmotoren (militärisch und zivil); elektronische Bauteile; Gießerei und Formgebung. Die SNECMA ist weltweit der viertgrößte Motorenbauer mit einem Quasi-Monopol auf die CFM 56, mit denen der Airbus ausgerüstet ist; auf diesem Feld hat sie weltweit keinen Konkurrenten. In den 70er Jahren hat sie sich paritätisch mit General Electric zu einer Gruppe assoziiert, die dann die Familie der CFM 56-Triebwerke auf den Markt gebracht hat, mit denen sie vor zehn Jahren spektakulären Erfolg hatten. Dieser Aufschwung im zivilen Bereich ermöglichte es, den Rückgang der militärischen Aufträge zu kompensieren und die Fertigungsentwicklung des M 88-Triebwerks abzuwarten.

In der Pariser Region befinden sich die drei Hauptwerke:

- Gennevilliers: 2700 Beschäftigte, davon 1400 Arbeiter, einige Dutzend angelernte, die Mehrheit Facharbeiter; Gießerei und Schmiede von einigen großen Motorblöcken. In dieser Fabrik ist die Arbeit am härtesten. CGT 55%, CFDT 42%.

- Corbeil: 5200 Beschäftigte; Produktion

- Villaroche: 4500 Beschäftigte, davon 1000 Arbeiter, 2200 Techniker und 800 Kader und Meister (cadres et maîtrise), 500 Büroangestellte, die am wenigsten verdienen. CGT 42%, CFDT 40%. Motorenmontage und Versuchsabteilung.

- Suresnes: Technische Abteilung und Hochleistungselektronik.

### Tochtergesellschaften:

#### Motoren:

Hispano-Suiza, 3122 Beschäftigte

Farner, 220 Beschäftigte

#### Raumfahrt:

S.E.P., 3940 Beschäftigte

(fusioniert):

Industria, 79 Beschäftigte

SzM, 66 Beschäftigte

#### Fahrwerke:

MHB (Messier), 2812 Beschäftigte

ERAM, 313 Beschäftigte

#### Reparatur:

Sochata, 1371 Beschäftigte

### Entwicklung seit 1981

Von 1981 bis 1986 hat die SNECMA eingestellt, die Gesamtzahl der Beschäftigten stieg von 11 000 auf 13 500, die Produktion hat sich verdoppelt. 1987 wurden bei der SNECMA 700 Arbeitsplätze abgebaut, bei der Gruppe 1500 bis 2000. 1988 stieg die Zahl der Beschäftigten wieder auf 12 700.

1982 verhängte die Regierung einen Lohnstopp, außerdem wurden die Löhne von der Inflation abgekoppelt.

Die SNECMA ist ein Unternehmen wie jedes andere, es gibt keine besonderen Vorteile, allerdings ist der Anteil qualifizierter Arbeiter sehr hoch. Wenn man allerdings die Zulagen im Auge behält, ist der Reallohn etwas höher als der anderer Arbeiter in der Pariser Metallindustrie. Drei Viertel der Techniker und Arbeiter verdienen weniger als 8000 Francs netto im Monat. Es gibt wenige angelernte Arbeiter und sie haben einen Anfangslohn von

5200 Francs. Die Büroangestellten werden am schlechtesten bezahlt: 5200 Francs Anfangsgehalt und 6200 Francs nach sechs Jahren. Die Vorgesetzten und Meister verdienen im Durchschnitt 20 000 Francs im Monat. Der in der Presse angegebene Durchschnittslohn von 12 000 Francs ist also durch die hohe Anzahl dieser Vorgesetzten stark verfälscht.

### Villaroche:

Seit 1981 wurde die Hälfte der Beschäftigten dieser Fabrik ausgetauscht. Von 1982 bis 1983 gehen 1200 Arbeiter mit mehr als 55 Jahren und recht hoher Qualifikation (P3, OHQ)(1) in den vorzeitigen Ruhestand. Sie erhalten eine hohe Abfindung und kriegen bis zum 60. Lebensjahr knapp die Hälfte ihres normalen Lohns (60 ist das normale Rentenalter). Zur gleichen Zeit wie die Geschäftsleitung sich dieser "alten" qualifizierten Arbeiter entledigt (unter ihnen viele CGT-Aktivistinnen) stellt sie junge, weniger qualifizierte und damit weniger gut bezahlte in einem Solidaritäts-Vertrag (2) ein. Diese jungen werden in allen Winkeln Frankreichs rekrutiert und kommen zum Teil aus ländlichen Gegenden: aus dem Zentralmassiv, aus der Bretagne ... "aus dem tiefen Frankreich".

"Die SNECMA 1988, das ist wie Renault 1936. Das ist unverschnittene französische Arbeiterklasse in einer gewaltigen Festung", sagt ein Mitglied des Streikkomitees in Villaroche. "Das ist das durchschnittliche französische Unternehmen. Wenn sich hier was bewegt, wo seit 20 Jahren nichts mehr passiert ist, dann ist überall was krank."

Diese Masse von jungen, die seit 1982 eingestellt worden sind, ist nicht gewerkschaftlich organisiert und eher gewerkschaftsfeindlich. 1987 sind 300 Arbeiter ausgeschieden, die nicht ersetzt wurden. 1988 sind etwa 100 Ausscheidende vorgesehen.

Die Jungen werden in der Lohngruppe P1 eingestellt. Sie verdienen bei der Einstellung 6200 Francs netto. Viele von ihnen wurden 1987 eingestellt, in der Fabrik von Villaroche sind etwa 300 in der Lohngruppe P1. Früher war die Mehrheit in P3 und in OHQ, und es dauerte drei bis vier Jahre, um von P1 in P2 zu kommen. Heutzutage dauert das doppelt so lange. In der Fabrik von Corbeil ist die Situation mehr oder weniger entsprechend, viele der Alten sind in Rente oder Frührente gegangen und Junge wurden eingestellt. Die Geschäftsleitung hat es vorgezogen, Junge einzustellen, um die Rhythmen erhöhen zu können. (Die Geschäftsleitung soll gegenwärtig diese Politik aufgrund der miesen Qualität bedauern.) Die Unzufriedenheit der Jungen, die sechs Jahre nach ihrer Einstellung immer noch

in der Lohngruppe P1 sind, hat eine bedeutende Rolle beim Streikausbruch gespielt.

1986 gab es 0% allgemeine Lohnerhöhung und durchschnittlich 2% individuelle Lohnerhöhungen. 1987 gerade umgekehrt: die Geschäftsleitung spürt den Wind kommen und stimmt einer 2%igen allgemeinen Lohnerhöhung zu bei 0% individuellen Lohnerhöhungen. 1988 waren die Leute praktisch sicher, daß sie etwas kriegen würden. Da es gewöhnlich alle drei, vier Jahre einen fetten Zuschlag gibt, waren die Leute sehr enttäuscht, daß sie gar nichts bekommen sollten.

### Die Organisation des Streiks

In jedem Werk findet mindestens einmal täglich eine Streikversammlung statt, die über die Fortsetzung des Streiks abstimmt und Aktionen beschließt.

In Gennevilliers gibt es kein Streikkomitee, die CGT hat sich dem von Anfang an widersetzt. Aber es gibt eine Intersyndicale(3) aus CGT und CFDT, die erweitert ist um 15 Nichtgewerkschaftsmitglieder. Diese erweiterte Intersyndicale erfüllt mehr oder weniger die Rolle des Streikkomitees.

In Corbeil haben sich die Gewerkschaften gegen die Beteiligung an einem Streikkomitee ausgesprochen (vor allem die CGT). Aber es hat sich ein Streikkomitee konstituiert, das aus etwa 30 Personen besteht und ungefähr ein Drittel der Streikenden vertritt.

In Villaroche hat die Streikversammlung am Dienstag, den 22. März ein Streikkomitee gewählt. Vorher, am Dienstagmorgen, gab es eine Versammlung im Montagebereich, dort, wo die die Jüngsten arbeiten, die ein Abteilungstreikkomitee wählte und für ein Werkstreikkomitee stimmt. Am Montagabend hatte man schon Freiwillige für das Streikkomitee gefunden. Auf der Betriebsversammlung melden sich dreißig Freiwillige für die Beteiligung am Streikkomitee. Die Gewerkschaften haben nicht gewagt, sich dem zu widersetzen. Der gesamte Vorstand der CGT ist beigetreten. Die CGT hatte sich dem zweimal widersetzt, aber ohne Erfolg. Die CFDT beteiligt sich ganz. Das Streikkomitee tritt täglich zusammen, es ist offen, wer will, kann teilnehmen und kommen, aber das hat nie die Isolierung aufgebrochen. Das Streikkomitee ergreift keine Initiative, es macht Vorschläge an die Vollversammlung und beschäftigt sich dann mit den praktischen Fragen der von der Versammlung angenommenen Vorschläge. Das Streikkomitee ist anfangs zweimal von der Vollversammlung gewählt worden, aber nach dem fortschreitenden Ausstieg der CGT ist es nicht neu gewählt worden.

**Konstitution des Streikkomitees:** am ersten Tag gab es dreißig Freiwillige, in der Mehrheit Nichtgewerkschaftsmitglieder. Die CGT war eher dagegen, die CFDT dafür, die beiden Vorstände von CGT und CFDT sind dazugekommen; es wurde von der Vollversammlung bestätigt: es besteht aus 35 Personen. Am zweiten Tag wird dasselbe Komitee von der Vollversammlung bestätigt. Am dritten Tag erscheint der CGT-Vorstand nicht mehr, er schickt nur zwei Vertreter. Danach gab es keine Abstimmung mehr über das Komitee. (Das Komitee unterwirft sich nicht mehr dem Votum der Versammlung.)

Danach kommen zum Streikkomitee ungefähr vierzig Leute: fünf vom CFDT-Vorstand, zwei vom CGT-Vorstand, fünf oder sechs CGT-Mitglieder, die sich aber eher als Angehörige des "Streikkomitees" sehen, 10-30 Nichtgewerkschaftsmitglieder, ein Angestellter aus dem Betriebskomitee(4), 1-2 Leute vom Kantinenpersonal.

Die großen Abteilungen des Werks sind im Streikkomitee vertreten. Weniger stark sind die Schichtarbeiter vertreten. Dort, wo die CGT am meisten verankert ist, hat man sich geweigert, Delegierte ins Streikkomitee zu entsenden. Das Streikkomitee verteilt täglich ein Flugblatt im Werk, das am meisten gelesen wird. (Die CGT hat weiterhin täglich ihre Flugblätter verteilt, die CFDT hat zehn Tage lang damit aufgehört und dann wieder damit angefangen.)

In **Villaroche** regt das Streikkomitee Vollversammlungen an, schickt Delegierte zur Koordination, organisiert Busse, Streikposten und die Besetzungen (an denen sich insgesamt 200 Personen beteiligen). Das Streikkomitee hat das Betriebskomitee gezwungen, die Massenfahrten von einem Werk zum andern (aus Gewerkschaftsmitteln) zu finanzieren. Die Gewerkschaften haben sich dem nicht widersetzt, weil sie die Streikversammlung auf jede erdenkliche Weise in die Minderheit gebracht hat und sie ihre Wählerschaft(5) nicht verlieren wollen.

Eine Inter-SNECMA-Koordination wird am 29. März gebildet mit Vertretern der drei Werke. Am 30. März tritt die Koordination zum ersten Mal zusammen. Sie macht Vorschläge, die bisweilen in Opposition zu denen der CGT stehen. Sie tritt alle ein bis zwei Tage zusammen. Die Koordination besteht aus dem Streikkomitee von Villaroche, dem Streikkomitee von Corbeil (nichtgewerkschaftlich) und der CFDT aus Gennevilliers und Nichtgewerkschaftsmitgliedern aus Gennevilliers. Ihre Vorschläge gehen in Richtung Ausweitung der Aktion in den Betrieben der

Luftfahrtindustrie und in den Tochterfirmen und dann in den Großbetrieben der Pariser Region (Orly, Dassault, Hispano, Citroen)

**15. April:** Eine um die Tochterfirmen erweiterte Koordination tritt zum ersten Mal im Pariser Gewerkschaftshaus zusammen. 120 Streikende der SNECMA sind da. Im Folgenden trifft sie sich einmal wöchentlich.

### Die Verhandlungen

Sie laufen zwischen den Gewerkschaften und der Firmenleitung bis zum 14. April. Die Streikkomitees, die Koordination oder jede Person mit einem Mandat der Streikversammlung sind von den Verhandlungen ausgeschlossen. Weder die Gewerkschaften noch die Unternehmensleitung wollen vor Zuhörern verhandeln. Das Problem wurde anfangs auf der Streikversammlung angeschnitten, aber wegen der feindseligen Einstellung der Gewerkschaften nicht von neuem debattiert. Die Verhandlungen liefen in Paris am Sitz der Hauptverwaltung, mit zentralen und drei lokalen Delegierten. Neuerdings hat die CFDT in Gennevilliers ein Nichtgewerkschaftsmitglied anstelle des örtlichen CFDT-Delegierten geschickt. Das geschieht zum ersten Mal. Nachdem der Schlichter ernannt ist, hat sich wenig verändert. Aber wenn die Nichtgewerkschaftler nicht in den Verhandlungen vertreten sind, muß sich die Firmenleitung darüber klar sein, und dies erklärt sie auch den Gewerkschaften, daß sie nicht wirklich die Streikenden vertreten. Zu Beginn des Streiks wollte die CGT eine Zusatzplattform vorschlagen. Aber die Streikenden haben auf der Versammlung die Gewerkschaften gezwungen, den ganzen Rest zurückzuziehen und nur 1500 Francs für alle zu fordern. Die Firmenleitung hat sich immer geweigert, auf dieser Basis zu verhandeln. Nach Einschätzung der Streikenden hätte die Firmenleitung der SNECMA vielleicht etwas rausgemacht, aber sie gerät damit in Widerstreit zur Weigerung der Regierung, kurz vor den Wahlen Lohnerhöhungen zuzustimmen.

### Die Gewerkschaften

Der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten entspricht dem nationalen Durchschnitt. In der SNECMA sind 10% gewerkschaftlich organisiert.

Die Verteilung auf einzelne Gewerkschaften ist in den verschiedenen Werken ein bißchen unterschiedlich. Die Politik der einzelnen Gewerkschaften kann ebenfalls von einem Werk zum anderen verschieden sein, was einmal von dem Druck abhängt, den die Militanten der

extremen Linken dort ausüben, zum anderen von der Ausgeprägtheit des bürokratischen Charakters des Apparats in der jeweiligen Fabrik. Die Flugzeugindustrie ist traditionell eine Bastion der CGT.

Villaroche: CGT 42%, CFDT 40%, CGC 12%, FO 12% (wobei CGT und CFGT vor allem bei den Arbeitern und Technikern vertreten sind)

Die CGT war durch das Ausscheiden wegen Pensionierung oder Vorruhestand enthaupet worden, vor allem 1987, als viele führende Betriebsaktivisten der CGT die 50 überschritten hatten.

"Die CGT ist mobilisierender und kämpferischer, sie umfaßt 300 bis 400 Arbeiter. Die CFDT ist vor allem ein Wahlverein, hat wenig militantes Netz in den Abteilungen und ist wenig dynamisch. Vor allem aufgrund der Positionen, die sie zugunsten der Flexibilisierung eingenommen hat, hat sie an Boden verloren", sagt ein LCR-Aktivist(6) vom Streikkomitee.

Die Militanten der extremen Linken: zwei von LO(7) und vier vom LCR sind in der CGT.

Die Leitungen von CGT und CFDT im Betrieb sind in das Streikkomitee hineingegangen. Die CGT erwartete, die Kontrolle übernehmen zu können. Als sie sah, daß sich die Dinge nicht wie erwartet entwickelten, hat sich die CGT-Führung Stück für Stück - bis auf zwei ihrer Funktionäre - aus dem Streikkomitee rausgezogen. Die CFDT ist geblieben. Die CGT hat von Anfang an ihre eigenen Flugblätter verteilt. Die CFDT hatte das zehn Tage lang eingestellt, dann aber auch wieder eigene Flugblätter gemacht.

Am Anfang hat die CGT ein Flugblatt verteilt, in dem sie behauptete, die Initiative zum Streik sie von ihr ausgegangen, was eine solche Entrüstung hervorgerufen hat, daß sie nicht gewagt hat, das nochmal zu behaupten.

In den Abteilungen, wo sie den meisten Einfluß hat, vor allem unter den Arbeitern, die Schicht arbeiten, kämpft sie auch für rotie-

rende Streiks und gegen den täglich neu zu beschließenden Ketten-Streik(8).

Gennevilliers: CGT 55%, CFDT 42%

Vor kurzem haben sich die sechs Aktivisten von L.O. aus der CGT rauswerfen lassen. Dabei haben sie 40 bis 45 Leute mitgezogen und sind in die CFDT gegangen.

Seit Beginn des Streiks ist die CGT gegen die Bildung eines Streikkomitees.

Die Politik der CFDT scheint dementsprechend stark von der Gegenwart der Aktivisten von Lutte Ouvriere beeinflusst zu sein. (Bei den Wahlen der Personalvertreter kriegen sie 12%.) Sie ist für die Bildung eines Streikkomitees.

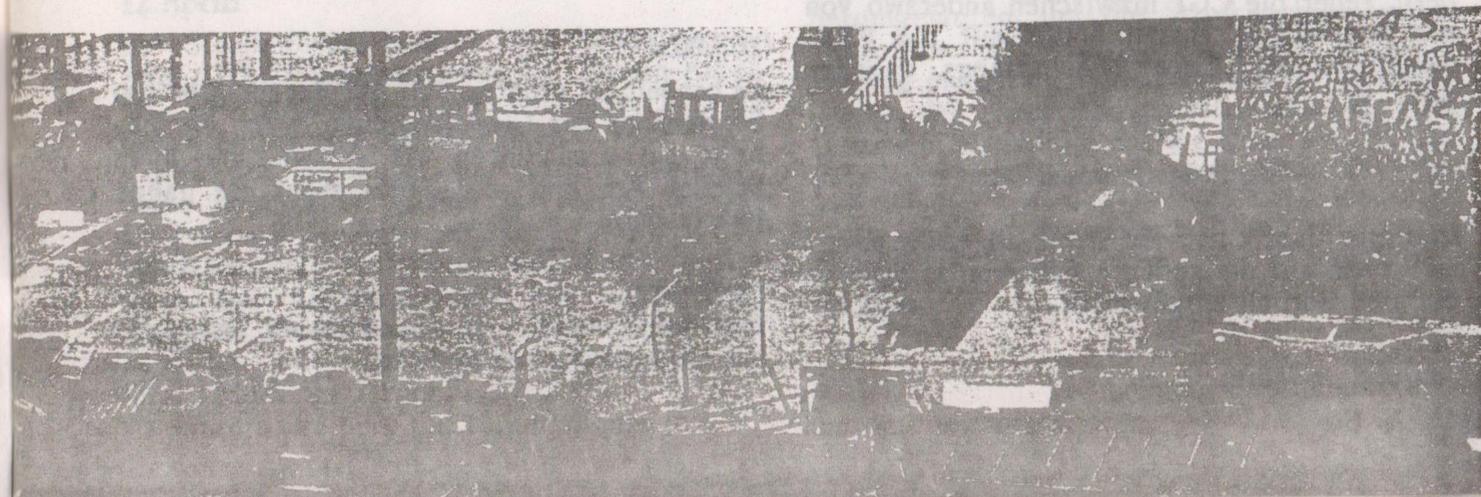
Corbeil:

Hier ist die CGT "bürokratischer" als in den anderen Werken und stellt sich gegen jegliches Streikkomitee. Sie leitet die Vollversammlungen und kontrolliert die Wortmeldungen, indem sie den Mitgliedern des Streikkomitees die Redezeit begrenzt. Sie organisiert parallele Versammlungen nur für ihre Mitglieder und führt einen permanenten Kleinkrieg gegen den 24stündigen reconductible Streik und für rotierende Streiks. In ihrer bekannten Taktik streut sie Falschinformationen über die Beschlüsse von Streikversammlungen in den anderen Werken aus.

Die Führung der CFDT dieses Werks verfolgt dieselbe Politik wie die CGT. Sie ist ebenfalls sehr "bürokratisch".

Seit Beginn des Streiks haben die Gewerkschaften, vor allem die CGT, es nicht gerne gesehen, daß die Streikenden die Ausweitung des Streiks durch starke Delegationen selbst in die Hand genommen haben.

Nicht um den Streik auf die anderen Betriebe der SNECMA auszudehnen, sondern unter dem Druck ihrer Basis unterstützte die CGT zu Beginn die Vorschläge und schloß sich



den Massendelegationen nach Villaroche und Corbeil an. Das Zusammentreffen der Streikenden mit den Arbeitern der SNECMA-Filialen lehnt die CGT dann ab. Gleichzeitig übernimmt sie die Forderung nach 1500 Francs für alle, in der Hoffnung, die Bewegung auf Streiks von 1 bis 2 Stunden täglich beschränken zu können.

Was die Besuche bei der Air France, Dassault ... angeht, ruft sie in den SNECMA-Werken nicht dazu auf, kämpft aber auch nicht offen dagegen.

Bezüglich des Besuchs bei Citroen geht sie offen in Opposition. Sowohl die CGT wie auch die CFDT kämpfen immer offener gegen die Ausweitung und vor allem gegen den Plan, zu Citroen zu gehen. "Zu Citroen wollen wir nicht, wir bleiben Beschäftigte der Flugzeugindustrie". "Zu Citroen gehen, heißt sich in der Schießbude aufstellen". Im letzten Moment tut die CGT in Gennevilliers alles, die Streikenden, die hinzugehen beschlossen haben, davon abzubringen und sie zurückzuhalten. Sie behauptet, das Betriebskomitee werde die Busse trotz des Beschlusses der Intersyndicale nicht bezahlen.

In der Woche vom 25. zum 30. April tritt die gewerkschaftliche Offensive stärker hervor. Die CGT vervielfacht ihre Interventionen für 2-Stunden-Streiks; sie greift das Streikkomitee von Villaroche an. In Villaroche hat die CGT blau-weiß-rote Abzeichen im Namen eines "Streikkomitee der Arbeiter" hergestellt, obwohl das Abzeichen vom Komitee abgelehnt worden war. Wenn zu den Streikposten CGT-Mitglieder gehören, hindern sie auswärtige Delegationen, die ihre Unterstützung anbieten, aufs Betriebsgelände vorzudringen. (Die Vollversammlung macht am Tag darauf solche Praktiken der CGT zu minoritären Angelegenheiten.)

Um die Versuche von Ausweitung zu verhindern, redet die CGT inzwischen anderswo von der Ausweitung ausschließlich auf die Flugzeugindustrie, obwohl sie anfangs dagegen war.

### Streik in Gennevilliers

In dieser Fabrik hat der Streik angefangen und sich dann auf die anderen Fabriken in Villaroche und Corbeil ausgeweitet.

8. und 9. März:

Es herrscht eine große Unzufriedenheit über die Löhne. Es finden rotierende Arbeitsniederlegungen statt, zu denen die CGT und die CFDT aufgerufen haben. Die Unternehmensleitung schlägt 2% für 1988 vor, und die CGT beziffert den Lohnverlust auf 8%. An den Versammlungen nehmen 140 bis 400 Arbeiter teil; dort werden auf Druck der Arbeiter in den niedrigsten Lohngruppen (5200 Francs) die 8% als viel zu wenig beurteilt. Die am häufigsten gestellte Forderung ist "1500 Francs für alle". Die CGT schließt sich dieser Forderung auf Druck ihrer Basis hin an. Es gibt dort sechs Aktivisten von Lutte Ouvrière, die vor kurzem aus der CGT ausgetreten und in die CFDT eingetreten sind; sie treten aktiv für höhere und gleiche Lohnerhöhungen ein. Das ist jetzt die Politik von Lutte Ouvrière, überall da, wo sie arbeiten, in diesem Sinn zu intervenieren. (In der Nachbarfabrik Chausson, wo einen Monat gestreikt wurde, hatten die Arbeiter 1000 Francs Lohnerhöhung gefordert.) Die CGT gibt vor, Urheberin der "1500-für-alle"-Forderung zu sein; das scheint aber nicht zu stimmen. (Die Aufkleber der CGT sind im übrigen sehr seltsam formuliert: 8% Lohnerhöhung, mindestens 1500 Francs.)

14. März:

Von neuem treten drei équipes\* in den Streik, etwa 400 Leute. Auf der Versammlung schlägt die CGT rotierende Arbeitsniederlegungen vor, die CFDT den Vollstreik. Der Vorschlag der CGT wird angenommen.

15. März:

Die rotierenden Arbeitsniederlegungen sind ein Mißerfolg: 150 Streikende in der Frühschicht, 80 in der Spätschicht. Viele schlagen daraufhin den Vollstreik vor. Am Abend erfährt eine equipe in der Gießerei, daß die Firmenleitung die Hitzezulage von 40 Francs streichen will; sie legen sofort die Arbeit nieder, und ihr Streik weitet sich aus.

16. März:

Es brodelt im größten Teil der Fabrik. Die 100 Streikenden der Gießerei gehen durch die Fabrik und propagieren die Ausweitung ihres Streiks. Am Ende des Tages steht die ganze Fabrik still.

17. März:

Der Streik weitet sich aus. Alles ist außerhalb der Gewerkschaften gelaufen.

21. März:

Sieben Busse mit 350 Streikenden fahren zur Fabrik in Villaroche, das 80 km von Gennevilliers entfernt ist. Über das Wochenende ist die Fabrik von etwa 100 Streikenden besetzt worden. In Villaroche angekommen, stürmen die Streikenden die Büros und Werkhallen ... In gemeinsamen Versammlungen von Villaroche und Gennevilliers wird für Streik und 1500 Francs für alle gestimmt. Außerdem beschließen die Arbeiter, zur dritten Fabrik in Corbeil zu ziehen. Zurück in Gennevilliers beschließt eine Vollversammlung von 250 Streikenden, nach Corbeil zu gehen. Die CGT versucht, sich dem entgegenzustellen, aber ohne Erfolg.

22. März:

80 Streikende von Gennevilliers gehen zu Hispano Suiza, einer Tochterfirma der Firmengruppe.

23. März:

Acht Busse mit Streikenden fahren nach Corbeil und bringen die Fabrik zum Streiken.

28. März:

Vollversammlung aller drei SNECMA-Fabriken in Gennevilliers. Es nehmen etwa 500 Streikende teil, man beschließt, das Zweigwerk Hispano Suiza in Bois Colombes (1800 Beschäftigte) zum Streik aufzurufen. Gegen den Rat der CGT wird eine Versammlung von Arbeitern aller vier Fabriken organisiert.

5. April:

Der Streik wird einhellig fortgeführt.

11. - 16. April:

Die Streikposten werden verstärkt; weiterhin Spannungen zwischen den Streikenden und der CGT, weil die Arbeiter den Streik ausdehnen wollen.

14. April:

Ein Streikposten hindert auf Initiative von zwei CGT-Delegierten etwa 15 Citroen-Arbeiter, die gekommen sind, um sich über den Streik zu informieren, am Betreten der Fabrik - unter dem Vorwand, daß "externe Elemente" nicht rein dürfen ... außer örtlichen KPF-Funktionären. Am nächsten Morgen beschließen die Streikenden auf der Versammlung, daß Arbeiterdelegationen aus anderen Fabriken den bestreikten Betrieb betreten

dürfen. "Der CGT ist kein Manöver zu mies, wie zum Beispiel daß sie sich weigern, die Busse im Namen des Betriebskomitees zu bestellen; oder daß sie im Moment der Abfahrt zu Dassault die Streikenden auffordern, die Unterstützungspakete des Bürgermeisters von Gennevilliers abzuholen" (Lutte Ouvrière; 16.4.88)

12. April:

Die Firmenleitung beantragt beim Gericht in Nanterre eine einstweilige Verfügung gegen die CGT- und CFDT-Delegierten.

19. April:

Der Streik geht weiter.

### Streik in Villaroche

21. März:

Es hatten Auseinandersetzungen über den Lohn stattgefunden. Außerhalb der Gewerkschaftskanäle hatte seit Donnerstag mittag die Nachricht die Runde gemacht, daß in Gennevilliers gestreikt wurde. 1500 Francs schien viel zu sein, die Leute glaubten nicht so recht daran. Einen Vollstreik von 24 Stunden hatte es bei der SNECMA noch nie gegeben. "Die Leute sagten sich nicht "wir werden in den Streik treten, wenn die aus Gennevilliers kommen." Als die aus Gennevilliers dann mit 350 Mann hoch kamen, waren die Leute überrascht; ihr Kommen gab den Ausschlag. Der Streik begann sehr stark", erzählt ein Streikender aus Villaroche. In der Frühschicht beschließt eine Versammlung von 700 Arbeitern den Streik, in der Spätschicht eine Versammlung von 1000 Arbeitern das gleiche. Am Ende des Tages ist die Produktion lahmgelegt.

Die Information über den Streikbeginn in Gennevilliers scheint vor allem über Aktivisten von Lutte Ouvrière(2) und LCR(4) zirkuliert zu sein, die in Villaroche arbeiten und der CGT angehören. Von Donnerstag, dem 17. bis Freitag, dem 18. hat man sehr viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht und ist hauptsächlich herumgelaufen, um die Streiknachrichten zu verbreiten. Die von Gennevilliers schicken Montag morgens einen Trupp von 30 Streikenden zu den Arbeitern von Villaroche. Sie verteilen ein Flugblatt, das ihr Kommen im Lauf des Tages ankündigt (die von L.O. sind dort seit weniger als einem Jahr, die von LCR schon länger).

22. März:

Eine Versammlung von 1000 bis 1200 Arbeitern beschließt die Fortsetzung des Streiks, die Forderung von 1500 Francs und wählt das Streikkomitee.

#### 23. März:

750 Streikende schließen sich denen von Gennevilliers an, um zur Fabrik von Corbeil zu gehen. Etwa 500 Arbeiter sind im Vollstreik, vor allem in der Montage, an anderen Stellen finden Arbeitsniederlegungen unterschiedlichster Art statt, insgesamt beteiligen sich 2500 am Streik. Zahlen zu nennen ist schwierig, weil einige nur zwei Stunden am Tag streiken, und wenn sie sehen, daß diejenigen, die im Vollstreik sind, weitermachen, gehen sie selber in 24stündigen Kettenstreik. An den Vollversammlungen nehmen zwischen 1000 und 2000 Streikende teil.

#### 29. März:

Vollversammlung von 2000 Streikenden; 6 Streikende werden geschickt, um sie auf der Inter SNECMA Koordination zu vertreten.

#### 5. April:

Rückkehr vom Osterwochenende, der Streik wird einstimmig wiederaufgenommen.

#### 11. April:

Viele Arbeiter kehren aus dem Urlaub zurück. Aber die Versammlung war nicht wichtiger als sonst. Der Streik wird wiederum beschlossen und die Zurückkehrenden schließen sich ihm an.

#### 16. April:

Nach einem Monat Streik wandelt sich das Klima, eine Festatmosphäre tritt ein, das ist neu. Lieder, Samstag abends ein Ball in der Fabrik ... Die Leute richten sich im Streik ein, und einige fassen sogar ins Auge, daß er noch zwei bis drei Wochen dauern könnte. Die Nicht-Gewerkschaftsmitglieder klinken sich stärker ein. Zu Beginn der Woche gab es eine gewisse Tiefphase, das ist inzwischen überwunden. Eine Solidaritätskasse wird unter den nicht streikenden Beschäftigten organisiert, 200 000 Francs werden gesammelt. Außerhalb wird nicht gesammelt.

#### 19. April:

Der Streik geht weiter.

### Streik in Corbeil

#### 23. März:

Die Nachricht vom Streik in Gennevilliers und in Villaroche ist bereits rumgegangen. Nun kommen die 1000 Streikenden aus diesen beiden Fabriken an. "Am Eingang gibt es ein kleines Problem: die CGT, die zur Arbeitsniederlegung aufgerufen hatte, wollte uns auf dem Parkplatz empfangen. Wir haben aber die Tore aufgebrochen und sind 1000 Mann hoch überall hingegangen und haben mit allen Leuten diskutiert, um die Nicht-Streikenden zur Arbeitsniederlegung zu bringen. Wir haben eine Demo gemacht und sind durch die ganze Fabrik gezogen, dann sind wir in kleinen Gruppen zu denen gegangen, die nicht gestreikt haben, um mit ihnen zu diskutieren", erzählt ein Mitglied des Streikkomitees von Villaroche.

Eine Versammlung beschließt den Streik.

Während der Woche sind etwa 900 bis 1000 Leute im Streik, aber einige machen nur ein bis zwei Stunden am Tag, dort wo die CGT Einfluß hat. Die täglichen Vollversammlungen mit etwas mehr als 1000 Leuten beschließen die Weiterführung des Streiks.

#### 5. April:

Die CGT organisiert eine Abstimmung ihrer Anhänger in geheimer Wahl, ob der 24-Stunden-Ketten-Streik fortgesetzt werden soll oder ob man zu anderen Kampfformen greifen soll. Von 600 Anwesenden stimmen 180 für die 24 Stunden, 40 für beide Vorschläge und 380 stimmen für andere Kampfformen und gehen anschließend arbeiten. Aber das Ergebnis dieser Abstimmung wird unter dem Druck der Streikenden wieder fraglich, die vom Streikkomitee vertreten werden und dafür gestimmt haben, den 24-Stunden-Ketten-Streik fortzusetzen. Um für den Streik zu werben, finden Demonstrationen in Corbeil und Evry statt, Flugblätter werden verteilt, man diskutiert mit den Passanten.

#### Woche vom 11. bis 16. April:

"Nur ein Kern zieht den Kettenstreik durch. ... Die einzigen, die weiterhin zu den 24 Stunden und zur Ausweitung des Streiks aufrufen, sind die Mitglieder des Streikkomitees, die sich an der Inter-SNECMA-Koordination der Streikenden beteiligen, sowie die CFTD. Deren Delegierte machen 24 Stunden. Im Gegensatz dazu beteiligt sich nur eine Minderheit

der CGT-Delegierten daran. Die CGT setzt sich für andere Aktionsformen ein: zwei Stunden Streik täglich. Das vertritt sie auch auf den Abteilungsversammlungen. Sie fordert sogar einige Arbeiter, die 24 Stunden streiken, dazu auf, nur zwei Stunden zu streiken." (Lutte Ouvrière vom 16.4.88)

#### Chronologie des Streiks: Die gemeinsamen Aktionen

#### 28. März:

Um 13 Uhr kommen 500 Streikende der SNECMA in der Filiale Hispano Suiza in Bois-Colombes (1800 Beschäftigte) an. Die CGT, die hier bei der letzten Wahl 77% der Stimmen bekam, ist dem Treffen gegenüber sehr feindlich eingestellt. "Hier haben wir nicht dieselben Probleme, hier geht es um das Problem der Beschäftigung." Sie denunziert "die Provokateure, vom Teufel Besessenen, Irrlichter, Grüppchen". Sie redet in einem ihrer Flugblätter in bezug auf die Demonstration der SNECMA-Streikenden in der Fabrik von "organisierter Provokation". Zu Beginn sagt die CGT, es gebe bei der SNECMA in Wirklichkeit keinen Streik. Diese Position wird nach der Ankunft der massenhaften Delegation schwierig zu halten. Daraufhin organisiert die CGT getrennte Abstimmungen in den Büros und den Werkhallen, dann schlägt sie zusätzlich rotierende Streiks von zwei Stunden Dauer vor, die aber nur von wenigen befolgt werden. An diesem Tag läßt die Firmenleitung die Tore mit Vorhängeschlössern verschließen, die CGT läßt das zu und läßt die Streikenden der SNECMA draußen. Die Streikenden der SNECMA klettern über die Gitter und brechen dann die Tore auf. Sie machen einen Umzug durch die Fabrik, 150 Arbeiter legen die Arbeit nieder.

#### 29. und 30. März:

40 bis 50 Arbeiter versuchen, einen Streik bei Hispano auszulösen.

#### 30. März n' mittags:

Die CGT ruft zu einer Versammlung auf, etwa 100 Leute nehmen daran teil, erregt. Die CGT ruft nicht zur Demonstration am darauffolgenden Tag in Paris auf, sondern zu rotierenden zweistündigen Arbeitsniederlegungen.

#### 30. März:

Die Koordination schlägt eine Demonstration in Orly und in den Fabriken von Air France

vor, die Gewerkschaften (vor allem die CGT) schlagen eine Demonstration in Paris zum Finanzministerium vor. Der Vorschlag der Gewerkschaften wird für den nächsten Tag angenommen, der Vorschlag der Koordination für später.

#### 31. März:

Demonstration von zwei- bis dreitausend Leuten von Denfert zum Finanzministerium.

#### 6. April:

1500 Streikende fahren in Bussen nach Orly, die CGT ist sehr zurückhaltend. Zuerst gehen sie zur Instandhaltungs-Fabrik der Air France (5000 Arbeiter, davon 2500 bis 3000 ständig anwesend). 100 Arbeiter der Fabrik empfangen sie. Nur die CFTD hatte die Arbeiter dazu aufgerufen, sich mit den Streikenden zu treffen, die CGT schickt eine Delegation. Die Firmenleitung hat die Gittertüre verschlossen, nur ein kleines Tor wurde offengelassen, die CGT versucht, sich dem Eindringen der Streikenden von SNECMA zu widersetzen; die machen eine Runde durch die Fabrik und versuchen, so viele wie möglich mitzuziehen, um gemeinsam auf dem Flughafen von Orly zu demonstrieren. Etwa 1000 treten in den Streik, und man zieht im Demonstrationzug durch den Flughafen. Sie diskutieren mit den Reisenden. Das ist ein Medienspektakel.

#### 7. April:

Etwa 3000 Streikende demonstrieren in Paris vom Haus des Radios bis zum Sitz der SNECMA-Firmenleitung (Boulevard Victor). Zu dieser Demonstration hat die CGT aufgerufen, und die Koordination hat sich angeschlossen. Um 16 Uhr sollen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Firmenleitung stattfinden.

#### 8. April:

Abstimmung in den drei Fabriken über den Vorschlag der Firmenleitung: 2,1% allgemeine Lohnerhöhung für 1988 und 1,7% Lohnmasse für individuelle Lohnerhöhungen. Überall wird der Vorschlag einstimmig abgelehnt und der Streik fortgesetzt.

#### 11. April:

Die Koordination schlägt vor, den Streik auf die anderen Flugzeugfabriken auszudehnen zu versuchen: Dassault und Aerospatiale sind in der Diskussion.

### 12. April:

Mehrere Busse mit Streikenden der SNECMA fahren zur Fabrik von Dassault in Saint Cloud. Die Gewerkschaften sind dagegen, sie haben nicht zum Streik aufgerufen. Die Firmenleitung hat die Tore verschlossen. Wie in Bois-Colombes gelingt es den Streikenden, die Tore aufzubrechen. Sie besuchen die Fabrik und diskutieren mit den Arbeitern; sie werden günstig aufgenommen. Bei Dassault gibt es etwa 3200 Beschäftigte, davon 600 Arbeiter im "blauen Anton". "Auch hier gab es 1987 0% Erhöhung und 1988 keine Erhöhung. Seit 82/83 hat man sehr viel Lohn verloren. Also sind 1500 Francs ein Minimum ... Warum sollen wir kein Streikkomitee so wie bei der SNECMA aufstellen. Ich bin nicht in der Gewerkschaft. Hier ist die CGT in der Mehrheit. Aber die Sprache, die sie spricht, paßt nicht mehr zu dem, was die Leute erwarten. Sie hat sich seit 1968 nicht weiter entwickelt. Es gibt nichts Neues", sagt ein Arbeiter der Fabrik, "aber hier ist die Zeit nicht reif für einen Streik" (Rouge vom 14.4.88).

Dieselbe Karawane von Streikenden fährt am Nachmittag zum Gericht in Nanterre. Gegen 28 Delegierte von Gennevilliers (11 von der CFDT und 17 der CGT) hat die Geschäftsleitung eine einstweilige Verfügung beantragt. Das Urteil erfolgt am Donnerstag, den 14.4. Die Geschäftsleitung hat allen Beschäftigten einen Brief geschickt und sie zur Wiederaufnahme der Arbeit am Dienstag, den 12. April, aufgefordert. Obwohl die Firmenleitung eine einmalige Zahlung von 1400 Francs für die Rückkehr an die Arbeit angeboten hat, geschieht dies nicht. Sie erleidet eine Schlappe.

### 13. April:

Der Metallarbeiterverband der CGT ruft zu einer Demonstration in Paris auf. Die CGT ruft die Streikenden der SNECMA und die Beschäftigten der Luftfahrtindustrie zur Teilnahme auf. Zur Demonstration kommen 3000 Leute.

### 14. April:

Das Gericht von Nanterre fällt sein Urteil: Es lehnt die Räumung der besetzten Streikbetriebe ab, wie es die Unternehmensleitung gefordert hatte, und ernennt einen Schlichter für die Verhandlungen, der am 29. April seinen Bericht vorlegen soll. Das ist eine Niederlage für die Geschäftsleitung. Das Vertrauen der Streikenden ist dadurch möglicherweise stärker geworden, in Villaroche zum

Beispiel entsteht sofort Feststimmung. In Corbeil beteiligen zum ersten Mal seit Beginn auch 150 Verwaltungsangestellte am Streik.

### 15. April:

Verhandlungen mit dem Schlichter am Sitz der Firmenleitung: nicht Neues.

### 18. April:

Der Streik geht weiter, Diskussionen in den Versammlungen über den Vorschlag der Koordination, das Citroen-Werk in Aulnay zu besuchen und über den der CGT, am 19. April in Paris zu demonstrieren. Beide Vorschläge werden angenommen. In den Tochterfirmen Sochata und Hispano haben die Streikenden ebenfalls die Vorschläge der Koordination angenommen.

### 19. April:

Langer Zug der Demonstration von etwa 3000 Streikenden von der Place de la République zum Boulevard Victor. Die Geschäftsleitung hat die angesetzten Verhandlungen abgesagt. Am selben Tag wird auch bei Air Inter und Air France gestreikt:

- Das technische Navigationspersonal von Air Inter fordert drei Piloten für den Airbus, wofür sie schon oft gestreikt haben.

- Die Piloten von Air France und Air Inter protestieren gegen die Umgestaltung der Pilotenlizenzen, die die Generaldirektion der Aviation Civile (Zivilen Luftfahrt) vorsieht.

- Das Bodenpersonal dieser beiden Gesellschaften fordert eine einheitliche Lohnerhöhung von 1500 Francs für alle. Eine Intersyndicale von Air Inter aus CGT, Force Ouvrière und SNPIT (autonome Gewerkschaft bei Air Inter, Abspaltung der CFDT) ruft zum Streik für 1500 Francs auf. "Der Besuch der SNECMA-Arbeiter auf dem Rollfeld von Orly vor gut zwei Wochen hat sicherlich die Mobilisierung beschleunigt." (Libération, 19.4.88)

Auch bei Air France rufen CGT und CFDT zum Streik auf.

Auf dem Rollfeld von Orly soll eine Versammlung mit den Streikenden der SNECMA stattfinden: 250 Streikende der SNECMA treffen 700 Beschäftigte aus der Reparaturwerkstatt von Air France. Sie machen einen Demonstrationzug, um 300 Streikende von Air Inter abzuholen. Dieses Treffen der verschiedenen Beschäftigten von Orly aus verschiedenen Unternehmen ist etwas Neues. Danach demonstrieren die 1000 Streikenden auf dem

Flughafen. Ein Großteil von ihnen wird an der Demonstration in Paris teilnehmen.

In Orly arbeiten 25 000 Leute in vier Unternehmen:

- Air France: etwa 10 000, davon 5000 im Ausbesserungswerk.

- Air Inter: etwa 5000, davon 1500 in der Ausbesserung.

- Aéro-gare de Paris (Flughafen von Paris): ungefähr 3500.

- Aviation Civile: Fluglotsen, Zollbeamte...

### Die Streikbeteiligung am 19. April:

Air France: 700 von 800 Arbeitern aus der Ausbesserung machen einen vierstündigen Streik auf den Aufruf von CGT und CFDT hin. Es gibt Diskussionen, ob der Streik verlängert werden soll, aber nur eine Minderheit ist dafür.

Air Inter: Den Aufruf von SNPIT, CGT und FO befolgen mehr als 1000 Streikende. An den folgenden Tagen finden Vollversammlungen statt, die Kampfbereitschaft des Rollfeldpersonals ist am wichtigsten. Für den 29. April ist ein Streik vorgesehen.

### 20. April:

Starke Delegationen der SNECMA sollen sich an das Citroen-Werk in Aulnay wenden, der Vorschlag der Koordination ist für diesen Tag angenommen worden. Aber die CGT hat sich diesem Vorschlag entgegengestellt. Die Firmenleitung von Citroen hat einige hundert Vorgesetzte aus der ganzen Pariser Region mobilisiert. Die CGT von Citroen hat die Arbeiter nicht zum Streik aufgerufen. Als die 200 Streikenden der SNECMA am Werk ankommen, stehen sie 600 Vorgesetzten gegenüber. Sie können die Fabrik nicht betreten, aber sie diskutieren mit etwa hundert Citroen-Arbeitern, die herausgekommen sind, um sie zu empfangen.

### 21. April:

250 Streikende der SNECMA gehen zu den Zulieferfirmen: Air Equipment Bronzavia (400 Beschäftigte) und diskutieren mit den Arbeitern. Abends versucht die Firmenleitung in Gennevilliers mit einem Kommando von Vorgesetzten, einen LKW mit Material in die Fabrik reinzubringen. Die Streikenden, die an diesem Abend recht zahlreich sind, widersetzen sich dem, bei der Schlägerei wird ein Streikender verletzt und ins Krankenhaus gebracht.

### 22. April:

Nach diesem Versuch in Gennevilliers ist die Mobilisierung stärker, an der Vollversammlung nehmen mehr Leute als gewöhnlich teil (900-1000), ein Teil der Angestellten nimmt den Streik auf. Die paar Vorgesetzten, die auf die Streikenden eingepöbeln haben, werden nicht mehr in die Fabrik hineingelassen. Überall beschließen die Versammlungen, daß die Gewerkschaften nur das Mandat haben für Verhandlungen auf der Basis der 1500-Francs-Forderung und einer einheitlichen Lohnerhöhung. Abends trifft sich die erweiterte Koordination im Pariser Gewerkschaftshaus.

### 25. April:

Die Vollversammlungen der verschiedenen Werke verlängern den Streik und beschließen verschiedene Aktionen für die nächste Woche.

### 26. April:

1000 Streikende treffen sich um 14 h in Melun und demonstrieren in der Stadt, dann vor dem Gericht: 48 Delegierte von CGT und CFDT und ein Vertreter des Streikkomitees von Villaroche sind von der Firmenleitung vor Gericht geladen worden. Sie verlangt die Entfernung der Streikposten, die "die Arbeitsfreiheit stören". An der Spitze der Demonstration das Transparent des Streikkomitees. Die CGT wollte ihres an der Spitze plazieren, aber die Vollversammlung hat anders entschieden.

### 27. April:

Wieder wird auf Vorschlag der Koordination ein Besuch des Citroen-Werks in Aulnay organisiert. Die CGT steht dem Vorschlag noch feindlicher gegenüber als die Woche vorher und spricht von "Provokation". Die CFDT ist auch dagegen, außer in Gennevilliers. Diesmal gelingt es 300 Streikenden der SNECMA, mit Hilfe der Arbeiter ins Werk einzudringen. Sie stehen die ganze Zeit einigen hundert Vorgesetzten und Werkschutz gegenüber und 70 Bullen, die die Firmenleitung gerufen hat (die eher dazu dienen, die CSL (9) zu beruhigen als die Streikenden). Die Streikenden können nur eine Stunde lang im Werk rumlaufen, dann werden sie von den Ordnungskräften rausgeschmissen. Es ist das erste Mal, daß Arbeiter von außerhalb in diese Bastion eingedrungen sind, die ein Symbol der Unternehmerrepression ist.

28. April:

Neue Entscheidung über die Streikenden von Gennevilliers am Gericht von Versailles, denn die Firmenleitung ist in die Berufung gegangen: das Appellationsgericht weist die Klage der Firmenleitung der SNECMA ab. Demonstration von mehr als tausend Streikenden in Gennevilliers, zu der die CGT in den drei Werken aufgerufen hat. 200 Arbeiter von Hispano in Bois Colombes beteiligen sich.

29. April:

Das Gericht von Melun fällt sein Urteil: es gibt der Firmenleitung nicht recht.

Die Verhandlungen sind noch immer blockiert, die Firmenleitung macht trotz des Schlichters kein anderes Angebot als das ursprüngliche. In Gennevilliers liegt die Produktion vollständig still, die Streikposten verhindern jeglichen An- und Abtransport von Material in den drei Werken.

### Neue Gesichtspunkte

Trotz der völlig unterschiedlichen Organisationsformen der Werke, trotz der Bemühungen der Gewerkschaft, die Kontrolle über die Bewegung zu behalten, trotz eines gewissen Prozentsatzes von Büroangestellten, die nicht streiken wollten - dieser Streik zeigt viele neue Züge. Seit 1968 haben wir keine so große Kampflust und Mobilisierung der Arbeiter mehr gesehen. Aber im Vergleich zu 68 sind die Züge dieses Streiks neu.

- Mehrere hundert Streikende (100 bis 1000) haben sich auf den Weg gemacht, um die verschiedenen Fabriken der Unternehmensgruppe, die Zweigstellen und andere Unternehmen der Luftfahrtindustrie aufzusuchen. Bisher bestanden keine Kontakte untereinander. Normalerweise sind es Delegationen, bestehend aus einigen Arbeitern, die von Werk zu Werk fahren. In diesem Streik zeigt sich das starke Bedürfnis nach direkten Kontakten, das Bedürfnis, sich von den Verhältnissen in anderen Werken ein eigenes Bild machen zu können. 1968 konnte man so ein Verhalten nicht beobachten.

- Die Forderungen nach einer einheitlichen Gehaltserhöhung von 1500 Francs für alle.

- Die Vollversammlungen sind sehr gut besucht, zum Beispiel versammeln sich in Villaroche, einem Werk mit 4500 Beschäftigten, täglich 1000 bis 2000 Streikende.

20

- Eine Koordination für die drei Werke wurde eingerichtet, und im Gegensatz zum Eisenbahnerstreik im vergangenen Jahr, wo zwei Koordinationen existierten, gibt es diesmal nur eine einzige.

- Das Verhältnis zu den Gewerkschaften ist <in einem Punkt> anders, was vielleicht eine Tendenz verstärkt fortführt, die sich bereits im Eisenbahnerstreik abgezeichnet hat. Diejenigen, die gewerkschaftlich nicht organisiert sind, werden als Kraft anerkannt, auf die man zählen muß, als Kraft, die ihre Unabhängigkeit bewahren will und die Kontrolle über das, was sie tun (und das in einem Sektor, auf den die KP und die CGT bisher großen Einfluß hatten). "Ich bin nicht gewerkschaftlich organisiert, ich war es einmal. Ich finde, daß die Gewerkschaften im Moment der Bewegung folgen müssen, der Bewegung der Massen, die sich im Kampf befinden. Rechtlich gesehen sind sie die Verantwortlichen, aber wir, die Arbeiter, die keiner Gewerkschaft angehören, machen den Hauptteil der Arbeiter aus, deren Bewegung sie folgen <und die Gewerkschaften schließen sich uns bloß an>. Sie sind Abgeordnete. Sie müssen genau das tun, was wir beschlossen haben. Nicht wir müssen der Gewerkschaft, die Gewerkschaft muß uns folgen. Wir sind der Motor, die Gewerkschaften müssen sich einfach hinter uns stellen, sonst bricht der Streik auseinander. Heute sind die Arbeiter im Streik, nicht die Gewerkschaften. Die Arbeiter haben im Kampf das Sagen." (Ein Streikender aus Gennevilliers - aus Lutte Ouvrière, 9.4.88)

### Warum besteht zwischen den Werken so ein großer Unterschied?

Daß in Villaroche ein Streikkomitee gebildet werden konnte, in dem die beiden Gewerkschaften CGT und CFDT mitwirken, erklärt sich durch das Zusammenspielen verschiedener Faktoren. Es liegt in erster Linie an der starken Beteiligung der jungen, meist nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die im Streik sehr engagiert sind. Bei Ausbruch des Streiks waren sie Hauptantriebskraft, und sie sind gewillt, weiterhin die Kontrolle über den Streik zu behalten.

Die CGT ist traditionell die stärkste Gewerkschaft in der Luftfahrtindustrie. Die Kontrolle in diesem Sektor zu behalten, ist ein wichtiger Aktivposten, aber die Frage ist, welcher Preis dafür bezahlt werden soll. Die Politik der CGT hat sich nicht verändert. Lieber bricht sie einen Streik, als daß sie ihn

zum Selbstläufer werden läßt (- oder versucht zumindest, ihn zu brechen). Im Werk von Villaroche hat die Führung der CGT, die zum größten Teil aus Älteren bestand, ihre besten Leute verloren, da viele inzwischen in Rente oder Frührente sind. Die sechs Aktivisten der extremen Linken haben sich für die Bildung eines Streikkomitees sehr engagiert. Ihre Mitwirkung in der CGT hat die Entscheidung mitbeeinflussen können. Viele Leute haben gegen die CGT, die sie die letzten Jahre mit erfolglosen rotierenden Streiks überstrapaziert hat, eine starke Abneigung. Die Leute waren dazu bereit, sich einer Bewegung anzuschließen, unter der Bedingung, daß sie nicht von der CGT kontrolliert würden (da die Existenz der Linken zumeist unbeachtet bleibt, ruft sie bei den Arbeitern keine Ablehnung hervor). Die Linken, die in der CGT und auch im Streikkomitee sind, finden eher durch ihre Funktion im Streikkomitee Beachtung. Die Gewerkschaften sind vom Ausbruch des Streiks überrollt worden. Niemand war darauf gefaßt, daß das Werk <in Villaroche> in den Streik treten würde, wenn die Delegation aus Gennevilliers zu Besuch kommt. Sie rechneten auch nicht mit einer so großen Zahl von Delegierten (mehrere hundert Personen). Die Gewerkschaften wurden vom Sog der Basis und Teilen ihrer Mitglieder mitgerissen.

### Die Forderungen

Um zu verstehen, woher die Forderung nach einer einheitlichen Lohnerhöhung von 1500 Francs kam, müssen wir noch einmal auf die Streiks im Frühjahr 87 in der SNECMA-Fabrik von Gennevilliers zurückkommen.

Es hat alles im Turbinenbereich angefangen, dem größten des Unternehmens (600 Arbeiter, davon 70% in Lohngruppe P1, die größtenteils 79-80 eingestellt wurden und seither in derselben Lohngruppe sind). Es waren die hochqualifizierten Arbeiter (P3 und OHQ), die angefangen haben. Sie haben ihren Lohnverlust seit 82 <der durch nicht durchgeführte Höhergruppierung entstanden ist> auf monatlich 1200 Francs geschätzt (bei einem Durchschnittslohn von 12 000 Francs im Monat), und sie zu beschließen, selbst etwas zu unternehmen. Sie möchten die Gewerkschaften in ihre Forderungen nicht mit einbinden, aber sie sollten ihren Meister, der sie zum Gespött macht, schon finden. Ihr Verhalten besteht aus einer Mischung von Mißtrauen gegenüber den Gewerkschaften und Korporatismus. Sie wollten ein strategischer Punkt sein und ganz für

sich die Produktion blockieren. Vor ihrem Scheitern wandten sie sich also an die Delegierten der Gewerkschaften CGT und CFDT. Ein Komitee, das sich mit der Organisation des Streiks befassen soll (COG), tritt zusammen (wahrscheinlich auf Veranlassung von Lutte Ouvrière). Es besteht aus etwa 40 Arbeitern aus dem Turbinenbereich und setzt sich aus Delegierten, Aktivisten der CGT und der CFDT, sowie gewerkschaftlich Nicht-Organisierten zusammen. Drei bis vier Wochen herrscht reges Agitieren im Turbinenbereich; es werden Flugblätter verteilt, Unterschriften gesammelt, Vollversammlungen einberufen, weiter finden Arbeitsniederlegungen und Diskussionen über eine einheitliche Gehaltserhöhung von 1200 Francs statt. Das COG trifft sich jeden Tag und übt auf die Gewerkschaften Druck aus, damit sie zum Streik aufrufen. Es geht in die anderen Werkhallen, und Anfang April weiten sich die Diskussionen auf die anderen Bereiche aus: Schmiede und Gießerei. Nach Einberufung durch die Gewerkschaften finden Vollversammlungen statt, bei denen das COG erklärt, worum es bei dem Streik geht: die Forderung nach den 1200 Francs. Von Anfang an schlägt die CGT, stärkste Gewerkschaft in der Fabrik, abgestufte Gehaltserhöhungen (7% allgemeine und 2% individuelle Gehaltserhöhung) vor. Die 1200 Francs erwähnt sie nicht und schlägt einen Renditenstreik vor (10)(eine Art Bummelstreik, durch den die Zahl der produzierten Teile verringert wird). Ihre Feindseligkeit gegenüber dem COG, über das sie sich in defaitistischer Weise äußert, verbirgt sie nicht.

Nach vier Wochen Mobilisierung wird die Turbinenhalle Bezugspunkt. Am 2. April wird vom COG eine Vollversammlung des ganzen Unternehmens einberufen, die von der CGT und der CFDT mitgetragen wird. Es soll über den Streik und die 1200 Francs debattiert werden. Insgesamt 450 bis 500 Leute sind anwesend (Turbinenhalle, Schmiede und Gießerei). Das COG erklärt die momentane Situation, und die CGT wird alles versuchen, um den Streik zu brechen.

"In der Vollversammlung wurde heute über diese Forderung nach den 1200 Francs geredet. Außerdem wurde zum ersten Mal das Prinzip des Streiks beredet und darüber diskutiert, ob man die anderen Bereiche besuchen soll, um sie in die Bewegung miteinzubinden. Als ein Mitglied des COG gerade einen Einwurf gemacht hatte, meldete sich ein Vertreter der Gewerkschaft zu Wort. Er sei erstaunt

21

über die geringe Zahl der Anwesenden. In einem Flugblatt, das die CGT am nächsten Tag verteilte, schrieb sie sogar: "Es ist das erste Mal, daß eine so kleine Anzahl von Arbeitern an solch einer Veranstaltung teilnimmt." Was ganz offensichtlich falsch ist, denn die CGT hatte sich '79 in eine wilde Werksbesetzung gestürzt, an der sich nicht mehr als 50 Arbeiter beteiligt hatten. Aber es war ganz klar: Für diesen Verantwortlichen der CGT war es primäres Anliegen, die Vollversammlung zu demoralisieren, indem er zersetzerische Reden abließ, anstatt sich auf die Anwesenden zu konzentrieren, um sie zur Ausweitung des Streiks zu ermuntern. Er ging noch weiter, indem er die jüngsten Konflikte der EDF und SNCF anführte, mit dem einzigen Ziel, die Vollversammlung zu lähmen: "Man muß realistisch sein, sie haben nichts erreicht!" Die Vehemenz, mit der er auf die Schwierigkeiten des Kampfes einging, zielte nicht darauf ab, die Arbeiter auf ihre Verantwortlichkeit aufmerksam zu machen, sondern sollte sie entmutigen. Nun jedoch verstanden eine große Zahl von Arbeitern. Er endete damit, daß er sagte, die CGT würde über die 1200 Francs nicht abstimmen. Ein anderer CGT-Gewerkschafter schlug den gleichen Ton an, um zu verkünden, daß man Bereich für Bereich kämpfen müßte, um die Produktion zu senken, und wenn es Aktionen geben sollte, die angesagt sind, dann sollte man in geheimer Wahl darüber abstimmen. Die Arbeiter, die sich vier Wochen lang engagiert hatten, protestierten energisch. Angesichts dieser Reaktion inszenierten die Verantwortlichen der CGT ein Tohuwabohu. Die Mitglieder des Betriebskomitees begannen zu schreien, um die Vollversammlung durcheinander zu bringen, einen Teil der Anwesenden rissen sie mit, sie taten alles, um die Abstimmung zu verhindern. Einem Vertreter des COG gelang es dennoch, durch die Geräuschkulisse zu dringen und vorzuschlagen, per Handzeichen über die 1200 Francs abzustimmen. Die Arbeiter stimmten in großer Mehrheit für die einheitliche Lohnerhöhung von 1200 Francs. Zwei Mitglieder der CGT, die von Anfang an der Bewegung feindlich gegenüber gestanden hatten, stimmten dagegen und die Mehrheit der anderen weigerten sich abzustimmen. In dieser Vollversammlung wurde keine ausreichende Entscheidung gefällt, ob der Streik ausgerufen werden sollte, da vor allem die Opposition der CGT übergangen werden müßte." (Lutte Ouvrière vom 11.4.87)

"Die CGT sprach sich gegen die 1200 Francs aus, von denen sie sagen, daß sie utopisch wären, und gegen das COG, bei dem sie so tun, als ob sie es gar nicht kennen würden. Die Stimmung auf der Vollversammlung wurde ätzend, es kam beinahe zu Handgreiflichkeiten. Danach sind die Leute wieder an die Arbeit gegangen, völlig demoralisiert und erfüllt von

einem tiefen Haß gegen die CGT", sagt ein Streikender aus Gennevilliers, der bei dem Vorfall 1987 dabei war.

Nach diesem Geschehnis wurden die vier Aktivisten von Lutte Ouvrière, die zu Anfang des Streiks als Hauptagitatoren aufgetreten waren, aus der CGT ausgeschlossen. Die CGT erlitt bei den Delegiertenwahlen in diesem Betrieb eine Niederlage (sie hat 11,7% verloren). Nach diesem Vorfall war es nötig, daß sie die tiefe Abneigung bei den Leuten zerstreute.

In dieser Situation fand dann auch Anfang März die Umfrage der CGT über die Löhne statt, die auf schlechte Resonanz stieß. Verschiedentlich wurde bereits die Forderung nach 1500 Francs vorgebracht. Die CGT schätzt den Lohnverlust seit 82 nun auf 8%. In den Streikversammlungen vom März 88 wird nun die einheitliche Lohnforderung von 1500 Francs erhoben, die auch von allen Arbeitern aufgenommen wird. Unter dem Druck der Basis schließt sich dem auch die CGT an.

"Hinter der einheitlichen Lohnforderung nach 1500 Francs mehr für alle taucht inzwischen ein immer größeres Unbehagen auf... Die Bewegung zeigt deutliche Parallelen zum Eisenbahnerstreik im vergangenen Winter, dessen Stärke zum großen Teil der spontanen Revolte der verzweifelten Lohnempfänger zu verdanken ist, die sich durch die unaufhörlichen Streitigkeiten dazu durchgerungen haben, einen härteren Kampf zu führen "Weil wir jetzt genug haben von einer Stunde Streikerei, wo dann anschließend Konfetti und Mützen in die Luft geworfen werden", erklärt ein Arbeiter aus Gennevilliers, der gewerkschaftlich nicht organisiert ist. Eingefahren und schwerfällige Hierarchie, mangelnde Kommunikation, junge Leute, deren Aufstiegsmöglichkeiten sehr gering sind, die Furcht, daß die für einzelne durchgesetzte Lohnerhöhung, die vor kurzem für die leitenden Angestellten durchgesetzt wurde, nicht auf die gesamte Belegschaft ausgeweitet wird: "Ich arbeite hier seit 6 Jahren. Als P1 habe ich hier angefangen, und nach 6 Jahren bin ich keinen Zentimeter aufgestiegen. Ich habe jetzt genug davon. Um das Fortkommen der Arbeiter und die Lohnerhöhungen scheren die sich doch einen Dreck!", sagt Alain, Facharbeiter in Gennevilliers. (nach Libération vom 1.4.88)

### Fortsetzung der SNECMA-Streikchronologie

- 3.Mai** Demonstration zum Werk von Thompson in Malakoff; 250 Streikende ziehen durchs Zentrum;
- 4.Mai** Auf Vorschlag der CGT Demonstration zur Hauptverwaltung nachdem der Ordnungsdienst der CGT um 7 Uhr morgens eingedrungen war <?>; ungefähr 500 Leute;
- 5.Mai** 100 Streikende der SNECMA marschieren ins Werk der CIT-Alcatel bei Levalloir;
- 10.Mai** Demonstration von der Börse zum Elysee-Palast von alle Berufsgruppen (interprofessionel) für 1500 Francs; auf Initiative der Koordination; 1500 Demonstranten, davon 300 "von außen" <exterieur>; die CGT nimmt nicht teil und stellt sich dagegen;
- 19.Mai** Demo in Paris von 2500 Leuten, wieder interprofessionel, davon 500 exterieurs - für 1500 Francs; diesmal hat die CGT aufgerufen, aber nur bei der SNECMA;
- 20.Mai** Unterbrechung des 24-Stundenstreiks in Corbeil und Gennevilliers; in Villaroche streiken 600 weiter, davon 100 im 24-Stunden-Streik, 500 im Teilstreik von zwei, drei Stunden; die Geschäftsleitung verschickt sieben Kündigungsschreiben an sieben Streikende (die Hauptverantwortliche des Streikkomitees);
- 24.Mai** Villaroche: die Kündigung der sieben Streikenden wird gegen die Aufhebung der Streikposten zurückgenommen (getauscht);
- 25.Mai** Die Teil-Arbeitsniederlegungen finden noch in Gennevilliers und Corbeil statt; in Villaroche geht die Bewegung in Formen von Teil-Arbeitsniederlegungen weiter. Eine Demo im Zentrum, ungefähr 600 Arbeiter.

Die Geschäftsleitung hat in keinem Punkt nachgegeben. Die Produktion ist nicht normal wiederaufgenommen worden. Bisher nur ein Fünftel der Normalproduktion.

- 1 P1, P2, P3: Der Qualifizierung entsprechende Einstufungen ("classification"); aber mehr und mehr, vor allem mit zunehmender Frührente, wird die qualifizierte Arbeit von P3 von jungen Arbeitern gemacht, die in Lohngruppe P1 eingestellt sind. Das gab es immer, aber es gibt eine Zunahme dieses Phänomens, eine Systematisierung, das ist eine Art Entwicklung der Flexibilisierung.
- 2 Contrat Solidarité; um die Einstellung von Jungen anzuregen, bezuschusst der Staat Unternehmer, die Leute über 55 in Vorruststand schicken und dafür Junge einstellen,
- 3 Intersyndicale; gewöhnlich der Name für Strukturen, in denen mehrere Gewerkschaften drin sind. Die CGT und die CFDT sind praktisch als einzige vertreten. In Gennevilliers und anderswo haben die Gewerkschaften zu Beginn des Streiks sehr gespannte Beziehungen zueinander. Innerhalb des Betriebs reden sie nicht einmal miteinander; wenn es nötig ist, benutzen sie das Telefon. Unter dem Druck der Basis hat sich die erweiterte Intersyndicale gebildet, denn in den Vollversammlungen waren die ewigen Probleme zwischen CGT und CFDT aufgetaucht.
- 4 Comité d'entreprise; zusammengesetzt aus Delegierten der verschiedenen Gewerkschaften. Es verwaltet die sozialen Angelegenheiten und hat das Recht zur Einsicht in die Unternehmensverwaltung, in die Buchhaltung - aber keine Entscheidungsbefugnis.
- 5 Das Verhältnis zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und werktätiger Bevölkerung ist in Frankreich sehr niedrig; 1988 lag sie bei 9%, die niedrigste in ganz Europa (1976 waren es in Frankreich noch 20%). Die CGT hat 600 000, die CFDT 400 000, die F.O. 400 000, die F.E.N. (Brotbackerinnengewerkschaft) 200 000 (Zahlen von 1988) Mitglieder.
- 6 L.C.R. Ligue Communiste Revolutionnaire; trotzkistische Gruppe, die sich für die gewerkschaftliche Einheit einsetzt.
- 7 L.O. Lutte Ouvrière von gleicher Bedeutung wie L.C.R. aber mehr in den Betrieben verankert; kritischer im Verhältnis zu den Gewerkschaften. Aber mit der Marginalisierung der KPF bei den letzten Wahlen versuchte die L.O. eine Wiederannäherung an die KPF und CGT.
- 8 C.S.L. gelbe Unternehmensgewerkschaft, bekannt für ihre Schlägerpraktiken vor allem bei Citroen. Sie ist vor allem die Gewerkschaft der Meister (de la maîtrise)
- 10 Renditenstreik. Jeder Arbeiter kriegt eine Karte, auf der sein "Produktionssoll" in vorgegebener Zeit steht. Die CGT schlug vor, diese Karten nicht zu erfüllen.

## Widersprüche in großer Zahl

"Die Robkur, die der britischen Industrie während der Thatcher-Jahre verordnet wurde, hat die Maßstäbe für Leistung und Verhalten zerstört, was es schwierig macht festzustellen, was da erstarkt ist." (Financial Times, 23.11.87)

Nach dem langen Bergarbeiterstreik (März 1984 bis März 1985)(1) und nach der ebenso langen Auseinandersetzung von Wapping, herbeigeführt durch die Pressegruppe Murdoch News International (Januar 1986 bis Januar 1987)(2), fand das Finanzkapital in einer neuen Legislaturperiode nach den Wahlen vom Juni 1987 dieselbe konservative Clique vor, die schon acht Jahre regiert hatte. Es konnte somit hoffen, freie Hand zu haben bei der Regelung dessen, was es für die letzten Geschwüre der "englischen Krankheit" hielt (3).

Die Triumphstimmung erhielt Ende Sommer 1987 einen leichten Dämpfer: das langsame Wiederaufleben von Streiks und einige größere Zusammenstöße im Winter malten das Schreckgespenst von wilden Streiks an die Wand. Der Streik bei Ford reichte aus, um die Zeitungsspalten mit Erinnerungen an den "winter of discontent" zu füllen.

Auch damals hatte ein Ford-Streik eine Breche in das jahrelang hochgezogene Bollwerk geschlagen, mit dem die autonome Kampfbewegung im Zaum gehalten werden sollte; das Zweiergespann Gewerkschaft - Labour Party wurde mit einem einzigen Streich weggefegt und hat bis heute nicht wieder glaubhaft machen können, daß es zur Regelung der Angelegenheiten des Kapitals fähig ist, nämlich die Arbeiter mit anderen Mitteln als denen der repressiven Festsetzung der Löhne auf Staatsebene zu unterwerfen. Niemand hat allerdings auf die Phase von 1972 bis 1974 angespielt, in der - unter anderen Umständen - die konservative Regierung Heath zusammen mit der Gesetzgebung weggefegt wurde, die zur Unterdrückung der wilden Streiks bestimmt war. Dennoch: Die gegenwärtigen Klassenkämpfe werden sich im Falle wilder Streiks von großem Ausmaß eher in diese Richtung entwickeln.

Der Streik bei Ford beginnt offiziell am 8. Februar 1988 und endet am 21. Februar mit Zugeständnissen der Unternehmer, die einen "Sieg" vermuten lassen, in Wirklichkeit

aber den Kern der vorgesehenen Umwälzungen in den Arbeitsverhältnissen unangetastet lassen. Der Streik hat wenig mit dem vom Oktober 1978 gemeinsam. Damals ging es um die Löhne, die die Labour-Regierung durch "Sozialpakete" mit dem TUC auf einem Minimum einzufrieren versuchte. Die Vereinheitlichung des Kampfs war die Reaktion auf Jahre des Lohnstopps und der Senkung des Lebensstandards. Der damalige Streik stellte direkt die Regierungspolitik der Rettung des englischen Industriekapitals in Frage, die die Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals und den Schutz seiner Profite durch direkte staatliche Leitung der wesentlichen Sektoren und eine Preisbegrenzung für die Ware Arbeit<skraft> sicherstellen wollte. Unter der damaligen Regierung wurde zum ersten Mal in Tarifabschlüssen ein Zusammenhang von Lohn und Produktivität festgelegt: eine niedrig festgesetzte Ausgangsbasis des Lohns konnte nur durch eine Erhöhung der Produktivität überschritten werden.

Die konservativen Regierungen seit 1979 haben dieselbe Politik verfolgt, aber auf anderen Wegen und zur Unterstützung anderer Kapitalinteressen, eher der des internationalen Kapitals als der des britischen. Jeden industriellen Protektionismus aufzugeben und direkt die "Gesetze des internationalen Marktes" wirken zu lassen, hatte letztlich kein anderes Ziel, als Druck auf die Arbeiter auszuüben, um sie zu zwingen, die Verschärfung ihrer Ausbeutung (Lohnsenkungen und Intensivierung der Arbeit) und damit die Erhöhung der Profitrate zu akzeptieren. Die "Privatisierungen" verschafften dem Staat Geld; sie erlaubten es also auch, den Steuerdruck auf die Unternehmen und die Einkommen zu verringern. Dies ermöglichte es wiederum, den Anteil des kapitalistischen Profits direkt zu vergrößern - oder indirekt, indem die Lohnforderungen gebremst wurden. Dem Kapital eröffneten sich neue Felder mit der Hoffnung auf Profitabilität. Alles das fand seine Entsprechung in der neuen Sozialgesetzgebung, die auch darauf zielte, die "Marktgesetze" für die Ware Arbeit<skraft> zur Geltung zu bringen. Es ging darum, die Arbeiter daran zu hindern, ihre Klassensolidarität einzusetzen und durch spontane und unvorhersehbare Aktionen die Dynamik kapitalistischer Organisation zu stören, die im harten internationalen Wettbewerb steckte. Diese Gesetze zielten nicht, wie die Gewerkschaften behaupteten, darauf, ihre Macht zu brechen. Die Gesetze sollten die Gewerkschaften in ihrer Funktion stärken, die

Arbeiterklasse einzugattern. Sie waren dazu ausersehen, ihren Mitgliedern und den Arbeitern insgesamt eine an die gegenwärtigen Interessen der Unternehmen angepaßte Disziplin aufzuzwingen. Die Gewerkschaften wurden zu Instrumenten der direkten Unterdrückung der Basisbewegung. Der Bergarbeiterstreik und die Zusammenstöße rund um Wapping haben gezeigt, daß dies nicht leicht zu erreichen war, aber auf die Dauer funktioniert hat. Es wurde aber deutlich, daß diese "Siege" keine Präzedenzfälle schufen, und der Klassenkampf die mühsam erreichte Lage jederzeit wieder infragestellen konnte.

Die Öffnung zum internationalen Kapital- und Warenmarkt hatte zur Folge, daß praktisch sofort die Arbeitslosigkeit sprunghaft anstieg (eine Million Arbeitslose mehr in einem Jahr), und daß die Inflation durch die Angleichung der Preise an die krisengeschüttelten Weltmärkte erheblich verlangsamt wurde. Die Erpressung mit drohender Arbeitslosigkeit und die Stabilität der Preise für Konsumgüter erlaubten es, die Kosten der Arbeitskraft zu senken. Aber das reichte nicht aus. Das Hauptziel der Labour-Politik, Lohnsteigerungen (über Anpassungen an die Inflation hinaus) an substantielle Produktivitätserhöhungen zu binden, wurde beibehalten. Der politische Wandel bedeutete nur, daß anstelle einer Regierungspolitik, die umfassende Richtlinien von Staats wegen vorgab, es nun dem Ermessen jeder einzelnen Firma überlassen wurde, die politischen Vorgaben umzusetzen. Die Unternehmer hatten sogar die "Freiheit", noch strenger zu sein, wenn die gleichen Instrumente es ihnen erlaubten, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern. Der Streik der Bergarbeiter und der bei der Londoner Presse waren gute Beispiele für den Gebrauch dieser "Freiheit".

Die Regierung zog sich anscheinend vom Kräftespiel des Waren- und Arbeitsmarkts zurück. Der Vorteil für das Kapital bezüglich der Formen des Klassenkampfes lag auf der Hand. Es war nicht mehr mit einer umfassenden, durch identische Arbeitsverhältnisse vereinheitlichten Bewegung konfrontiert, sondern mit einer Vielzahl unterschiedlicher, einzelner Konflikte. Eine Streikwelle konnte nun nur noch zufällig zustande kommen. Denn die zur Diskussion stehenden Belange waren weder allgemeiner Natur noch betrafen sie einen ganzen Gewerbezweig. Alles blieb auf den einzelnen Betrieb beschränkt. Das Kapital konnte diese Partikularisierung noch mit juri-

stischen Winkelzügen verschärfen, wie Murdoch es mit "News International" tat.

Man kann nicht sagen, daß das gesetzliche Verbot von Solidaritätsstreiks dem Rückgang der Kämpfe zugrundeliegt. Die Ursachen sind in den Strukturen zu suchen, die die Entwicklung des Kapitals und der Produktionstechniken den Unternehmen zur Sicherung ihre eigenen Existenz als unabhängige Organismen der Ausbeutung und der Aneignung des Mehrwerts aufzwingen. Die neue Gesetzgebung begrenzt Streiks auf die Beziehungen der Arbeiter zu ihrem Einzelunternehmer. Solidaritätsstreiks sind verboten, - sogar mit sehr nahestehenden Arbeitern, sofern sie arbeitsrechtlich gesehen einen anderen Bezugspunkt haben. Ohne Zweifel gestattet dies, kleine Einheiten zu schaffen und sie zu stärken. Aber die gesetzlichen Hürden wären kaum ein Hindernis für eine Streikwelle, wenn diese nicht von vagen Solidaritätsgefühlen, sondern von der machtvollen Einheit eines gemeinsamen unmittelbaren Interesses getragen würden. So etwas entspricht aber nicht der augenblicklichen Lage, und zwar nicht deshalb, weil die Neuordnung so wirksam wäre, sondern weil die Entwicklung seiner Umstrukturierung die Bedingungen für so eine Vereinheitlichung nicht geschaffen hat.

Gefangen im Netz der neuen verwickelten Situation kann jeder Streik isoliert in seinem besonderen Zusammenhang erscheinen, den spezifischen Bedingungen des einzelnen Unternehmens ausgesetzt. Und das, obwohl die Kämpfe überall nicht so sehr auf eine Verbesserung der Löhne abzielen, sondern sich gegen die tiefgreifenden Veränderungen in den Arbeitsbedingungen richten, die die Unternehmer bei jeder Auseinandersetzung über den Lohn durchzusetzen versuchen. Es gibt in der gesamten Industrie eine gemeinsame Anstrengung der Wirtschafts- und Gewerkschaftsführer, Kriterien zur Anpassung der Arbeitsverhältnisse, und darin inbegriffen auch die der Gewerkschaftsstrukturen, an die neuen Produktionstechniken und die internationale Konkurrenz zu finden. Eine Zeitlang haben es die Konsequenzen dieser Politik und der internationalen Konjunktur den Führern ermöglicht, groß aufzutumpfen. Am 23. April 1987 verkündete der Staatssekretär im Arbeitsministerium vor einer Konferenz des CBI (Arbeitgeberverband "Confederation of British Industry"), Großbritannien trete nun in eine neue Ara guter sozialer Verhältnisse ein. Er konnte seine Aussage mit zahlreichen Beispielen belegen: unter anderem mit Vauxhall (General

Motors), wo innerhalb von 10 Jahren die durch Streiks verlorene Arbeitszeit von 27% im Jahr 1976 auf 1% im Jahr 1986 gesunken war.

### Ein Schub von wilden Streiks. Kehrt die "englische Krankheit" zurück?

Im Ford-Streik 1988 ist eher die Entladung einer explosiven Mischung von Konflikten zu sehen als der Beginn einer Streikwelle. Die Entwicklung dieser Konflikte in der Automobilindustrie wie auch in anderen Industrien läßt sich das ganze Jahr 1987 hindurch (um ein Datum zu nennen, nicht um eine Etappe festzulegen) verfolgen.

- Ihre Dynamik entwickelt sich vor dem Hintergrund der besonderen Verwertungswänge, unter denen das britische Kapital steht. Es muß seine Fähigkeit, Profite zu erwirtschaften, gegenüber der internationalen Konkurrenz aufrechterhalten. Die Öffnung Großbritanniens zum internationalen Markt hat einen Prozeß beschleunigt, dessen Auswirkungen ohne Zweifel markanter sind als in anderen europäischen Ländern. Der sogenannte Nissan-Faktor (der nicht nur die Automobilindustrie betrifft), hat zunächst zwei Auswirkungen, die die kommenden Kämpfe bestimmen werden: Auf der einen Seite verschwinden die Abgrenzungen zwischen angelernten Arbeitern, Facharbeitern und allen Arten von Technikern (natürlich auch den Weißkitteln, und damit einhergehend verschwinden die Kapos). Stattdessen wird eine einzige Arbeiterfigur geschaffen. Auf der anderen Seite werden die Gewerkschaftsstrukturen modernisiert: Damit ist weniger gemeint, daß die Reste der alten Berufsgewerkschaften verschwinden; viel eher geht es um das Entstehen einer modernistischen Gewerkschaft, die genau an die Notwendigkeiten des modernen Unternehmens und an die ökonomische und technologische Dynamik angepaßt ist.

- Ihre Internationalisierung resultiert weniger daraus, daß Ford ein Multi ist. Das Kapital hat internationalen Charakter und setzt sich fest, wo es die höchsten Profite erwartet. Es sucht einen Bewegungsrahmen, in dem keine Gegebenheit eine feste Größe darstellt und wo die Konflikte zwischen einzelnen kapitalistischen Gruppen (gelegentlich in Form von militärischen Entwicklungen) ebenso wie die Geldströme und die Klassenkämpfe ein bewegtes Kräftefeld ergeben.

Ein Blick auf die Automobilindustrie und ihre Zuliefererbetriebe vermittelt einen Eindruck davon, was sich 1987 ereignet hat. Ein

charakteristisches Beispiel ist der Konflikt, der im Januar 1987 bei Caterpillar in Uddington, in der Nähe von Glasgow, ausbrach. Dieser Multi gab damals (nur einige Monate nachdem ein Plan zur Vergrößerung des Werks vorgelegt worden war) die bevorstehende Schließung und die Entlassung von 1 200 Arbeitern im Rahmen seiner weltweiten Umstrukturierung bekannt: die Fabrikgebäude sollten verkauft, die Maschinen, der Lagerbestand und die Fertigung sollten in andere europäische Werke verlagert werden. Sofort besetzten die Arbeiter die Fabrik, um die Auslagerung zu verhindern. Ende März versuchen 800 Arbeiter (die Weißkittel hatten sich mit Abfindungen kündigen lassen), symbolisch einen Modelltraktor für ein unterentwickeltes Land zu konstruieren. Mit knapper Mehrheit und angesichts einer wachsenden Opposition von seiten der Gewerkschaftsapparate entschließen sie sich trotz einer gerichtlichen Räumungsverfügung die Besetzung aufrechtzuerhalten. Den ganzen April halten die Arbeiter durch. Ende April stimmen sie nach einer Intervention von Airlie, Mitglied der KP und hoher Gewerkschaftsfunktionär der AEU, der Beendigung der Besetzung zu gegen das Versprechen, die Produktion unter der Leitung einer neuen Persönlichkeit wiederaufzunehmen. Diese Figur erweist sich später als Strohmännchen der Amerikaner und mehr oder minder deutlich als CIA-Agent. Die Fabrik wird einige Monate später einfach und endgültig geschlossen. In diesem Kampf finden sich alle Elemente, die auch in den anderen Kämpfen auftauchen werden: Erbitterter Widerstand der Arbeiter, eingebettet in eine wilde Bewegung, die erhebliche finanzielle Unterstützung findet (jede Woche wurden 15 000 - 20 000 Pfund gesammelt), und gleichwohl isoliert bleibt. Dazu das Tappen im Dunkeln gegenüber dem Fangarm eines Multis, der die Unterstützung eines nur aufs Stellunghalten eingeschworenen Gewerkschaftsapparats genießt.

Am 23. April zieht ein wilder Streik von 48 Schweißern bei Vauxhall (General Motors) in Luton, dem ein Zulagenproblem zugrundelag, die Aussperrung von 2 500 Arbeitern nach sich. Im Mai und Juni begleitete eine Reihe kleiner Auseinandersetzungen den Transfer des Lieferwagen-Werks von Bedford in Luton in ein Joint Venture mit dem japanischen Konzern Isuzu, dabei ging es ebenfalls um Zulagen. Am 16. Oktober bricht im PKW-Werk ein unbegrenzter Streik aus, der am 29. Oktober durch Zugeständnisse beendet wird. Am

11. November streiken 4 400 Arbeiter im Werk Ellesmere in der Nähe von Liverpool 24 Stunden, ebenfalls wegen Zulagen, und auch im Ersatzteilzentrum in Luton bricht ein Streik aus. Hier beteiligen sich 600 Arbeiter 24 Stunden lang.

In der Jaguar-Fabrik in Coventry legen am 17. August 60 Gabelstaplerfahrer die Arbeit nieder, aus Solidarität mit einem von ihnen, der 24 Stunden lang ausgesperrt worden war, weil er einen Fehler gemacht hatte - daraufhin werden 1 200 Arbeiter ausgesperrt.

Seit Anfang Oktober entwickelt sich auch in den Fabriken von Rover eine ganze Reihe von Auseinandersetzungen. Ein wilder Streik von 150 Arbeitern im Werk von Longbridge am 9. Oktober gegen die Entlassung eines shop stewards ist nur von kurzer Dauer, weil die Geschäftsleitung einen Rückzieher macht; am 16. November kommt es zu einem wilden Streik von 3 500 Arbeitern im Werk Cowley wegen einer Änderung im System der Rentenfinanzierung; ähnliche Streiks flackern in Zulieferbetrieben, besonders bei Lucas, auf. Am 15. Januar 1988 streiken 18 Fahrer der Nachtschicht, die die einzelnen Werke versorgen, gegen die Verlagerung eines Teils ihrer Arbeit auf die Schiene, ihnen folgten 50 Fahrer der Tagschicht, was Aussperrungen in Cowley und Longbridge zur Folge hat. Nach drei Tagen beendet eine Vereinbarung diesen Konflikt.

In diesem Moment beginnt der Streik bei Ford, der aufgrund der Bedeutung dieses Konzerns (dort arbeiten auf 13 Fabriken verteilt 42 000 von insgesamt 320 000 in der britischen Automobilindustrie Beschäftigten) die untergründigen Streiks in den anderen Fabriken ein wenig in den Hintergrund drängt. Deswegen verlieren diese Streiks jedoch nicht an Bedeutung, und in gewisser Weise werden sie die Verbreitung dieses zentralen Konflikts übernehmen, wenn er vorbei ist. Wir werden auf diese Kämpfe zurückkommen, nachdem wir die Entwicklung des Kampfes bei Ford dargestellt haben.

### Die "neue Arbeitsorganisation"

Von den 42 000 Beschäftigten bei Ford sind ungefähr 33 000 Arbeiter. Ford ist der zweitgrößte Automobilhersteller in Großbritannien und in Europa einer der größten. In den englischen Werken arbeitet nur etwa ein Drittel aller Beschäftigten bei Ford in Gesamteuropa, dennoch ist Großbritannien Hauptabsatzmarkt

und wird zum größten Teil durch Importwagen versorgt.

Für die Ford-Betriebe sind noch immer die Berufsgewerkschaften zuständig (oder was von ihnen übriggeblieben ist): die Gewerkschaft TGWU organisiert die 21 000 ungelerten Arbeiter und die AEU den Großteil der Facharbeiter (die Elektriker sind in der Gewerkschaft EETPU). Im "blauen Buch" des Unternehmens sind acht Arbeiter- und Angestelltenorganisationen anerkannt. Alle 13 englischen Fabriken sind in einem gemeinsamen Verhandlungsorgan, dem "Joint National Negotiating Committee" zusammengeschlossen; dort sind zwölf Gewerkschaften vertreten, die wiederum alle dem TUC angehören. Diese gewerkschaftliche Struktur kann als Machthebel der Funktionsapparate und in gewisser Weise als Instrument zur Vereinigung der Kämpfe in allen Werken erscheinen, sie kann aber auch Konfrontationsort verschiedener Gewerkschaften sein und bewirken, daß unkontrollierte örtliche Konflikte von der großen kontrollierten Bewegung abgetrennt oder auch erstickt werden. In einer Industrie, die sich vollständig im Umbruch befindet, kann sie ein Hindernis für die Manager sein bei der Rationalisierung der Arbeitsorganisation.

Am 9. Oktober 87 gibt die amerikanische Ford-Muttergesellschaft bekannt, es sei gerade ein Vorzugsabkommen mit der Gewerkschaft AEU über den Bau eines neuen Werks in Dundee/Schottland getroffen worden, das in zwei Jahren den Betrieb aufnehmen und elektronische Teile für die Werke von Ford Europa herstellen soll. Das Werk würde unter der direkten Leitung von Ford US stehen und sich in der Rechtsform von allen anderen europäischen Werken und vor allem von Ford Großbritannien wesentlich unterscheiden. Ford schlägt völlig offen den Weg ein, den die japanischen Elektronik- und Automobilfirmen (Hitachi in Wales mit der EETPU und Nissan in der Nähe von Newcastle mit AEU) gegangen sind.

Dieses Abkommen würde es möglich machen, der anachronistischen Situation, die in den anderen Werken von Ford GB noch eine ganze Weile lang andauern wird, auszuweichen, indem eine juristische Fiktion geschaffen wird (etwa so wie News International in Wapping). Dieses Abkommen ist ein Versuchsballon und, angesichts des Zeitpunkts, zu dem es bekannt gemacht wird, ein Druckmittel in den für alle Werke von Ford GB anlaufenden Tarifverhandlungen.

Am 29. Oktober gibt Ford seine Vorschläge für die Erneuerung des 2-Jahres-Tarifvertrags bekannt, der im November ausläuft:

- ein 3-Jahres-Tarifvertrag;
- Erhöhung des Grundlohns um 4,25% im Jahr und jährliche Anpassung an die Inflationsrate;
- Abschaffung der Abgrenzung zwischen den Berufen: jeder Facharbeiter kann an das Fließband beordert werden, um die Tätigkeit eines angelernten Arbeiters auszuführen;
- die Angleichung der Einstufung von Arbeitern und Angestellten. Das Vorhaben soll allmählich durchgeführt werden, nach Diskussionen in gemeinsamen Kommissionen von Gewerkschaften und Management;
- die Rolle des Vorarbeiters soll sich ändern. Er soll nur noch die Koordination der Gruppen übernehmen und zwar im Verhältnis 1:18 gegenüber 1:26-36 auf dem Kontinent, sowie die Wartung und Kontrolle der Maschinen und Gebäude in einem größeren Umfang als bisher. Er soll sich nicht mehr direkt mit der Produktion befassen, obwohl er die Arbeitsgruppen-Leiter unter sich haben wird;
- die Arbeiter, angelernten Arbeiter und Facharbeiter werden in "Gruppen" eingeteilt, innerhalb derer sie nach Bedarf jeder Produktions- und Wartungsarbeit zugeteilt werden. Für die Gruppen wird ein Gruppenleiter verantwortlich sein, der nach seinen "Kompetenzen" ausgesucht wird, ohne Berücksichtigung seiner Qualifikation. Er entscheidet über die Arbeitszuteilung, die Materialversorgung der Arbeitsplätze und die Überprüfung von Produktion und Qualität. Sein Lohn ist um 10% höher als der Grundlohn;
- Diskussionsgruppen auf allen Arbeiter- und Angestelltenebenen befassen sich mit der Verbesserung der Qualität;
- ein Arbeiter-Pool stellt Ersatzkräfte für die Abwesenden (vollständige Flexibilität);
- Einstellung von Zeitarbeitern, was eher als Legalisierung einer Praxis erscheint, deren vollständige Abschaffung die Arbeiter fordern, indem die Zeitarbeiter einen regulären Arbeitsvertrag kriegen.

Für die Arbeiter besteht zwischen diesen beiden Vertragsentwürfen ganz offenbar ein bedeutender Unterschied. Diejenigen, die in Dundee eingestellt werden, haben keine andere Wahl, als sich in das Korsett zu zwängen, das ihnen die Gewerkschaft AEU und Ford US auf den Leib geschneidert haben. Diejenigen, die für Ford GB arbeiten, müssen ihren neuen Status akzeptieren, können aber die Festlegung ihrer Arbeitsbedingungen in gewisser

Weise weiterhin beeinflussen. Im Endeffekt ist der Unterschied nicht so groß, wie es scheint. In der neuen Fabrik können die Arbeiter auf ihre Situation immer noch Einfluß nehmen, auch wenn ihnen, rechtlich gesehen, diese Möglichkeit nicht gegeben ist. Im alten System werden die Arbeiter die tiefgreifenden Änderungen ihrer Arbeitsbedingungen nicht ablehnen können, auch wenn es ihnen gelingt einen Teil der früher errungenen "Vorteile" zu bewahren. Auch bei ihnen wird das Kräfteverhältnis ihre tatsächlich Lage in der neuen Ausbeutungsform bestimmen.

Anders die Gewerkschaften. Sie können ihre Tätigkeit als Vermittler beim Verkauf der Arbeitskraft nur in dem Maße ausüben, wie es ihnen von Arbeitern und Kapitalisten zugestanden wird. Ihre Struktur und der Inhalt ihrer Funktion im kapitalistischen System entspringen keiner idealistischen Vorstellung, sondern sind das direkte Produkt dieses Systems selbst und in erster Linie der angewandten Produktionsweise. Der Widerstand gegen die vom Kapital aufgezwungenen Veränderungen entspringt gleichermaßen den Gewerkschaftsapparaten, die ihre Existenz infragegestellt sehen, wie auch der Arbeiterklasse, deren Macht durch die Umstrukturierung der Arbeit bedroht ist. Ganz wie die neue Sozialgesetzgebung in Großbritannien sind auch die beiden von Ford vorgeschlagenen Varianten so abgefaßt, daß das Kommando über die Arbeit effizienter wirkt. Die Vereinfachung der Funktion des Vorarbeiters ist genau gleicher Natur wie die Einführung des Prinzips "ein Betrieb, eine Gewerkschaft". Wozu sind 36 Gewerkschaften nötig, wo es nur noch eine Kategorie von Arbeitern gibt. Die traditionelle Struktur des Trade Unionism wird von Grund auf verändert.

Das ist der Grund, weshalb es um den Ford-Streik herum einerseits zu harten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gewerkschaften kommt (die der Streik zum Teil verdeckt), und andererseits die verschiedenen Facharbeitergruppen sich manchmal im Generalstreik vereinigen und manchmal in Einzelstreiks aufsplintern. Auf beiden Feldern wird sich die Auseinandersetzung zwischen Basis und Gewerkschaftsbürokratie als auch zwischen den Gewerkschaftsbürokratien selbst entwickeln. Diese Situation läßt sich mit dem Bergarbeiterstreik 1984/85 vergleichen, in dem Basisströmungen mit historischen Traditionen und unterschiedlichen Ausbeutungsbedingungen die Industriegewerkschaft NUM zur Spaltung bringen. Daraus entstand die Ge-

werkschaft UDM, deren "Modernismus" in einer fast perfekten Zusammenarbeit mit dem Management besteht, und die Gewerkschaft NUM, die zwischen ihrem Traditionalismus und anderen Ausprägungen des "Modernismus" hin- und hergerissen ist. Für die Fabrik in Dundee wird die traditionelle Gewerkschaft AEU (die bisher hauptsächlich die Facharbeiter organisierte, deren Zahl in der Metallindustrie immer geringer wird) die Vorreiterrolle in dieser Entwicklung spielen, und nicht eine Streikbrechergewerkschaft wie die UDM oder "Überläufer" wie die EETPU im Druckgewerbe. Das Vorhaben in Dundee hat solide Paten: Laird, Mitglied der Labour Party und der Schottischen Agentur für industrielle Entwicklung, sowie Jimmy Airlie, aus der KP stalinistischer Tendenz, nationaler Verhandlungsführer der AEU, die in Detroit unmittelbar mit der Firmenleitung von Ford US verhandelt hat (wir werden später beim Streik auf ihn zurückkommen). Die Bekanntgabe des Übereinkommens löst im TUC und im nationalen Verhandlungskomitee von Ford GB einen Sturm der Empörung aus. Nichts kann das Dilemma, in dem sich die Gewerkschaften befinden, besser ausdrücken, als die Stellungnahmen, die die Wortführer selbst in diesem Zusammenhang abgegeben haben:

Laird: "Wie soll man multinational arbeiten, wenn sich die Gewerkschaften nicht auf eine gemeinsame Linie einigen können."

Airlie: "Das ist ein bedeutender Durchbruch für die gewerkschaftlichen Organisationen."

Murphy (Gewerkschaftsführer von TGWU): "Man kann nicht mit einem Unternehmen verhandeln, das die Gewerkschaften auf rechtem Wege ausschaltet."

Die Gründe, weshalb die "großen" Gewerkschaften ihren Mitgliederbestand schützen und gleichzeitig neue Mitglieder werben, sind rein rechnerischer Natur. (Es ist kein Zufall, wenn sich die Gewerkschaften AEU und EETPU am aggressivsten zeigen. Ihre Mitgliederzahl wird sich durch den Wegfall von Facharbeitertätigkeiten verringern.) Die Zahl der Mitglieder bestimmt die Anzahl der Vertreter im TUC und in der Labour Party, d.h. den Zugang zu den verantwortlichen Stellen in Gewerkschaftsspitze und Politik. Der Rest ist eine Frage der Umstände. Wenn es auch zutrifft, daß die EETPU mit Hitachi in Wales ein absolut einzigartiges Abkommen mit Friedenspflicht unterzeichnet hat und in Wapping in einer Zweigniederlassung von News International auf Kosten der Firma die LKW-Fahrer der Speditionsfirma TNT als Streikbrecher an-

geworben hat, so haben doch ebenso die Mitglieder der TGWU zum Erfolg von Murdoch beigetragen, indem sie regelmäßig die Streikposten durchquerten (wiederum ohne von ihrer Gewerkschaft deswegen gemäßigelt zu werden.) Aber es wird auch dieselbe TGWU sein, die den Vertrag von Dundee zum Scheitern bringen wird, denn wenn er sich auf die anderen Ford-Werke ausdehnt, würde sie alle ihrer Mitglieder bei Ford verlieren. Am 6. Juli vergangenen Jahres jedoch, haben die nationalen Vorsitzenden von fünf Gewerkschaften, darunter TGWU und AEU, einen Vertrag japanischen Stils für die Fabrik in Bedford (GM) unterzeichnet, für den sie letztlich auch die Zustimmung der Arbeiter erhielten. Dieser Vertrag, der durch eine angedrohte Schließung und gegen den Willen der Shop stewards durchgesetzt wurde, geht weit über das hinaus, was Ford GB für seine englischen Werke vorschlägt.

Diese ganzen Diskussionen waren durchaus berechtigt: egal, ob der Vertrag erneuert wird oder das Prinzip "ein Betrieb, eine Gewerkschaft" durchgesetzt wird, - die Arbeitsbedingungen würden sich von Grund auf ändern: mehr Arbeit für alle und Wegfall von Vorteilen für bestimmte Personen. Was so schönfärbisch "Reform der Arbeitsmethoden" genannt wurde, bedeutet in Wirklichkeit die Schaffung eines eindimensionalen Arbeiters, der die Interessen des Kapitals verinnerlicht hat. All das war ein frontaler Angriff auf das Kräfteverhältnis, das den Arbeitern noch eine gewisse Kontrolle über Inhalt und Bedingungen ihrer Arbeit ermöglichte. Die Auseinandersetzungen und die Kollisionen zwischen Gewerkschaftsfraktionen waren nur die Folge dieser Situation, obgleich sie doch versucht hatten, die Zukunft mitzugestalten.

#### **vorwärtsbewegungen im klassenkampf Neue Entwicklungen folgen denen des Kapitals**

"Das Problem besteht nicht darin, zu erkennen, ob Änderungen eingetreten sind, sondern zu erkennen, ob diese Änderungen weit genug gehen ." (Financial Times 11.2.1986)

Das obenstehende Zitat eines Finanzfachmanns zum gegenwärtigen Zustand des Kapitals in Großbritannien paßt genauso gut auf die Lage im Klassenkampf . Es ist schwierig zu bewerten, was von der "englischen Krankheit" übriggeblieben ist, nachdem 10 Jahre lang versucht wurde, Gleichschritt durchzusetzen.

Beim Beispiel Ford stehen wir relativ widersprüchlichen Aussagen gegenüber, bei denen zu fragen ist, ob sie nicht in der Absicht manipuliert sind, bei den Arbeitern die Bereitschaft zur Hinnahme der tiefgreifenden Änderungen ihrer Arbeitsbedingungen zu fördern. Es läßt sich feststellen, daß die Unternehmer immer seltener zum Mittel der offenen Erpressung greifen - Opfer zur Vermeidung von Arbeitsniederlegungen - und stattdessen zur Sicherung von Kapitalerträgen um Unterstützung der Arbeiterinnen und Arbeiter werben.

Zur gleichen Zeit, als Ford England Ende Oktober Vorschläge für den neuen Firmentarif vorlegt, wird bekanntgegeben, daß zur Herstellung eines Fiesta, eines Escort oder eines Sierra in Großbritannien 65% mehr Zeit gebraucht wird als in Westdeutschland. Weiter heißt es, die Ford-Werke in Großbritannien würden für die Herstellung des gleichen Wagens zweieinhalbmal so viel Stunden benötigen wie die Japaner. Nissan würde demnächst in Großbritannien Wagen herausbringen, deren Arbeitskosten 550 Dollar betragen, gegenüber 890 Dollar bei Ford in Halewood. Am 11. Februar jedoch, als der Streik seinem Ende zugeht, enthüllt die Presse einen vertraulichen Bericht von Ford Europa ("Productivity at Ford's body and assembly plants at Dagenham"), demzufolge ein Fordarbeiter 28 Wagen im Jahr produziert und ein Arbeiter bei Nissan nur 26. Weiter habe man 1987 zur Herstellung eines Wagens 64 Stunden benötigt, gegenüber 110 Stunden im Jahr 1980. Diese Zahlen sind nicht besonders überzeugend. Es läßt sich nie sagen, ob sie die gleichen Faktoren berücksichtigen. Wenn die Produktionskosten in Dollars angegeben sind, werden sie vom relativen Wechselkurs des US-Dollar beeinflusst, und das Montagewerk von Nissan ist noch nicht lange in Betrieb. Derselbe Bericht stellt auch fest, daß die Qualität der produzierten Wagen in Dagenham sich allmählich verbessert, was auf eine "gewandelte Einstellung" bei den Arbeitern hindeuten würde, wobei hinzugesetzt wird, daß "noch viel zu tun bleibt". Ford England sei jedoch bemüht, ein Klima gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit unter einer gemeinsamen Zielsetzung zu schaffen.

Von den westeuropäischen Industrieländern, ist Großbritannien das einzige Land, dessen Industrieproduktion gegenüber 1973 um 2,5% gesunken ist. Es ist auch das einzige Land, in dem die Arbeitsproduktivität - wenn sie sich überhaupt entwickelt hat - im Vergleich mit den anderen Ländern abgesunken ist. In der Automobilindustrie hat die Produktion im Ver-

gleich zu 1980 um 15% abgenommen, die Belegschaft hat sich um 30% verringert, während die Produktivität um 25% gestiegen ist. Berücksichtigt man jedoch die technischen Verbesserungen, dann lassen sich hieraus keine bedeutenden Veränderungen im Arbeitsverhalten entnehmen. Stellt man in Rechnung, daß gleichzeitig die Zahl der wegen Streiks verlorenen Tage von 5 Millionen auf 500 000 zurückgegangen ist, dann fragt man sich nach dem eigentlichen Sinn dessen, was in den 80er Jahren die "Revolution am Arbeitsplatz" genannt wurde - mitsamt den einschneidenden Maßnahmen von Seiten der Regierung und der Unternehmensleitungen.

Um nur das Beispiel von Ford England heranzuziehen: Erst der Blick auf das Terrain jenseits der offenen Konflikte, der Streiks, läßt erkennen, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht auf die Ankündigung solcher Segnungen warteten (von denen sie erst im Verlauf des Sommers undeutlich Wind bekamen), um zu versuchen, die endlose Schneckenschleife der Umwälzung der Arbeitsbedingungen wegen Änderung der Produktionstechniken anzuhalten oder zu verlangsamen. 1985 brachten die Gewerkschaften die Arbeiter dazu, einen Tarifvertrag zu akzeptieren, der die Anzahl der verschiedenen Berufssparten von 550 auf 52 reduzierte (faktisch gab es vor dem Streik nur noch 15), der die Flexibilisierung der Angelernten einführte und eine Unmenge neuer Technik für die Facharbeiter in den Wartungstrupps. Damit die Facharbeiter am Fließband entbehrlich wurden, durften die Angelernten sich zwecks Erhöhung ihrer Mobilität "weiterbilden". Keine richtige Weiterbildung, versteht sich, eher ein Witz: "In drei Tagen soll man die Grundkenntnisse des Schweißens erlernen und dann zugleich Mechaniker, Schweißer und Installateur werden", sagt ein Arbeiter. Ein anderer erklärt, was Flexibilität bedeutet: "Alle 102 Sekunden kommt ein Wagen, an dem man etwas anschrauben muß. Zwischen zwei Wagen muß man saubermachen, das Werkzeug bereitlegen, den Vorrat an Teilen ergänzen sowie Fehler feststellen und die Qualität überprüfen. Wenn's am Fließband nichts zu tun gibt, wird man da hingeschickt, wo es Arbeit gibt. Nichts ist mehr wie früher; da hatte man Zeit, jetzt malocht man den ganzen Tag. Und das alles, um in der Woche 115 Pfund nach Hause zu bringen." Die Arbeiter, eingezwängt in den von den Gewerkschaften unterzeichneten Vertrag, greifen auf die alten Methoden zurück,

diejenigen nämlich, die den Boden für die "englische Krankheit" bereitet hatten:

- Das Taubenschlagprinzip: Ein Arbeiter, der vor zwei Jahren angefangen hat, erklärt: "Man haut hier ab, sobald man eine andere Arbeit findet. Ich bin der einzige, der übriggeblieben ist von den sechs Leuten, die mit mir eingestellt wurden." Er wurde aus einer Vielzahl von Bewerbern ausgewählt, da er verheiratet ist, bescheiden, und "gute Führung" gezeigt hat. Doch auch er sagt inzwischen: "Ich habe mit gemäßigten Ideen angefangen, aber die Arbeit hier macht aus dir einen Militanten."

- Die Fehlzeiten: Sie betragen mittlerweile im Schnitt 15%. Die Sache ist tageweise so gravierend, daß das Werk sein Produktionsoll nicht erfüllen kann. Verständlich, daß die Firmenleitung im Entwurf des Tarifvertrags die Einrichtung eines Arbeitskräftepools vorsieht.

- Die Qualitätsmängel: Das Ford-Management beharrt auf diesem Punkt nicht nur wegen der japanischen Konkurrenz. Es geht ihm um den Kampf gegen einen gewissen Typ von Arbeitssabotage. Ein Arbeiter, dem dieser Aspekt wichtig ist, erklärt, das Unternehmen habe zwei Gesichter: Das eine präsentiert es in der Werbung und in den Qualitätszirkeln, das andere in der Realität. Hier kann das Ausschußproblem so behandelt werden, daß die Nachfrage auf dem Markt dazu führt, einfach alles auszuliefern und nur noch auf das schnelle Erzielen hoher Profite zu achten, was letztlich einziges Ziel ist.

Die Enttäuschung macht sich vor allem bei den Facharbeitern breit. Sie sehen in dem vorgeschlagenen Vertrag die Fortführung einer Tendenz, die sie letzten Endes völlig verdrängen will. Das ist keine Frage des Lohns, sondern eine Frage der Arbeitszuteilung (man kann nicht mehr abwechselnd an verschiedenen Stellen im Werk arbeiten, sondern ist einem bestimmten Bereich am Fließband zugeteilt). Schließlich geht es um den Verlust ihrer beruflichen Identität. "Fünf Jahre schlecht bezahlte Lehrzeit, um am Ende am Fließband zu stehen und Anweisungen von einem ungelerten Arbeiter zu bekommen." Es ist absehbar, daß solch eine Situation individuelle oder kollektive Konflikte heraufbeschwören wird.

#### Ein verdeckt wilder Konflikt

"Das letzte Mal sind wir betrogen worden, auf die Art kriegen sie uns nicht

noch einmal." (ein Arbeiter von Ford Dagenham)

Kaum hat Ford einige seiner Vorhaben durchblicken lassen, legen 50 Fließbandarbeiter in Halewood die Arbeit nieder, was die Produktion des Escort und des Orion stoppt. Das ist die erste von vielen wilden Arbeitsniederlegungen, die, was noch einmal gesagt werden muß, sich vor dem Hintergrund ähnlicher Streiks in anderen englischen Automobilwerken abspielen. Sie konzentrieren sich auf die Löhne (10% Zuschlag auf den Grundlohn und Leistungszulage) und auf die Verkürzung der Arbeitszeit - wie in den westdeutschen Betrieben. Im übrigen akzeptieren sie, was die Unternehmensleitung vorschlägt. Flexibilisierung und Veränderungen in der Arbeitsorganisation sind kein Thema für sie. Sie schlagen im Gegenteil vor, die Löhne und Arbeitsbedingungen von Arbeitern und Angestellten aufeinander abzustimmen, was als Verbesserung für die Arbeiter hingestellt werden kann, aber Ford nur ermöglichen wird, die Flexibilisierung voranzutreiben.

Sobald die Unternehmensführung Ende Oktober ihre Karten auf den Tisch gelegt hatte, folgten reihenweise Arbeitsniederlegungen in fast allen Ford-Werken; Am 2. November blockierten 120 Leute das Karosseriewerk in Dagenham und 200 Streikende am Montageband bewirken, daß 1 000 Arbeiter nicht weiterarbeiten können. Am 3. November verbünden sich 800 Facharbeiter in Halewood mit 1 000 Vorarbeitern in Dagenham und Dunton, denen sich am 10. November die Vorarbeiter in Halewood anschließen, die fünf Tage lang wild streiken. Am 11. November machen 1 400 Arbeiter in Dagenham und Dunton einen 24stündigen Streik, den am 13. November 1 500 Arbeiter in Bridgend/Wales durch einen 24stündigen Streik unterstützen. Am 16. November stehen in Halewood 4 000 Leute im Streik. Am 17. November legen 750 Leute im zentralen Ersatzteillager in Dagenham für 24 Stunden die Arbeit nieder. Ihnen schließen sich am 20. November 4 000 Leute an - alle Arbeiter der Karosseriehalle - die einen Streik gegen Überstunden machen. Am 23. November befinden sich erneut 200 Arbeiter in Halewood in einem 24stündigen Streik, und am gleichen Tag finden in Dagenham, Basildon, Bridgend und Leamington Arbeitsniederlegungen von insgesamt 17 000 Arbeitern in acht Fordwerken statt. Am 24. November bewirken 36 Lokomotivführer, daß 5 000 Arbeiter in Dagen-

ham nicht weiterarbeiten können. Am 2. Dezember lehnen die 12 500 Angestellten von Ford GB den vorgeschlagenen Gehaltstarif ab. Am 7. Dezember werden in Halewood die Wartungsarbeiten nicht ausgeführt. Das führt zur Aussperrung sämtlicher Arbeiter im Produktionsbereich.

Die Gewerkschaften versuchen zunächst, die Flut wilder Bewegungen einzudämmen. Anfang November sagt der TGWU-Sekretär von Dagenham: "Die Shop stewards haben versucht, die Arbeiter von der Arbeitsniederlegung abzubringen, aber sie ließen sich nicht aufhalten". Weiter äußert er: "Die Unternehmensleitung und die Gewerkschaftsführer von Dagenham hoffen, daß die Produktion heute (3. November) wieder normal und ohne Unterbrechungen weiterläuft, bis die Verhandlungen nächste Woche wieder aufgenommen werden. Am 11. November stellt Murphy (TGWU), der Präsident des Joint Committee und Leiter der Verhandlungskommission, fest, man werde hier Zeuge einer Art von Kampf, wie man ihn vor zehn Jahren zuletzt erlebt habe. Es liegt vielmehr an der weihnachtlichen Ruhe, daß die Arbeitsniederlegungen Ende Dezember/Anfang Januar aussetzen, als an den Verhandlungen, die sich bis zum 7. Januar hinziehen. Die Gewerkschaften halten sich für stark genug, durch Murphy verkünden zu lassen, daß "die acht Arbeitergewerkschaften bereit sind, den von Ford vorgeschlagenen Drei-Jahres-Vertrag zu akzeptieren, wenn die Löhne noch stärker erhöht würden und Ford Beschäftigungsgarantien gibt". Er fügt hinzu, daß "jeder am Sinn des Streiks zweifelt", und am 26. Januar führt er beim Kommentieren der Streik-Urabstimmung weiter aus: "Ein totaler Streik wäre eine Tragödie, die die Gewerkschaften verhindern wollen."

#### **Das dialektische Verhältnis zwischen Arbeitern und Gewerkschaften**

**Wie die Gewerkschaften nur mittels eines totalen Streiks eine Bewegung eindämmen können, deren einmütige Macht ihre Absichten völlig diskreditiert**

Um den Arbeiterwiderstand und die "Anarchie der wilden Streiks" zu brechen, ist in der Woche des 20. Januar eine Abstimmung organisiert worden: von den 87%, die abgestimmt haben, sprechen sich 88% für den totalen, unbefristeten Streik aus. In diesem Moment noch ist dies für die Gewerkschaftsführer lediglich eine Warnung an die Direktion. Nach dem Gesetz haben sie 15 Tage Zeit, den Streik

auszurufen; aber sofort nehmen sie neue Verhandlungen mit der Betriebsleitung auf: ihre Funktion zwingt sie zu diesem Verhalten. Die Basis will etwas anderes, und niemand kann das besser ausdrücken als der Bandarbeiter aus Southampton, der gegen den Streik gestimmt hat, sich aber bereit erklärt, ihm Folge zu leisten, selbst wenn er einen Monat dauern sollte, und er fügt hinzu, daß "die einzige Bestimmung, die ihn ernsthaft beunruhigt, die ist, daß die Dauer, die ein Arbeiter am Band bleiben muß, zukünftig vom Vorarbeiter festgelegt wird".

Im Prinzip sollte der Streik am 31. Januar nachts beginnen; aber Murphy kündigt gerade in dieser Nacht an, es sei ein Übereinkommen erzielt worden und der Streikaufruf werde zurückgenommen; er kommentiert dies mit den Worten: "Ich bin froh, daß wir einen solchen Streik verhindert haben, der für alle Beteiligten fatal geworden wäre." Das ist längst nicht so klar, denn die Shop stewards im Vermittlungsausschuß waren mehrheitlich für die Ablehnung der Vereinbarung, aber von den Führern bearbeitet worden, ihre Meinung zu ändern und mit 25 gegen 18 Stimmen den Arbeitern zur Annahme der Vereinbarung zu raten. Im Wesentlichen bringt die Vereinbarung nichts neues. Die Lohnerhöhung ist auf 7% anstatt ursprünglich 4,25% angehoben worden, darüber hinaus wurden für die kommenden Jahre 2,5% zusätzlich zur Anpassung an die Inflationsrate garantiert; die Übergangszeit für Löhne und Arbeitsbedingungen wird auf drei Jahre angesetzt und es bleibt bei der Neugestaltung der Arbeitsorganisation. Die dabei in der Praxis auftretenden Probleme sollen aber auf nationaler Ebene diskutiert werden. Für ein bißchen Geld erhält so die Firmenleitung eine Blankovollmacht: zugunsten des Einflusses der Gewerkschaftsspitze hindert man die Shop stewards an der Einmischung in die Konfliktregelung vor Ort, - weil sie zu stark dem Einfluß der Basis ausgesetzt sind. Airlie erklärt dies so: "Es geht hier nicht ums Geld. Wir erkennen an, daß es notwendig ist, die Effektivität zu verbessern, aber wir möchten uns für eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen und im Zuge dieser Veränderungen für eine komplette Korrektur der Lohnstrukturen einsetzen, die diese Veränderungen begleiten." Wenn Airlie erklärt, die Arbeiter seien mit der Laufzeit des Vertrags nicht einverstanden, so verschleiert er völlig die tatsächliche Bedeutung der Vorschläge von Ford, denn die Gewerkschaften haben nicht im mindesten die Absicht, diese zu bestreiten.

Am 4. Februar entscheidet eine weitere Abstimmung über diese "neuen" Vorschläge: Über 60% der Arbeiter lehnen die Vereinbarung und die Empfehlung des Vermittlungsausschusses ab. Ohne einen formellen Streikaufruf abzuwarten, treten 3 000 Arbeiter des Montagebandes in Dagenham ab 5. Februar in den unbefristeten Streik. Ein letzter Verhandlungsversuch der Gewerkschaften scheitert, und sie müssen sich entschließen, einen Streikaufruf herauszulassen: Am Morgen des 8. Februar werden alle Ford-Werke in Großbritannien bestreikt. Ein Arbeiter auf Streikposten in Dagenham drückt seine Feindseligkeit gegenüber den Ausflüchten der Gewerkschaftschefs so aus: "Ich will nicht bissig werden, aber die TGWU-Führer werden nett empfangen, wenn sie hier aufkreuzen. Sie sollten nicht daran denken, uns zu verkaufen - oder es gibt Ärger."

Wie 1978 besteht die Stärke des Streiks lediglich in der entschlossenen Haltung zum Kampf. Zweifellos stellen sich finanzielle Schwierigkeiten nicht in allernächster Zeit ein, genausowenig die finanzielle Solidarität von außen, denn die beteiligten Gewerkschaften haben Streikkassen und zahlen Streikunterstützungen, da nun der Arbeitskampf "anerkannt" ist. Es gibt kein Streikkomitee. Der Gemeinsame Ausschuss regelt die Koordination und führt die Verhandlungen. Die Organisation des Streiks in den einzelnen Fabriken liegt in den Händen der Shop stewards. Sie sind insbesondere für das Aufstellen der Streikposten verantwortlich. Da der Streik einmütig geführt wird, gibt es keine Streikbrecher, und Polizei ist unnötig. Da keine Wiederaufnahme der Arbeit ohne Urabstimmung erfolgen darf, können sich die Manöver der Gewerkschaften und der Arbeitgeber lediglich in Verhandlungen entfalten und in der Präsentation ihres Verhandlungsergebnisses. Der Streik ist ein Paradebeispiel für ausgefeilten Legalismus, der einzig zu dem Ziel der Ruhigstellung von Basisbewegungen entworfen worden ist, angesichts des Zusammenhalts einer entschlossenen Basis aber wirkungslos bleibt. Im Gegenteil, die <Ur->Abstimmung verstärkt den Zusammenhalt noch, indem sie die Macht der Basis deutlich macht und Manipulationen verhindert, für die bei den jetzt verbotenen Abstimmungen auf Werksebene per Handzeichen immer Raum war.

#### **Macht und Zerbrechlichkeit eines Multis**

"Die Geschwindigkeit, in der der britische Ford-Streik die Betriebe auf dem Kontinent berührt, macht die inzwischen erreichten Fortschritte in der Anstrengung sichtbar, das Produktionsniveau Japans zu erreichen, indem der Lagerbestand auf ein Minimum reduziert wird." (Financial Times 10. Februar 1988)

Kraft und Stabilität eines Multis hängen davon ab, wie er in seiner Unternehmensorganisation zwei gegenläufige Notwendigkeiten in Einklang zu bringen: einmal die regelmäßige Versorgung der Bänder und zum anderen die Eliminierung der Bestände (an Waren oder Arbeitszeit), die Kapital binden. Einerseits die Streuung der Produktion auf verschiedene Betriebe und Zulieferer, um Unterbrechungen der Teileversorgung auszuschließen, und andererseits die Konzentration der Produktion bei einem einzigen Zulieferer, um die Kosten zu senken. Ford sucht ein Gleichgewicht zwischen einer großen Anzahl an Betrieben (38 in Westeuropa) und einer profitorientierten ökonomischen Rationalität, die immer wieder infragegestellt wird durch die nationalen Produktionskosten, die Währungsschwankungen und den Klassenkampf in seinen verschiedenen Aspekten. Die Streuung der Ford-Werke auf 14 europäische Länder mag als Garantie für die Verteilung der Risiken erscheinen, sie ist aber auch Ausdruck für die Zerbrechlichkeit eines Produktionsapparats, der auf Großbritannien ausgerichtet ist.

Vom 9. Februar an, dem Tag nach dem Streikbeginn in Großbritannien, wird die Produktion in Genk (Belgien) und Saarlouis (BRD) in Mitleidenschaft gezogen. Rebban, Generalsekretär des Internationalen Metallarbeiterverbands, erklärt in völliger Unkenntnis der Verhältnisse bei Ford: "Die Gesellschaft hat sich verrechnet. Für uns war das eine Offenbarung." Die Gewerkschaftsbosse, die die Gewerkschaften in den Betrieben von Ford Europa kontrollieren, hatten sich in Genf getroffen. Es zeigte sich, daß die Umwälzungen, denen sich die englischen Arbeiter widersetzen, in Europa und den USA bereits stattgefunden hatten, ohne daß die Gewerkschaftsapparate versucht hätten zu erklären, was eigentlich auf dem Spiel stand. Ein Arbeiter des Genker Werks, der wegen des Ford-Streiks in England vorübergehend ausgesperrt war, erklärte: "Ich weiß nicht, wieso sie streiken. Es hat uns niemand gesagt." Der beste Propagan-

dist des Streiks in den anderen Ford-Werken ist letztlich die Organisation der Produktion auf europäischer Ebene selbst.

Am 11. Februar werden 11 000 Arbeiter in Genk (Belgien), Köln und Düren (BRD) und in Lissabon (Portugal) vorübergehend entlassen oder in Kurzarbeit geschickt. Auch einige Zuliefererwerke in den englischen Midlands beginnen, die Arbeiter nach Hause zu schicken. (Eine Zeitung vermutet eine Zahl von 75 000). Wenn sich der Streik bei den gegebenen Strukturen von Ford länger hinzieht, werden die Folgen noch katastrophaler. Schon in der zweiten Woche kostet der Streik Ford 40 Millionen Pfund pro Tag. Auf Anordnung aus Detroit werden geheime Kontakte zwischen dem Personalchef von Ford GB und den "großen" Gewerkschaftsbossen hergestellt: Ron Todd, Generalsekretär der TGWU, und Bill Jordan, Präsident der AEU. Nachdem alle Hindernisse aus dem Weg geräumt worden sind, werden am 16. Februar wieder "offizielle" Verhandlungen aufgenommen, aus denen ein neues Abkommen hervorgeht. Hier finden sich:

- eine Laufzeit von zwei Jahren;
- geringe Änderungen der früher vorgeschlagenen Lohnerhöhungen: 7% pro Jahr oder auch 2,5% zusätzlich zur Inflationsrate;
- 100% Lohnfortzahlung im Fall der vorübergehenden Freistellung; Alters- und Krankenversorgung;
- keine Entlassungen: entweder freiwilliges Ausscheiden oder Weiterbildung für andere Bereiche;
- Verabredungen über Gespräche zur Frage der Angleichung des Status <der Facharbeiter>;
- Im Wesentlichen bleibt es bei der Änderung der Arbeitsmethoden, aber Facharbeiter (Mechaniker und Elektriker) werden zukünftig nicht am Band arbeiten. Der wichtigste Punkt betrifft die Umsetzung der Veränderungen. Sie sollen nicht einseitig von der Firmenleitung gegen den Widerstand der davon betroffenen Arbeiter eingeführt werden; sie müssen im Zusammenwirken beider Seiten durchgeführt werden.

Dies - und nichts weniger - ist das wesentliche Resultat des Streiks: bei den ersten Vorschlägen sollte die Entscheidung allein beim Management liegen; bei der Zwischenlösung, die vor dem Streik von den Arbeitern abgelehnt worden war, sollten die nationalen Gewerkschaften die Probleme mit der Betriebsleitung auf höchster Ebene regeln, ohne jede Mitwirkungsmöglichkeit seitens der Arbeiter.

Bei dem neuen Abkommen finden sich die Arbeiter im Mittelpunkt der Umsetzung in den einzelnen Werken, dort, wo sie in der Lage sind, die wirkliche Bedeutung der vorgeschlagenen Veränderungen zu beurteilen. Die Financial Times vom 20. Februar erkennt in allerdingen vagen Formulierungen, daß "die Kämpfe um die Einhaltung der Bestimmung über die Freiheit von Zwang bei der Veränderung der Arbeitsbedingungen darüber entscheiden werden, ob das Abkommen wirklich eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse in den Tarifverhandlungen nach sich zieht." Chef-Unterhändler Murphy äußert dieselbe Idee, allerdings in noch schwammigeren Formulierungen: "Die Gesellschaft (Ford) wird die notwendigen Veränderungen erreichen, aber sie wird sie gemeinsam mit den Arbeitern einführen müssen."

Selbstverständlich empfehlen alle Gewerkschaften die Annahme des Tarifvertrags. Am 18. Februar beendet eine Urabstimmung den Streik. Die Arbeiter zeigen sich nicht besonders überzeugt davon, errungen zu haben, für was sie gekämpft hatten. Überzeugt scheinen sie lediglich davon, daß sie den Kampf - wie immer - weiterführen müssen: 16 000 sind dafür, den Streik zu beenden, 6 200 für seine Fortsetzung und mehr als 9 000 enthalten sich. Am 22. Februar wird die Arbeit wieder aufgenommen.

"Gewerkschaften und Betriebsleitung haben die Stärke der Arbeiteropposition unterschätzt", kommentiert der Personalchef von Ford Großbritannien. Gewerkschaftsführer Murphy ist, was ihn angeht, weniger bescheiden: "Wir haben wahrhaft einen historischen Sieg davongetragen, nicht nur für die Arbeiter von Ford, sondern für die Gewerkschaften aller Länder." Kaum hatte er diese denkwürdigen Sätze ausgesprochen, da stopften die Ereignisse das Maul. Denn die Tinte unter dem Vertrag war noch nicht getrocknet, als Ford einen Fünfjahresplan ankündigte, der wichtige Investitionen vorsieht zur allgemeinen Einführung der Elektronik mit dem Ziel weiterer Automatisierung des Bandes sowie den Zusammenschluß mit anderen Automobilfirmen zwecks Überwindung der Schutzzölle ... und des Widerstands der Arbeiter. Gleichzeitig rückte die Frage wieder in den Vordergrund, welche Funktion den Gewerkschaften in diesem Modernisierungsschub zukam: Die Schlacht innerhalb der Apparate um das Werk in Dundee gewann Bedeutung, weil es sich zeigte, daß der Vertrag natürlich kein Sieg für die Gewerkschaften war.

## Arbeiter und Gewerkschaften. Zwei verschiedene Schienen

Für die Arbeiter hatte der Kampf zwei widersprüchliche und dennoch voneinander abhängige und einander berührende Bezugspunkte:

- auf der einen Seite die Verteidigung der erreichten Lage, die durch die Einführung neuer Ausbeutungssysteme wieder aufs Spiel gesetzt wird. Auf den ersten Blick scheint es hier nur um die Facharbeiter und unteren Vorgesetzten zu gehen, deren Präsenz in modernen Unternehmen bereits ein wenig nostalgische Gefühle weckt. Letztlich handelt es sich freilich bei aller Borniertheit der Verteidigung von Berufsbildern nur um einen Aspekt der zähen Defensive um eine Basismacht im Alltag der Ausbeutung. (In diesem Sinn stellt der Streik eine andere Ebene des Kräfteverhältnisses wieder her, nicht so sehr auf der formalen Ebene von Verträgen, sondern in der Praxis.) Die Arbeiter machen sich keine Illusionen über die tatsächliche Lage, was das Leben in der Fabrik betrifft: "Die Leute in der Wartung oder in der Werkstatt waren schon immer weit entfernt vom Band und hatten mehr Freiheiten". Was kommt, das betrifft nun alle Arbeiter: "Am Band bestimmt die Bandgeschwindigkeit die Arbeit, nicht der Vorarbeiter. Das wird immer monoton, entnervend und sehr hart sein."

- auf der anderen Seite bringt die Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen und des Status eine neue Geschlossenheit hervor. Die Einführung der Mikroelektronik im Produktionsprozeß zwingt dazu, die Trennungslinie zwischen Wartungs-Facharbeitern und angeleiteten Arbeitern zu verwischen. Ein Kommentator betont: Einen Roboter zuverlässig funktionieren zu lassen, das ist teils Aufgabe einer vorsorglicher Wartung, teils Produktionsaufgabe. Ford testet schon die kommende Etappe in seinem Werk in Sharonville (Ohio), in dem Motoren und Chassis hergestellt werden. Dort sollen teilautonome Gruppen eingeführt werden, die dann nicht nur die Verantwortung für die "kleinen Aufgaben", sondern ebenso für die Produktionsplanung, für die Kriterien zur Beförderung, die ständige Weiterbildung und die Festsetzung der Lohnstruktur tragen werden. Es soll nur noch eine einzige Vielfachqualifikation geben, den "Fertigungstechniker". Jedes Team wählt seinen Chef selbst, und die gegenwärtigen Vorarbeiter werden zu einfachen Beratern.

Für die britischen Fordarbeiter dreht sich im Augenblick alles um die Macht der Basis und

wie diese sich in den Tageskämpfen einsetzen läßt. In dem langen Streit, den man sich seit Jahren in der Schwerindustrie und besonders in der Automobilindustrie um diese Macht liefert, spielten die Shop stewards eine zentrale, aber auch sehr zweideutige Rolle. Der ursprüngliche Vertragsentwurf wollte ihre Funktion vollständig abschaffen und hätte die Kontrolle über die Arbeitsbedingungen wesentlich schwieriger gemacht. Der endgültige Tarifvertrag gibt der Basis die Eingriffsmöglichkeit zurück. Selbstverständlich kommt es darauf an, was die Arbeiter daraus machen. In gewisser Hinsicht bedeutet es die Rückkehr zu einer Situation, die vor zehn Jahren herrschte und die Zielscheibe der Unternehmer-Angriffe war. Es ist schwer zu sagen, was daraus wird, aber es ist eine Tür aufgestoßen worden, und es kommt womöglich in nächster Zeit zu zahlreichen örtlichen Konflikten, weil Ford versuchen wird, den eingeschlagenen Weg der neuen Produktionstechniken voranzutreiben.

Wohin wird diese Entwicklung führen, wenn sie so weitergeht? Fassen wir kurz das bisher Dargestellte zusammen:

- auf internationaler Ebene soll ein ein-dimensionaler Arbeiter geschaffen werden, von dem man mehr Initiative im engen Korsett der modernen Technologien fordert, kommandiert von den Interessen des Unternehmers - also des Kapitals. Er wird keine wirkliche Ausbildung erhalten. Seine vielfältige Qualifikation wird nur dem entsprechen, was die neuen Produktionstechniken erfordern.
- dieser Arbeiter soll das verinnerlichen, was ihm die Maschine nicht aufzwingen kann. Scheinbar erfordert die Einführung immer höher entwickelter und teurerer Techniken, soll sie optimal funktionieren, die Eliminierung autoritärer Strukturen und dafür eine "Mitarbeit" des Arbeiters bei seiner eigenen Ausbeutung.
- eine verstärkte Zentralisierung und Internationalisierung, die zwar im weltweiten Konkurrenzkampf eine Macht darstellt, im Klassenkampf aber eine Schwachstelle bedeutet: Der Streik bei Ford GB hat es gerade gezeigt. Die Ankündigung von Ford (sie hätte auch von anderen Firmen kommen können), gelegentlich Allianzen mit konkurrierenden Firmen einzugehen, um die nationalen Schutzzölle zu brechen (mit Volkswagen in Südamerika, mit FIAT in Großbritannien, mit Mazda in Australien, mit Kia in Südkorea ...) kann eine Erstarbung der Herrschaft des Kapitals in Gestalt einer Hydra mit vielen Köpfen bedeuten. Aber es signalisiert auch, verknüpft mit

der Verallgemeinerung dieses eindimensionalen Arbeiters, das Entstehen einer internationalen Arbeitergemeinschaft, die durch die organisatorische Macht des Kapitals selbst vorangetrieben wird. Im Laufe des Konflikts bei Ford GB drehte sich ein Teil der Diskussionen um die Dauer des Vertrags: zwei oder drei Jahre; es stellt sich heraus, daß das wesentliche Interesse von Ford darin bestand, zu vermeiden, daß alle Verträge in Europa in zwei Jahren zur selben Zeit auslaufen, was allerdings aufgrund des Widerstands der englischen Arbeiter trotzdem so passieren wird: Dies kann in dem Augenblick tatsächlich den Weg zu einer Europäisierung der Kämpfe eröffnen.

Die Gewerkschaften stehen dieser Realität ganz anders gegenüber. Wenn die Entwicklung der Produktionstechniken und der Arbeitsbedingungen bis zum Äußersten getrieben wird, ist tatsächlich nur noch eine einzige Gewerkschaft mit veränderter Rolle notwendig. In den USA ist die Gewerkschaft nach den Verträgen für diese Pilot-Fabrik von Ford kaum mehr als eine juristische Abteilung, die die Vertragsbedingungen für ihre örtlichen Funktionäre interpretiert, wobei das Streikrecht auf Hygiene- und Sicherheitsfragen sowie befristete Einstellungen beschränkt ist. Die Arbeiter sind natürlich auch davon betroffen: aber es bleibt ihnen immer die Möglichkeit zu streiken, indem sie sich auf die Verträge berufen; selbst wenn die gerade ersonnen wurden, um sie genau daran zu hindern. Genau das scheint sich in den englischen Betrieben, wo solche Tarifverträge als Wundermittel gelobt wurden, abzuzeichnen: bei Hitachi in Wales kam es im Juli 87 schon zum ersten kurzen wilden Streik, Nissan hat Probleme mit "schlechter Moral" und mit dem Weggang der Arbeiter aus seinem Werk in Newcastle. Die "Streikbrecher" von Wapping weigern sich, der EETPV-Gewerkschaft zu folgen, die ihnen ihre Stellen zugesichert hat und die Fahrer der TNT, die Mitglieder bei TGWU sind, stimmten während der Lohnauseinandersetzungen für unbeschränkten und unbefristeten Streik.

Das Problem stellt sich für die Gewerkschaften also völlig anders. In gewisser Hinsicht läßt sich die jetzige Situation der Gewerkschaften in den Automobilfabriken mit dem gewerkschaftlichen Pluralismus in Frankreich, Italien oder Spanien vergleichen. Die Rationalisierung aller zur Produktion beitragenden Bereiche setzt sich auch in der Verwaltung der Arbeitskraft durch. Die alten Gewerkschaftsstrukturen sind so obsolet geworden wie Maschinen oder die traditionelle

Facharbeiterausbildung, nicht nur wegen ihrer Vielfalt, sondern auch aufgrund ihrer Struktur selbst: Ihr Widerstand wird zum Hindernis für die Entwicklung. Dies ist der Grund, warum sich die Gewerkschaftsbewegung in einer schweren Krise befindet, und daran sind allein die Gewerkschaftsapparate schuld: in Großbritannien stärker noch als anderswo aufgrund der engen Bindungen zwischen TUC und Labour. Die Affaire von Dundee ist in höchstem Maße aufschlußreich für diesen Konflikt.

Es hat schon einen tragikomischen Aspekt: zu zeigen, bis zu welchem Punkt die "Arbeiter"-Organisationen sich prostituieren können, um einige hundert schottische Arbeiter an einen Multi zu verkaufen, dessen Entscheidung letztlich ebenso vom Dollar- oder Pfundkurs abhängt, wie auch von den Handschellen, die man den Arbeitern anlegt, damit die schön gefügt bleiben. Man braucht nicht überrascht zu sein, wenn man sieht, daß das, was für Ford nur ein Sandkorn ist, einen solchen Konflikt in der englischen Gewerkschafts- und Politikwelt provoziert. Ein Problem ist das weder für Ford und das Kapital, noch für die Arbeiter und den Klassenkampf, sondern nur für die völlig ungeeigneten Strukturen der Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien.

Der zweite Teil dieses Textes behandelt weitere Kämpfe in Automobilfabriken und anderen Branchen (beim Fernsehen, von Bergarbeitern, Seeleuten und Krankenschwestern); es wird ebenso wie hier versucht werden, diese Kämpfe mit der globalen Entwicklung des Kapitalismus in Großbritannien und in der gesamten Welt in Zusammenhang zu bringen.

- 1 siehe: Der Streik der Bergarbeiter in Großbritannien (März 84 - März 85) von H. Simon - kann bei Echanges bestellt werden
- 2 Die besten Dokumente über diesen Kampf sind die Sammlung von "Picket" und die Broschüre "Paper boys" - können über Echanges bestellt werden
- 3 Zur Entwicklung des Klassenkampfes in Großbritannien von 1945 bis 1975 siehe Cajo Brendel "Autonome Klassenkämpfe in England 1945-1972" - Karin Kramer-Verlag

Der Umstrukturierungsprozeß bei der italienischen Eisenbahn läuft bereits seit einigen Jahren.

Der erste Bereich, der notwendigerweise von diesem Prozeß betroffen worden ist - und zwar mit all der Gewalt, die der neue Abschnitt der kapitalistischen Produktion ihm aufdrückte - war der "Zugverkehr", die Eisenbahnen im eigentlichen Sinne.

Schließung von ganzen Linien und Anlagen, massive Einführung von "neuen Technologien", drastische Verringerung des Personals, Verschärfung der Ausbeutung der EisenbahnerInnen durch Veränderungen bei den Arbeitszeiten, bei der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen und der Schichten und natürlich bei der Arbeitsorganisation selbst.

Die Lokführer sind der Dreh- und Angelpunkt des Eisenbahnsektors und tatsächlich will das Eisenbahnunternehmen die Veränderung auch bei ihnen durchsetzen: sie versuchen, allgemein einen einzigen Lokführer anstelle von bisher zwei einzuführen; die Arbeitsbedingungen werden verschlechtert durch die Einführung von Technologien - z.B. soll es auch bei Zügen, die 200 Km/h erreichen, keine schallgedämpften Führerkabinen geben und dies mit den unvorstellbaren Folgen fürs Gehör der Lokführer - ; die Arbeitszeiten der Lokführer sollen ausgedehnt werden durch längere Fahrstrecken und durch die Verweigerung der 38-Stundenwoche, der zwei freien Tage in der Woche und der Verringerung der Nacht- und Feiertagsarbeit, - Bedingungen, die bei den anderen Eisenbahnern üblich sind; und schließlich soll die Zahl der Lokführer gesenkt werden, obwohl die Notwendigkeit steigen wird.

Dieser ganze Prozeß ist also voll im Gange, als am 7/8.Mai 87 die Lokführer aus Venedig und Mailand einen 24-Stundenstreik durchziehen. Der Streik wird ausgerufen von den "Vereinigten Lokführern" und zeigt bei diesen eine äußerst hohe Beteiligung. Es wurde zwar bei den Gewerkschaften Rückendeckung gefordert, die es dann aber offiziell nicht gab. Tatsächlich war diese Rückendeckung aber nicht nötig, da die Beteiligung auch in der Vorbereitung des Streiks hoch war. Dieser Streik wurde von über 80% der Lokführer durchgeführt (831 von insgesamt 1029 haben für den Streik unterschrieben).

**Anmerkung des Übersetzers:** Es wurde damals von Anfang an so gehandhabt, daß vor der Durchführung eines Streiks mindestens 80% der betreffenden Lokführer sich in eine Liste eintragen mußten, um den Streik gutzuheißen. So sollte verhindert werden, daß z.B. Einzelne als "Rädelsführer" herausgegriffen werden konnten und auch sichergestellt sein, daß die überwiegende Masse der Lokführer bereit ist, sich aktiv am Streik zu beteiligen. Dazu folgt gleich eine etwas unverständliche Textstelle.)

Die Lokführer von Mestre/Venedig unterstreichen:

"Die zentralen Punkte unseres Vorschlags sind:  
 - es gibt kein irgendeartetes "Initiativkomitee";  
 - es gibt einen klaren, vollständigen und einheitlichen Vorschlag;  
 - 800% der Lokführer müssen zustimmen, das ist eine unerlässliche Voraussetzung;  
 - es muß dies eine schriftliche Zustimmung sein, die den einzelnen Lokführer verantwortlich und zum Initiator macht;  
 - eine Demonstration im wichtigsten Bahnhof der Gegend."

Dieses Programm wird auf den verschiedenen Lokführerversammlungen vorgeschlagen, die organisiert wurden im Umfeld der Zeitschrift "Ancora in marcia"(etwa: "wir marschieren weiter") und es wird eine Art gemeinsame Plattform.

Bei den Zielen, um die es den venezianischen Lokführern geht, handelt es sich um folgendes:

- Einführung eines Zuschlags für die Lokführer("l'indennità di macchina");
- Erhöhung des Zuschlags für die gefährlichen Kilometer;
- Angleichung der Prämien bei der Entlassung wegen Dienstuntauglichkeit;
- Ausbildungskurse
- Neubewertung der Übernachtungszulagen. Soweit die Forderungen, die direkt den Lohn betreffen.

Darüberhinaus fordern die Lokführer:

- Verringerung der Erholungszeiten außerhalb des Wohnorts;
- Abschaffung der Erholungszeiten tagsüber, wenn sie außerhalb des Wohnorts stattfinden sollen;
- Möglichkeit, eine Mahlzeit einzunehmen;
- die laufende Auffüllung des Personalbestands.

**Anmerkung des Übersetzers:** "offiziell arbeiten bei der Eisenbahn eben 245.000 ArbeiterInnen und mit dieser Zahl wird seit Jahren der Stellenplan und v.a. die Arbeitspläne erstellt, gewissermaßen die Arbeit "eingeteilt"; tatsächlich sind es aber nur 215.000, von denen nochmal 9.000 Arbeitsuntätige abgehen, und welche dann dafür verantwortlich sind, daß der Arbeitsanfall für die 245.000 irgendwie erledigt wird. Zit. nach La Repubblica v. 9.4.88)

- die Möglichkeit, den Jahresurlaub während des laufenden Jahres zu nehmen;
- zwei freie Tage die Woche;
- Umbau und Renovierung der Führerkabinen der Loks;
- die Zuteilung von wirklich geeigneten Räumen für die Aufenthalte außerhalb des Wohnorts;
- geeignete Personaltransportmittel für die Fahrten zwischen verschiedenen Einsatzorten.

Diese lange Liste ihrer Forderungen läßt uns besser verstehen, wie es um die Arbeitsbedingungen der Lokführer - mit ihrer besonderen Qualifikation - bestellt ist und daß es ihnen auch um eine deutlich spürbare Lohnerhöhung geht.

Mit den o.g. Forderungen werfen sie eine neue Position bezüglich der Entwicklung der Löhne in die Diskussion ein:

die Lokführer wollen einen Lohn, der dem ganzen Bereich von Aufgaben, die sie leisten müssen, angemessen ist; aber diese "Angemessenheit" darf nicht dazuführen, daß der Lohn, die Lohnentwicklung nach hierarchischen oder produktivitätsorientierten Kriterien bestimmt wird, sondern sich an den Risiken und der Verantwortung der übertragenen Aufgaben orientiert.

Diese Position fügt sich ein - bei den folgenden landesweiten Streiks tritt dies deutlich heraus - in die "Mentalität" einer Schicht von Eisenbahnern, die sich traditionell vom Rest der EisenbahnerInnen unterscheiden - vermittelt ist dies durch den strategischen Platz, den sie im produktiven Prozeß des Waren- und Personentransports innehat.

Diese o.g. Position weist uns direkt auf den Inhalt der so hochgejubelten "Professionalität" hin, einer "professionalität", die angeblich die Fähigkeiten erweitert hat und insofern individuelle Lohnerhöhungen begründet hat, die aber in Wirklichkeit diese Fähigkeiten vereinfacht hat, immer mehr vereinfacht hat, je

weiter die Umstrukturierung der Eisenbahn, des ganzen Unternehmens, vorangeht.

**Anmerkung des Übersetzers:** Dieser Begriff "Professionalität" ist von Seiten des Unternehmens, aber auch der Gewerkschaften in den vergangenen Jahren arg propagiert und strapaziert worden und hat sich so auch in zig Tarifverträgen niedergeschlagen, auch bei der Eisenbahn; die damit begründeten Lohnerhöhungen kamen aber in erster Linie der mittleren und oberen Hierarchie zugute, was v.a. im öffentlichen Dienst viele ArbeiterInnen zusätzlich zur Verschlechterung anderer Arbeitsbedingungen besonders aufgebracht hat.)

Und sie geht weiter voran, mit der Einführung neuer Loks und andern technologisch sehr entwickelten Zugtypen und gleichzeitig mit Entwicklungen, die die Arbeitsbedingungen verschlechtern und die eh schon existierenden schlechtesten Arbeitsbedingungen beibehalten.

Am selben 7/8.Mai 87, als die Lokführer in Venedig und Mailand streiken, ruft der "coordinamento nazionale dei ferrovieri autoconvocati"(etwa: Nationale Koordination der autonomen EisenbahnerInnen) alle ArbeiterInnen der Eisenbahn zum Streik auf.

Die Lokführer sehen diese Unterstützung nicht so gern und protestieren sogar dagegen auf einem ihrer Treffen in Mestre, wo ein Vertreter der "autoconvocati" nicht sprechen durfte. Dies läßt sich möglicherweise darauf zurückführen, daß es typisch ist für die Lokführer, daß sie weiterhin den Unterschied kultivieren wollen, und andererseits auf die verschiedenen Ansätze der beiden Formationen: die eine, die "Vereinigten Lokführer" ist in dem bestreikten Bereich bei weitem in der Mehrzahl und stellt sich zumindest formell nicht als Alternative zur Gewerkschaft dar; die andere, die "autoconvocati", sind in der Minderheit; sie greifen vehement die gewerkschaftliche Politik und die gewerkschaftlichen Organisationen an, also die Eisenbahner-Gewerkschaften des Gewerkschaftsdreierbundes sowie die FISAFS, die "Autonomen".

**Anmerkung des Übersetzers:** Mittlerweile treten die drei großen Gewerkschaften, die bei der Bahn so groß gar nicht sind, und die FISAFS praktisch immer zu viert auf und verhandeln gemeinsam mit dem Unternehmen, beziehen gemeinsam Stellung gegen die entstandenen "Cobas" im öffentlichen Streit um

die Auseinandersetzungen im italienischen Transportbereich.)

In der Woche vor diesen Ereignissen haben sie sich z.B. nicht am nationalen Streik der Gewerkschaften beteiligt.

Diese zeigen deutlich die Probleme, die sich zur Zeit jedes Mal stellen, wenn man die verschiedenen "Berufsgruppen" der EisenbahnerInnen miteinander konfrontiert; und diese Konfrontation hat auch - so wie sie vom Unternehmen und den Gewerkschaften benutzt wird - immer reale Verbesserungen der Mittel zur Verschärfung der Ausbeutung der EisenbahnerInnen bedeutet.

Ein weiterer wichtiger Punkt, um die Situation zur Zeit des Lokführerstreiks besser zu verstehen, ist die Entwicklung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen.

In den vergangenen Monaten wurden die von der FISAFS - sie ist traditionell sehr stark bei den Lokführern - organisierten Streiks breit betolgt; und zwar auch in Anlagen, in denen die Mehrzahl der organisierten traditionell bei den drei "Großen" Mitglieder sind, wie z.B. in den Depots Florenz, Genua u.a.

Dies beunruhigte die drei großen Gewerkschaften und v.a. die CGIL(PCI-nahe) nicht wenig, die in dieser Zeit, was die Mitglieder betrifft, sogar von den SMA-FISAFS überholt wurde. Die SMA(sindacato macchinisti autonomi) wurde so zur wichtigsten Gewerkschaft der Lokführer.

Diese zwang die CGIL dazu, einen Weg aus der Klemme zu finden und heute steckt sie bereits wieder mitten in der Lokführerbewegung drin.

Weiterhin hat das Umfeld der Zeitung "Ancora in marcia" viel getan für den Aufbau der jetzigen Bewegung; zu diesem Umfeld gehört wohl der Großteil der momentanen Aktivisten.

"Ancora in marcia", eine politisch-gewerkschaftliche Zeitung der Lokführer, existiert seit 1981.

Die Zeitung will aber eine Art Kontinuität darstellen zu "In marcia", einer politischen Lokführerzeitung in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts, die ein Ausdruck der damaligen Lokführerkämpfe war und mithalt, die EisenbahnerInnen damals zu organisieren - durch die Bildung der SFI("sindacato ferrovieri italiani"); diese Kontinuität zeigt sich zwar nicht in der ideologischen Linie der Zeitung - die damalige Zeitung vertrat einen revolutionären, libertären Syndikalismus - , aber sie

hält zäh fest an bestimmten "Eckpunkten" der Arbeitertheorie: so ist ihr vorallem die Einheit der Lokführer wichtig, manchmal auch auf Kosten von notwendiger Klarheit.

Etwa seit Mitte 1986, angesichts des immer deutlicheren Verfalls der gewerkschaftlichen Strukturen, der auch der breiten Masse der EisenbahnerInnen nicht verborgen bleibt, werden all die Bereiche und Abteilungen der Eisenbahn, deren Arbeitsbedingungen unter Beschuß geraten sind, von einer heftigen Organisationsdebatte überzogen. Gleichzeitig häufen sich einzelne Kämpfe und es verbreitet sich eine diffuse Unzufriedenheit innerhalb der Eisenbahn.

Das Umfeld von "Ancora in marcia" - sie haben über 9000 Abonnenten - ist in diese Auseinandersetzungen verwickelt und ihre Position der "Einheit um jeden Preis" wird scharf kritisiert von einer anderen Position, die eigentlich eine neue, gewerkschaftsähnliche, aber militantere Organisation aufbauen möchte. Diese "Einheit-um-jeden-Preis-Position" versucht sich zu verteidigen und folglich stellt sich sofort heraus, daß ein Teil ihrer Vertreter nichts anderes darstellt als eine Maske, hinter der sich gewerkschaftsfreundliche Tendenzen verstecken. Sie leisten auch den Angriffen gegen die FISAFS Vorschub, die aber ihrerseits in der Vergangenheit öfters versucht hatte, dieses Umfeld an sich zu reißen, ein "Umfeld", das ja wenigstens noch "lebt".

Zwar sieht es so aus, als ob mit der Lokführerbewegung die Richtigkeit der "Partisanentheorie: Einheit um jeden Preis" bestätigt wurde, aber ich denke, wir müssen noch etwas warten, um auch sicher zu gehen, ob die Gewerkschaften nicht doch wieder die Initiative übernehmen können bzw. ob nicht eine bestimmte Gewerkschaft auf Kosten der anderen die ganze Sache in die hand nehmen kann.

Dies alles spielt sich also innerhalb der Bewegung der Lokführer ab, wo die wichtigsten Entwicklungen und auch die Bestimmung der Kampfformen entschieden werden. Die Bereiche des eigentlichen Schienenverkehrs waren ja auch die ersten, die von der massiven Umstrukturierungswelle betroffen waren, die seit der reform des Eisenbahnunternehmens läuft. (Anm.: Damit ist die Umwandlung der Eisenbahn vom staatlichen Betrieb in ein offiziell unabhängiges Unternehmen gemeint, was diverse Folgen v.a. rechtlicher und tarifrechtlicher Natur nach sich zieht; vgl. auch WC Nr.43)

Es gibt den Versuch, einen der beiden Lokführer pro Lok zu streichen, was natürlich für den anderen eine klare Mehrbelastung bezüglich der Verantwortung und der Risiken mit sich bringt; die Anzahl und Dauer der Erholungszeiten außerhalb des Wohnorts soll erhöht werden; es fehlen noch immer zwei ganze freie Tage wöchentlich, wie es für alle anderen EisenbahnerInnen bereits normal ist; die Arbeitszeit beträgt immer mehr als 38 Wochenstunden, was zum einen an der besonderen Art der Arbeit auf einem Transportmittel liegt und zum andern durch Ruhezeiten an Orten, die weit vom Heimatort entfernt sind, verursacht wird; die Eisenbahn will die maximal mögliche Kilometeranzahl der Strecken (pro Lokführer) erhöhen.

Nach dem o.g. ersten Streik der Lokführer von Venedig und Mailand breitete sich die Bewegung in Windeseile aus und am 5.6.87 wurde auf einem Treffen in Bologna ein nationaler Streik beschlossen. Der erste nationale Streik wurde so am 23.6.87 durchgeführt, er wurde aber noch nicht in allen regionalen Bereichen mitgetragen - es beteiligten sich Florenz, Rom, Neapel, Bologna, Venedig, Triest, Bari und auch die Depots von Catania und Novara. Der Streik wurde aber trotzdem breit befolgt, in manchen Regionen beteiligten sich etwa 80% daran, in den anderen aber auch 70% der Lokführer.

Die Streiks wurden nach der Vorgehensweise der venezianischen Lokführer organisiert: mit der Unterschriftenliste, die 80% aller Lokführer unterschrieben haben mußten usw...

Die Presse begann sich ab diesem Zeitpunkt für die Sache zu interessieren, und auch das Unternehmen und die großen Gewerkschaften kamen jetzt aus ihren Startlöchern. Und wie immer, wenn ein Streik ohne die Zustimmung der Gewerkschaften durchgeführt wird, wird plötzlich von vielen Seiten der Ruf nach der gesetzlichen Regelung von Streiks laut; Benvenuto (Chef der UIL) trat mit besonderer Wut im Bauch in der Glotze dafür ein und u.a. gab es eine sehr klare Äußerung des damals zuständigen Ministers Gorrieri, der sich ebenfalls für ein neues Gesetz aussprach.

(Anm.: vgl. die auch in Italien seit einigen Jahren geführte "öffentliche" Diskussion über die gesetzliche Regulierung von Streiks v.a. im öffentlichen Dienst und hier v.a. im Transportsektor; Stichwort: autoregolamentazione, was soviel wie Selbstregulierung/ Selbstbeschränkung bedeutet, eine "Idee", die Streiks

zu bestimmten Zeiten und Tagen im Jahr schon im Tarifvertrag für "unmöglich" erklären soll, wobei die Gewerkschaften für die Einhaltung dieser Klausel zu sorgen haben; sie unterstützen in dieser Diskussion natürlich die "Öffentlichen Arbeitgeber"...) )

Die mit dem Streik konfrontierten Gewerkschaften sehen sich Forderungen gegenüber, die höhere Kosten verursachen würden als diejenigen, die einseitig von der Eisenbahndirektion und den Gewerkschaften vorbestimmt worden waren, max. 2000 Mrd. Lire. Außerdem müßten sie jetzt manche "Forderung" fallenlassen, die im Vertrag bereits festgelegt war, wie z.B. den "Produktivitätslohn", welcher Lohnerhöhungen an die Steigerung der Produktivität binden würde und damit an eine größere Ausbeutung der ArbeiterInnen mit den üblichen vorstellbaren Folgen. Im übrigen haben die Lokführer selbst ihre Ablehnung, ihre gegensätzliche Position bezüglich dieser neuen Lohnvereinbarungen erklärt. Eine andere Möglichkeit für das Unternehmen und die Gewerkschaften, die Lohnforderungen der Lokführer zu erfüllen, ohne die vorgegebene Gesamtlohnkostensteigerung bei der Eisenbahn zu überschreiten, wäre die Streichung dieser Gelder in anderen Bereichen der Eisenbahn; dies mit der klaren Konsequenz einer vertieften Spaltung unter den EisenbahnerInnen.

Am 26.7.87 ruft die nationale Koordination der "Vereinigten Lokführer" den zweiten landesweiten Streik aus: die allgemeine Beteiligung ist noch höher als beim ersten Mal, über 80%, in manchen Anlagen über 90%. Die Eisenbahn muß Depotvorsteher und andere Eisenbahner einsetzen, um wenigstens ein paar Züge verkehren zu lassen. Bereits vom ersten Streik an haben sich die Lokführer bemüht, die Reisenden, die Benutzer der Bahn, zu informieren, v.a. um der üblichen Desinformation der Presse, des Eisenbahnunternehmens und auch der Gewerkschaften etwas entgegen zu setzen.

Im September nahmen die "Vereinigten Lokführer" den Kampf wieder auf: die vierte nationale Demo in Rom, die ein Treffen mit Ligato und Colletti (Ligato ist Präsident des Eisenbahnunternehmens) forderte, das dann nicht zugestanden wurde, und an der sich etwa 1000 EisenbahnerInnen beteiligten. Am 16/17.9.87 gibt es den letzten landesweiten Streik. (Anm.: 1988 gab es bereits wieder nationale Streiks der Lokführer, den letzten Mitte April)

Mit der Entwicklung des Kampfs und der Diskussionen schälen sich dessen Ziele immer mehr heraus: abgesehen von jenen, die wir bereits am Anfang des Artikels angeschnitten haben, kommt jetzt noch die Forderung hinzu, daß der Stellenplan besetzt werden soll ohne den Einsatz von prekären ArbeiterInnen. Im letzten Vertrag wurde - auch bei der Bahn - die Einführung der sog. "contratti di formazione-lavoro" geregelt, also die Möglichkeit von befristeten Arbeitsverträgen für Jugendliche

(Anm.: das Gesetz über die "contratti di formazione-lavoro" ist eine Art Erweiterung eines Gesetzes aus dem Jahre 1983, was seinerzeit die Einstellung von offiziell Arbeitslosen nach den Wünschen der Unternehmer veränderte, die sich nicht mehr an die Einstellungslisten der Arbeitsämter halten mußten: "l'accordo Scotti"; das jetzige Gesetz existiert seit 1984, seine Zielgruppe sind die "Jugendlichen" zwischen 15 und 29 Jahren, die ihre "erste" Beschäftigung antreten; drei wichtige Mechanismen stehen im Vordergrund des Gesetzes:

- Senkung der Lohnkosten für die Kapitalisten
- Möglichkeit von befristeten Verträgen (bis 24 Monate)
- Einstellung von Arbeitslosen durch die Bonzen ist möglich, was automatisch gewisse Arbeitslose, die theoretisch - der Liste nach - an der Reihe wären, eingestellt zu werden, von der Vermittlung ausschließt (Alte, Kranke, politisch Aktive usw.).

Als Gegenleistung der für die Kapitalisten vorteilhaften Bedingungen des Gesetzes verpflichten sich diese, den so eingestellten Jugendlichen eine "Ausbildung" angedeihen zu lassen; die Lohnsenkung scheint aber nicht direkt bei den neu eingestellten Jugendlichen vorgenommen zu werden, sondern der Staat zahlt etwa 30% der Lohnkosten an den Unternehmer, subventioniert also diese Stellen mit durchschnittlich etwa 5 Mio.Lire pro Jahr und Stelle; in dem ganzen Programm waren 1987 etwa 400.000 "Jugendliche", von denen angeblich 70% nach Absolvierung des Vertrages fest übernommen worden waren. Der Unternehmerverband Confindustria ist sehr zufrieden mit dem Gesetz, sieht sich aber im Moment Anfeindungen gegenüber: die Gewerkschaften wollen es abschaffen, weil dadurch keine zusätzliche "Beschäftigung" erreicht worden wäre und die meisten "Jugendlichen" überhaupt nicht die vorgeschriebene Ausbildung

erhielten; die Regierung will aus denselben Gründen einigen "schwarzen Schafen" unter den Betrieben die Lohnkostensubvention streichen, was bei denen zu einem Entrüstungssturm geführt hatte. - Ende der Anm.)

Außerdem wird jetzt auch verlangt, nicht mehr die "Militäreisenbahner" einzusetzen, die mehr und mehr eine Streikbrecherrolle spielen.

Im Verlauf der beiden vorangegangenen Streiks erfüllen drei bestimmte Lokführer die Funktion von offiziellen Sprechern der Bewegung.

Mit der Ausdehnung des Kampfs der Lokführer haben diese immer deutlicher gemacht, was ihre Forderung nach Lokführerzulage hieß, die ihnen eine entscheidende Lohnsteigerung hätte bringen sollen. Während sie sich zu Beginn des Streiks noch scharf von den anderen EisenbahnerInnen abgrenzen zu müssen glaubten - die Betonung der Lokführer lag auf der Verantwortung und dem besonderen Risiko gerade ihres Arbeitsplatzes -, klärte sich langsam ihre Position zu dem Zusammenhang zwischen Arbeitsaufgaben und Entlohnung:

"Wenn wir die Lokführerzulage fordern, verlangen wir einen gerechten und differenzierten Ausgleich für unsere Arbeitsaufgaben, wobei wir uns dessen bewußt sind, daß die heutige ungerechte und bürokratische Lohndifferenzierung einzig und allein auf hierarchischen Grundsätzen basiert".

Wenn hierin auch der Lokführerstolz mitschwingt, so ist diese Position doch eine ganz andere im Vergleich zur Zustimmung der Gewerkschaften zum "produktivitätsbezogenen Lohn", den sie in den letzten Jahren eingeführt haben. Dieser "produktivitätsbezogene Lohn" hatte als Fixpunkt die sog. "Professionalität" - aber nur scheinbar und nicht tatsächlich -, weil er in Wirklichkeit nur dazu diente, alle EisenbahnerInnen neuzusammensetzen, Spaltungslinien wieder einzuführen, wieder eine Hierarchie zu etablieren und genau die Schichten und Tätigkeiten besserzustellen, die im neuen Unternehmen eine wichtige Rolle spielen, wie z.B. die Führungskräfte. Tatsächlich sind im abgeschlossenen Tarifvertrag diese Kader - die Lohnstufen 8 und 9 - die einzigen, die eine nennenswerte Lohnerhöhung erhalten (würden).

Es ist natürlich schwer zu sagen, inwiefern diese teilweise neuen Überlegungen, die sich wohl aus dem Verhalten und der Sichtweise des fahrenden Personals/ der Lokführer entwickelt haben, ein Punkt sein können, an dem

sich die verschiedenen politischen Positionen treffen können, die es in jeder politischen Massenbewegung, wie diese eine ist, gibt.

Die Gewerkschaften und das Unternehmen haben sicherlich - trotz ihrer Studien, mit denen sie die Reaktionen der EisenbahnerInnen voraussehen wollten - nicht mit einer so ausgedehnten und langanhaltenden Bewegung gerechnet; sie versuchten daher, die Kämpfe zu blockieren, indem sie noch einmal - über die traditionellen Kanäle - Verhandlungen aufnahmen und tatsächlich gab es am 26.9.87 ein Treffen mit vier Gewerkschaften (den drei großen und den "autonomen") und Ligato, der Präsident des neuen Unternehmens, erklärte seine Bereitschaft, über die Forderungen der Lokführer nachzudenken, aber nur, wenn diese über die offiziellen Gewerkschaften gestellt würden.

In der Zwischenzeit arbeiteten die Gewerkschaften daran, die Lokführer von den übrigen EisenbahnerInnen abzuspalten, indem Mancini von der CGIL erklärte: "Bei ihren Forderungen läuft es mir kalt den Rücken runter; außerdem können die Forderungen nach 620.000 Lire für die pensionierten Lokführer zusätzlich zur Verkürzung der Arbeitszeit, den (neu einzurichtenden) Schlafräumen, den Kantinen und anderem nur dann erfüllt werden, wenn wir den höheren Lohn gegen weniger Beschäftigung eintauschen wollen - einen Tausch, den wir nie eingehen wollten. Um die eine Million Lire Lohnerhöhung im neuen Vertrag wirklich bezahlen zu können, wäre es andererseits nötig, die Anzahl der Beschäftigten um 30.000-40.000 zu verringern." (La Nazione, 17.9.87)

Diese Verlautbarung läßt an Klarheit bezüglich der Gewerkschaftspolitik nichts zu wünschen übrig - tatsächlich drohen sie unmißverständlich mit diesen 40.000 Entlassungen, um die ganzen anderen EisenbahnerInnen gegen die Lokführer aufzubringen und Mancini tut überhaupt alles, um das neue, kapitalistische Unternehmen "Eisenbahn" zu verteidigen, wobei das Überziehen der 2000 Mrd. Lire, die vom Unternehmen aus für den neuen Vertrag vorgesehen worden sind, gar nicht ansteht. Diese Verlautbarung ist außerdem eine Ansammlung von Falschheiten, wie z.B. die Zahl von 620.000 Lire: diese Forderung der Lokführer war ja gar nicht so endgültig gemeint. Und vor allem ist es nicht wahr, daß sich die Gewerkschaften immer geweigert hätten, den Tausch zwischen Beschäftigtenzahl und den Löhnen mitzumachen: dieser Tausch ist vielmehr auch bei der Eisenbahn eins der Merkmale der Gewerkschaftspolitik in den letzten

Jahren. Bei den übrigen EisenbahnerInnen versuchen bereits andere "Berufskategorien", den Raum für Diskussionen auszunutzen, den die Lokführer geschaffen haben und es ist das "fahrende Personal", z.B. die Kontrolleure im Zug, die schon autonome Streiks und auch andere Kampfformen selbständig organisiert haben, ohne Zutun der Gewerkschaft.

Momentan verallgemeinern sich die Kämpfe innerhalb der Eisenbahn aber nicht und die Gewerkschaften, die aus der Lektion der Lokführer gelernt haben, haben ihrerseits Streiks in gewissen Bereichen (Toscana, Emilia-Romagna) ausgerufen, um die Bewegung frühzeitig zu unterbrechen.

(Anm.: siehe auch La Repubblica v.9.4./16.4.88; hier wurde ein von den drei großen Gewerkschaften "angedrohter" 24-stündiger Streik aller Lokführer gerade rechtzeitig wieder abgesagt; die ganze Aktion diente offensichtlich dazu, einerseits den sog. "Cobas" und der "Basis" zu beweisen, daß auch die Gewerkschaften Widersprüche gegenüber dem Unternehmen haben und angeblich nicht mit allem einverstanden sind, was von der Eisenbahn kommt; nach der Absage des Streiks und der Demobilisierung ließen die Gewerkschaften noch verlautbaren, daß sie in Zukunft an den "Sanierungsmaßnahmen" des Unternehmens beteiligt sein werden und diese gewissermaßen "Überwachen" könnten; sie verkauften es als ihren großartigen "Verhandlungserfolg", daß für die Dauer der Ende April angelauteten "neuen Verhandlungen" die Diskussion (!) um die Umstrukturierungsmaßnahmen erstmal beendet werde, und zwar die Diskussion um die Entlassung der o.e. 40.000 ArbeiterInnen und bezüglich der Stilllegung/Privatisierung von kleineren, "unrentablen" Strecken.)

Zur gleichen Zeit halten in Florenz die "Prüfer" ein nationales Treffen ab, auf dem sie über Forderungen und mögliche Kampfschritte diskutieren; in Mestre sind es die Bahnhofsvorsteher und die Arbeiter, die die Streckenpläne überwachen; in Mailand ist es das Personal einiger Rangierbahnhöfe, die jeweils einen Forderungskatalog ausarbeiten und mit Streiks drohen, wobei in Mailand bereits 400 Gewerkschaftsausweise zurückgegeben wurden.

Bei all diesen Bewegungen spielt bestimmt ein Trend zu beruflichen Privilegien eine Rolle, aber sie stellen trotzdem einen Angriff

auf die institutionalisierten Verhandlungen dar und sie sind auch eine Suche - bis jetzt noch ungenügender Art - nach neuen Kampf- und Organisationsformen; es ist notwendig geworden, der Eisenbahn und allen, die ihr bei ihrem Versuch helfen, den ganzen Preis der Umstrukturierung die ArbeiterInnen bezahlen zu lassen, zu demonstrieren, daß die EisenbahnerInnen nicht länger die Absicht haben, irgendwelche über ihren Köpfen getroffenen Entscheidungen zu erdulden; trotz der jetztigen fehlenden emanzipatorischen Theorie und Praxis innerhalb dieser Bewegung.

Die Eisenbahn versucht, die Profite der Umstrukturierung den Privateigentümern zukommen zu lassen. Die Umstrukturierungsprozesse, die die Eisenbahn durchführt, folgen einander in immer kürzeren Abständen, was von einer kapitalistischen Notwendigkeit vor-

gegeben wird, mit einer hohen Profitrate zu produzieren; wenn sie ihre eigene Strategie der Durchführung nicht gestört sehen will, muß sie möglichst die geplanten Zeiten einhalten.

Der Kampf der Lokführer greift in gewisser Weise diese komplexe Strategie der Eisenbahn an, aber er bleibt trotzdem noch schwach, weil er sich noch nicht in Beziehung zu den anderen EisenbahnerInnen setzen konnte. Außerdem ist noch nicht klar, welche Gegenmaßnahmen die Eisenbahn ergreifen will: eine Erfüllung der Forderungen der Lokführer würde zwar die momentane Situation ziemlich durcheinanderbringen, aber auch alle möglichen Reaktionen bei den übrigen EisenbahnerInnen auslösen.

(aus: Collegamenti / Wobbly Nr.20, Winter 87)

## Begräbnis dritter Klasse

- am 19. Mai in Rheinhausen

Von einem Kollegen bei Krupp hatte ich gehört, daß um 17 Uhr wegen der Aufsichtsratssitzung am selben Tag eine Demo am Tor 1 losgehen sollte. Als ich ankam, spielte schon eine chilenische Gruppe in der Menage, aber nix von einer Demo. Selbst diese wohl letzte Demo, Ausdruck von Wut und Frust, hatten Betriebsrat und Bürgerkomitee in letzter Minute abübeln können. Die Initiative zur Demo war von dem Kreis ausgegangen, der auch schon am 1. Mai dafür gesorgt hatte, daß in Rheinhausen ca. 5-7000 Leute demonstrierten, während die offizielle DGB-Demo in Duisburg-Hamborn, zu der auch der BR-Vorsitzende Bruckschen aufgerufen hatte, mit zweitausend Leuten zur Peinlichkeit verkam. Ursprünglich hatten sie schon am Samstag, den 14. Mai demonstrieren wollen, die Demo dann aber doch auf den Tag der Aufsichtsratssitzung selbst verschoben. Auf der Sitzung des Bürgerkomitees unmittelbar davor zogen BR und Pfaffe Kelb urplötzlich ein Konzept für eine Saal-Veranstaltung am 19. aus der Tasche, um mit Verweis darauf den Organisatoren der Demo Spaltertum vorwerfen zu können. Auf die Demo wurde daher verzichtet.

Dafür wollten die linken Kräfte (vor allem die MLPD) auf jeden Fall einen eigenen Redner auf der Veranstaltung durchsetzen. Aber auch dies scheiterte am geschickten Management der kirchlich-gewerkschaftlichen Führung. Als Bruckschen die Redner ankündigte, wurde schon klar, daß der Vertreter der IGM und Oberbürgermeister Krings nicht so leicht reden könnten. Pfeifen, Johlen usw. - eine ganze Plastiktüte mit Trillerpfeifen lag offen zur Selbstbedienung herum. Bruckschen kündigte gleichzeitig die Anwesenheit vieler Vertreter aus anderen Betrieben an - Klöckner Bremen, Maxhütte, Peine-Salzgitter, HDW usw. - was natürlich grad bei den Linken mit frenetischem Beifall begrüßt wurde. Peinlich genug: auf der Beerdigungsveranstaltung des sechsmonatigen Kampfes wurde nochmal die Perspektive symbolisch vorgeführt, die von den Führern stets verhindert wurde: die Ausweitung des Kampfes. Das ganze Management der Veranstaltung, die für niemanden mehr eine große Bedeutung hatte, bestand in einem immer wieder geschickten Aufgreifen und Einbauen der linken Themen, was es letztendlich ver-

hinderte, daß der stets erkennbare Arbeiterzorn zur Sprengung des ganzen Theaters führte. Tatsächlich Theater: diese Beerdigung war zugleich ein Höhepunkt von Rheinhausen als Medienspektakel - auf fünf Arbeiter kam eine Kamera, zwei Arbeitern, die in ihren Arbeitsklamotten von der Schicht gekommen waren (ab 18.00 wurde noch ein letztes Mal gestreikt), standen fast ein Dutzend Videokameras gegenüber.

Nach Bruckschen redete geschickterweise ein Vertrauensmann von der Maxhütte - nicht nur, daß er als Externer schwer anzugreifen war, er bediente sich einer klassenkämpferischeren Sprache ("Das Kapital hat gewonnen, aber wir haben nicht verloren") und kritisierte am Schluß ganz deutlich die Art von Ersatzarbeitsplätzen, die in der Oberpfalz geschaffen werden: die WAA! So gut seine Rede vielleicht war, so paßte sie doch haarscharf in diese Technik der Stimmungskontrolle. Das meiste bekam dann der jungsche IGM-Vertreter, schon äußerlich ein leicht verblödeter Funktionär, ab. Er hob am Ende immer mehr hervor, daß es der Kampf doch geschafft hätte, den Unternehmern Zugeständnisse bei den Ersatzarbeitsplätzen abzurufen, was doch das wichtigste sei ... und konnte unter dem Gejohle und Pfeifen seine Rede kaum zuende bringen. Am nächsten Tag war in den Zeitungen folgendes zu lesen: "IG-Metall-Chef Steinkühler kündigte nach der Kritik der Rheinhausener Stahlarbeiter an der Gewerkschaft eine 'Schwachstellenanalyse'(!) an. Auf der Ruhrgebiets-Bezirkskonferenz seiner Organisation wies er Vorwürfe zurück, die kämpfende Belegschaft sei im Stich gelassen worden. Er räumte jedoch 'Schwachpunkte bei der Klarstellung eines realistischen und zukunftsweisenden Kampfziels' ein. So müsse geklärt werden, warum Vermittlungsschritte zu einem Kompromiß nicht rechtzeitig eingeleitet worden seien und warum die Schaffung von Alternativjobs von der Belegschaft als Gegensatz zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze mißverstanden worden sei."

Nach der Rede dieser personifizierten Schwachstelle gibts erstmal chilenische Musik zur Entspannung, der IGM-Sekretär nimmts gelassen und geht grinsend von der Bühne: die gelungene Kontrolle des Kampfes ist einer Organisation wie der IGM schon mal ein paar Gewerkschaftsausritte wert. Nach der Musik betäubt zunächst Pfaffe Kelb mit seiner glänzenden Rhetorik und faselt was von Brücken, die vom einen zum anderen Ufer führen. Einige Arbeiter machen sich lustig, geben ihre Kommentare ab, ohne daß es zu breiterem Protest kommt. Danach soll der Oberbürgermeister sprechen - und der machts ganz geschickt: er hat sich den Bürgermeister aus einer Partnerstadt in Nicaragua mit Stahlwerk mitgebracht, stellt ihn vor und läßt ihn zuerst reden. Damit war es dann gelaufen - der gutgenährte Sandinist erzählt was vom amerikanischen Imperialismus, gegen den ihre Stahlarbeiter heute mit der Waffe in der Hand kämpfen müssen, die Linken zollen den obligatorischen Beifall. Als Krings dann noch vier Sätze nachschiebt und einen schnellen Abgang macht, rührt sich nichts mehr im Saal. Dem Menschen aus Nicaragua war wohl nicht im entferntesten klar, für welches zynische Spielchen er benutzt worden war. Steegmann machts kurz, man solle sich jetzt nicht streiten, sondern erstmal von dem anstrengenden Kampf erholen und bei einem Bier über alles reden - und das ist dann auch angesagt, Abfüllen ...

#### Wie geht es weiter?

Die Meinung herrscht vor, daß dieser Kampf erstmal gelaufen ist. Die Kollegen machen ihre Witze darüber, mit welchem Aufgebot und Sicherheitsvorkehrungen die Bullen die Aufsichtsratssitzung in Bochum geschützt haben. "Als würden wir jetzt nochmal in die Füße kommen ...!" Es herrscht aber auch eine gewisse Gelassenheit, jetzt wo die Entscheidungsschlacht vorbei ist. Die Überlegungen gehen nach vorne - wie das, was sich in den letzten Monaten entwickelt hat, ausgebaut werden kann. Neue Kontakte in der Region, neue Erfahrungen, wie der Kampf zu führen ist. Und einheitlich die Auffassung, daß Rheinhausen auch jetzt noch ein ziemlich dicker Kloß im Hals der IG-Metall bleiben wird.

Sicher, zunächst mal ist der Kampf um den Erhalt eines Stahlwerks demoralisiert worden, aber wie selbst Bruckschen sagte: er hat Maßstäbe für zukünftige Kämpfe gesetzt. Der BR meint damit natürlich Rheinhausen als Medienspektakel, als "Friedensbewegung" und als regionale Bornierung eines Kampfes. Die Erfahrung für die Arbeiter liegt darin, welche Perspektive und Durchschlagkraft selbstständig geführte Kämpfe haben können. Die Hoffnung richtet sich darauf, daß dieser Charakter von Rheinhausen in anderen Betrieben oder Sektoren verstanden und aufgegriffen wird (die Kämpfe bei SKF in Schweinfurt und bei BBC in Mannheim werden schon als Ausdruck eines solchen Zirkulierens gesehen). In der Öffentlichkeit sind die Momente von Selbständigkeit gegen die Gewerkschaft, Kirche und regionale Lobby bewußt verschwiegen und unterdrückt worden. Selbständigkeit war dort immer nur der Verweis darauf, wie aktiv die Menschen unter ihrer geeinten Führung geworden seien.

Alle Ansatzpunkte von Klassenautonomie standen von Anfang in einem antagonistischen Verhältnis zu Betriebsrat, Gewerkschaft und Kirche. Eine wichtige Aufgabe wird es sein, dies überhaupt genauer herauszuarbeiten. Der Streikabbruch durch die Belegschaftsversammlung am Donnerstag, den 14. April, mithilfe von Rollschuhmehrheiten aus Angestellten, Meistern und Ingenieuren ist vor allem deswegen so brisant gewesen, weil für den nächsten Tag bereits die Wahl einer autonomen Streikleitung aus den aktiven Streikposten an den Toren beschlossen war. Deswegen war für Betriebsrat und Gewerkschaft der Streikabbruch so wichtig - und nicht nur wegen der Produktionsausfälle. Die Einschaltung von Rau als politischem Schlichter war lediglich das geeignete Argument, um den Abbruch als Verhandlungsvoraussetzung durchpeitschen zu können.

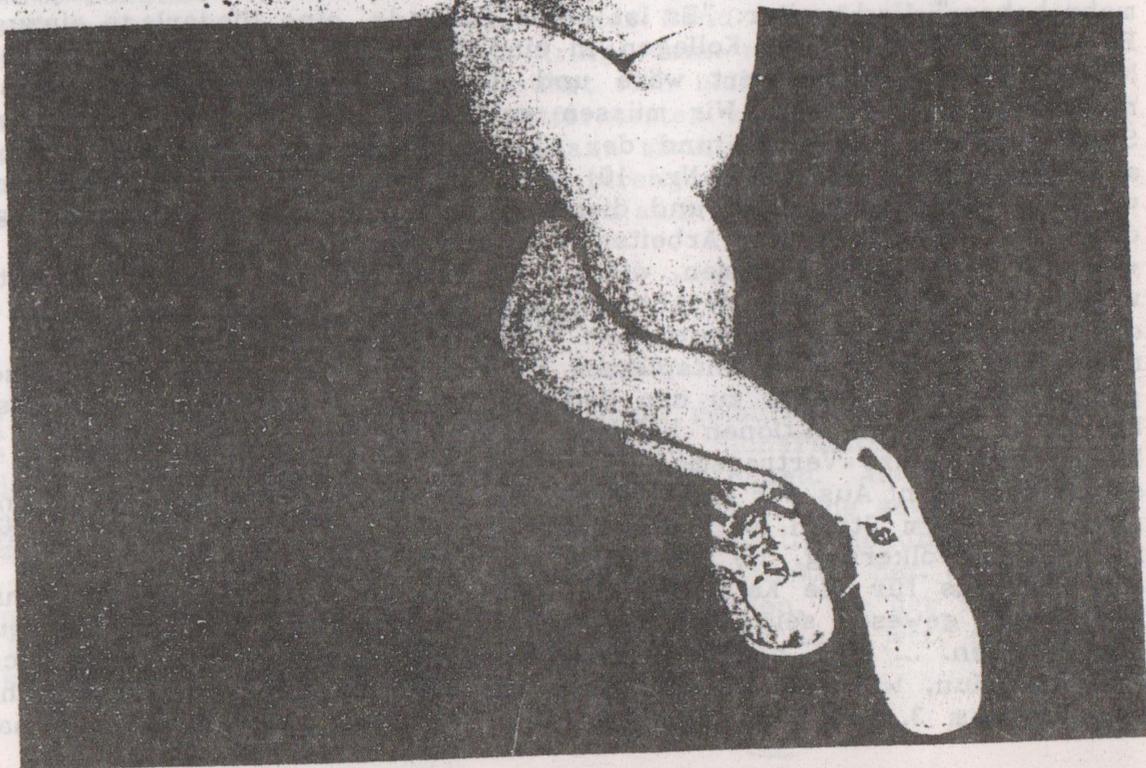
Die aktivsten Kollegen spekulieren zur Zeit darüber, ob die Gewerkschaft versuchen wird, sie aufgrund ihrer Initiative für selbständiges Handeln auszuschießen. Mit der Möglichkeit wird von allen gerechnet. Andererseits ist es fraglich, da die IG-Metall damit selbst dazu beitragen würde, daß die internen Konflikte während des gesamten Kampfes noch bekannter und wieder von neuem diskutiert werden. Die Spekulation auf den Ausschluß ist vielleicht grad deswegen eine "Hoffnung" bei den Linken, weil es ihnen so viel leichter fallen würden, die "Lehren aus Rheinhausen" zu verbreiten. Gegen einen Kollegen scheint mittlerweile allerdings tatsächlich ein Ausschlußverfahren zu laufen - und zwar mit der Begründung, daß er die Demo am 1. Mai in Rheinhausen angemeldet habe!

Das letzte Wort über das endgültige Aus für den Kampf in Rheinhausen ist auch noch nicht gesprochen - auch wenn alle es herbeirreden möchten: der Betriebsrat, indem er davon spricht, "daß wir keine weiteren Kampfmöglichkeiten mehr haben." Und weiter: "Es ist keine Schande, eine Niederlage einzugestehen. Es wäre aber fatal, die Kollegen in eine Verzweiflungsaktion zu treiben, deren Niederlage vorprogrammiert wäre und dessen Ergebnis deshalb wahrscheinlich niederschmetternd wäre. Wir müssen erkennen, daß wir mit dem siebentägigen Streik vom 7. - 14. April und der Aktion in Düsseldorf unsere letzten Karten ausgespielt hatten." (Info, Nr. 10) <Die Aktion in Düsseldorf fand am Montag während des Streiks statt und diente nach Einschätzung einiger Kollegen auch dazu, die entschlossenen Arbeiter von den Toren wegzubringen. Z.B. wurden während der Aktion Brammen, die als Blockade auf die Schienen gelegt worden waren, weggeholt.> Was den Abbruch der Aktionen angeht, da wird das Zentralorgan der Gewerkschaft deutlicher: "Neue Aktionen mit dem Ziel, den Standort mit seinen noch 5700 Arbeitsplätzen zu sichern, wird es in Rheinhausen nicht geben. Auch das gehört zu den Bedingungen des Vermittlungsergebnisses ...". Die Frage weiterer Aktionen bekommt damit eine besondere Bedeutung - an ihr könnte das ganze Vertragsmodell und damit die Kontrollfähigkeit der Gewerkschaft scheitern! Aus der Rede eines Vertrauensmanns, die nicht gehalten werden durfte: "Unterm Strich ist Nichts geblieben, der großartige Kampf, die Mobilisierung der Bevölkerung, die Solidarität aus allen Ecken der BRD, die war bei diesem Ergebnis für die Katz. Deshalb kann und darf dieses Ergebnis nicht das letzte Wort gewesen sein. Deshalb muß die Perspektive des Kampfes neu aufgerollt werden. ... Man hat uns gesagt, die Belegschaft wollte eben nicht mehr kämpfen. Nun, wie sah es denn aus auf der entscheidenden Belegschaftsversammlung am 3. Mai? Die große Mehrheit der über 3000 Anwesenden hat buch-

stächlich getobt und gepfiffen, als Manfred Bruckschen ihnen das Ergebnis vortrug. Karin Benz-Overhage, die das Verhalten der IG Metall-Führung und das Ergebnis zu rechtfertigen versuchte, kam kaum zu Wort. Fünfmal mußte der Versammlungsleiter eingreifen, damit sie überhaupt fertigreden konnte. Reagiert so eine Belegschaft, die nicht mehr in den Kampf geführt werden kann? Im weiteren lenkt er allerdings wieder die Illusionen auf die Gewerkschaft; die Mitglieder müßten sie wieder in die eigene Hand nehmen usw. Der Streik selbst, so wird eine gründliche Analyse vielleicht zeigen, weist auf ganz andere Organisationsformen hin, die die Arbeiterklasse für selbständige Kämpfe braucht ...

Schon heute finden sich die ersten in neuen Schichten wieder, die alten Abteilungsbeziehungen werden damit auseinandergerissen. Die Leute überlegen, wo sie wohl hinkommen, wo sie selber hinmöchten. Dabei schwingt auch Hoffnung mit: "wir bereiten uns jetzt auf Mannesmann vor, dann tragen wir den Kampf dahin ..." Aber genaues weiß noch niemand. Für alle aktiven Kollegen steht jetzt erst eine gründliche Aufarbeitung des Kampfs in Rheinhausen an. Die Erfahrung, wie selbständige Kämpfe geführt werden können, wird die Gewerkschaft jedenfalls nicht so schnell auslöschen können.

Noch ganz kurz zu dem Streik bei SKF, über den wir nur aus der Zeitung wissen: Bei SKF gibt es seit längerem Auseinandersetzungen, die schon im letzten Herbst zu kleineren Arbeitsniederlegungen führten. Auslöser für den Streik war die Ankündigung eines "Restrukturierungsprogramms" durch den Multi, das insbesondere die Streichung der außertariflichen Zulagen (d.h. 150 bis 250 Mark monatlich weniger) und die Einführung des Samstags als Regelarbeitszeit bis 24 Uhr vorsah. Nachdem die ArbeiterInnen in Schweinfurt angefangen hatten, streikten schließlich über 10 000 SKF-ArbeiterInnen im ganzen Bundesgebiet. Auch für diese Streikbewegung war es typisch, daß sich zumindest in Schweinfurt auch sofort die Kirchen und örtlichen Verbände "solidarisierten" und daß es dem Betriebsrat gelang, den Streik abubrechen, ohne daß das gesamte Umstrukturierungspaket vom Tisch war. "Wie (der Betriebsrat) Lang sagte, habe man diese 'Kröten' im Interesse des ganzen geschluckt. Gewiß wären seine Kollegen bereit gewesen, noch einige Tage weiter zu streiken, es sei aber völlig offen, was beispielsweise nach einer Woche gewesen wäre. In diesem Zusammenhang legte Lang Wert auf die Gesamtverantwortung aller, der Streik habe das Unternehmen täglich rund zwei Millionen DM Gewinn gekostet." (Schweinfurter Tagblatt)



Das folgende ist ein Diskussionspapier zum letzten Redaktionstreffen, das wir hier unverändert abdrucken, obwohl die Diskussion an einigen Punkten schon weitergehende Fragen aufgeworfen hat. Wir werden darauf zurückkommen.

### Überlegungen zu Medizin und Naturwissenschaft:

Bei der Diskussion des Psychiatrie-Artikels und der Gesundheitsindustrie in Freiburg sind wir an mehreren Stellen über die Frage des Gesundheits/Krankheitsbegriffs als solchem und die Rolle der Wissenschaft gestolpert. Im Psychiatrie-Artikel ging es dabei um die Frage, ob es richtig sei, die Psychiatrie daran zu kritisieren, daß sie nur den Anschein der Wissenschaftlichkeit erwecke, weil damit indirekt die übrige Medizin oder Naturwissenschaft legitimiert wird. Bei der Austormulierung dieser Passage haben wir es jetzt bei einem kurzen Hinweis belassen, da eine gründlichere Diskussion den Artikel gesprengt hätte. Das folgende war noch der Versuch, diese Kritik möglichst einfach in den Artikel hereinzubringen:

Die Psychiatrie ist eine der vulgärsten der medizinischen Disziplinen, weil sie es sich leisten kann, Menschen in einer Weise zu kategorisieren, die ganz offensichtlich nur die Zwänge der Ausbeutungsgesellschaft ausdrückt und kein Fünkchen Erkenntnis enthält. Aber als medizinischer Zweig ist die Psychiatrie nur möglich, weil Medizin und Naturwissenschaften als solche eine kapitalistische Struktur haben. Was die Sozialwissenschaften angeht, wird diese Behauptung gerne zugestanden, aber die Naturwissenschaften mit ihrer mathematischen Reinheit, die doch scheinbar ganz neutral, der bestimmten Gesellschaft - also auch Kapital und Arbeiterklasse - gegenübersteht ...? Zwei ganz einfache Überlegungen erschüttern diese Neutralität:

Für niemanden von uns gibt es eine "Natur" außerhalb der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse und ebensowenig "den menschlichen Körper". Diese "Natur" ist eine Erfindung des Kapitals, die es braucht, um den Produktionsprozeß, also den Ausbeutungsprozeß planen zu können. Und die Medizin redet doch nur deshalb von "dem menschlichen Körper" und "der Gesundheit", weil es dem Kapital darum geht, daß diese menschlichen Körper, ungeachtet ihrer Besonderheit, arbeiten. Jeder Gesundheitsbegriff, so humanistisch oder reformistisch er auch verteinert sein mag, muß zwangsläufig beim Funktionieren der ArbeiterInnen in dieser Gesellschaft landen - das heißt in der Ausbeutung.

Das zweite ist die grundlegende Herrschaftsstruktur von Wissenschaft. Die Medizin gibt vor, die Erkenntnis des menschlichen Körpers zu sein, also mein Wissen über meinen Körper. Aber Pustekuchen - in der Wirklichkeit ist es doch immer das Wissen eines Arztes oder Psychiaters über mich. Und das gilt auch für die Naturwissenschaft: nicht "die Menschen" wissen durch sie etwas über ihre (!) Natur, sondern die ArbeiterInnen sind gezwungen, sich auf die in der Fabrik "planmäßig wirkenden Naturkräfte" einzustellen, irgendwie mit ihnen umzugehen, ständig die doch nicht ganz so planmäßig ablaufende Realität des Produktionsprozesses mit ihrem Geschick, ihrer Konzentration und körperlichen Anstrengung auszugleichen - und schon wieder vor dem aus der Stanze herausschießenden Bolzen in Deckung zu gehen. Wissenschaft im Kapitalismus ist notwendigerweise von der gesellschaftlichen Praxis abgetrennt, eine besondere Institution. In der Selbstrechtfertigung der Wissenschaft liegt darin angeblich gerade ihre "Freiheit". In Wirklichkeit ist sie schon allein in dieser Existenzform als besondere Institution, als besonderes Wissen einiger Spezialisten, ein Instrument von Herrschaft.

Im Folgenden noch einige Überlegungen (Text-Hinweise) zu diesen zwei Thesen.

"Unsere Schwierigkeit besteht darin, in der 'Natur' nicht unseren Haushalt zu sehen, nicht auf die 'natürliche' Gegenständlichkeit unseres Körpers oder der uns umgebenden Stoffe hereinzufallen und damit innerhalb der Kapitalplanung zu denken, sondern unsere Fremdheit gegenüber dieser 'Natur' als Subversion zu verstehen, zu fühlen und auszuspielen." (S. 11)

1. Die einleitenden Bemerkungen im Buch "Arbeit, Entropie, Apokalypse" über Wissenschaft und Kapital sind meistens mit Unverständnis beiseite gelassen oder als bloße Kuriosität vermerkt worden. Gerade in politischen Kreisen sitzt der Mythos der Naturwissenschaften oft verdammt

tief, weil es sich um einen ganz fremden Bereich handelt, an dem sich schon deswegen schwer was aussetzen läßt. Obwohl die Autoren in "Entropie" scheinbar nur Analogien zwischen der Entwicklung der Physik und dem Klassenkampf ziehen, geht es ihnen zu recht um mehr. Die Theorie Newtons über die **Trägheit** (der Arbeiterklasse) und eine absolute, vom konkreten Arbeitsprozeß unabhängige **Zeit** in der Phase der absoluten Mehrwertproduktion und die Thermodynamik als Lehre von der Umsetzung (revolutionärer) **Hitze** (der Arbeiterklasse) in **Arbeit** in der Phase der relativen Mehrwertproduktion "sind nicht einfach nur Analogien zur Krise des Kapitals in den jeweiligen Zeitaltern. Die Theorien, die sich daraus ableiten, haben nicht nur zufällige oder ideologische Bezüge zur zeitgenössisch gültigen Arbeitsorganisation. ... Die Physik hat in diesem Zusammenhang keinen isolierten Inhalt, sondern sie liefert bestimmte Analysen der Arbeit und neue Pläne für ihre Organisation. Ihre Modelle mögen abstrakt erscheinen, und doch sind sie **direkt auf den Arbeitsprozeß bezogen.**" (S. 9, H.v.m.)

Es geht hier also nicht darum, die schändliche **Anwendung** der Naturwissenschaft im Kapitalismus anzuprangern, sondern es geht um ihr Gedankengebäude, ihre Begrifflichkeit selbst. Die Physik ist keine Wissenschaft "der Natur", die sich so oder so anwenden ließe, sondern sie ist die grundlegendste Theorie der kapitalistischen Arbeitsorganisation. Der **wirkliche** Gegenstand der Physik als Wissenschaft ist nicht "die Natur", die nur eine unzulässige philosophische Abstraktion ist. Schon rein geschichtlich betrachtet, ist ihr Gegenstand die industrielle Produktion - beginnend bei den Anfängen der manufakturmäßigen Teilung der Arbeit. Die ganze frühe Mechanik von Galilei bis Newton erhält ihren Gegenstand, ihr Material, erst aus der Manufaktur, in der erstmals die Arbeit zerlegt und neu zusammengesetzt wird, in der die Abstraktheit der wertproduzierenden Arbeit beginnt, handgreifliche Wirklichkeit zu erhalten. Der Erkenntnisdrang, die Fragestellungen und die bestimmten Abstraktionen (wie Arbeit, Kraft, Energie, Masse - aber auch Raum und Zeit) stammen aus der Umwandlung aller Produktion in einen planmäßigen Prozeß des sogenannten "Wirkens von Naturkräften", wobei der Begriff der Kraft offensichtlich die physikalische Abstraktion der **Arbeitskraft** ist. Die Physik kann also nur deswegen auf den kapitalistischen Verwertungsprozeß "angewandt" werden, weil sie aus ihm herauskommt, weil dies ihr einziger Gegenstand ist - auch wenn sich ein Giordano Bruno wähen konnte, er würde für eine zeitlose Wahrheit auf den Scheiterhaufen klettern.

"Die Entzitterung muß bei dem Begriff der 'Natur' ansetzen. Es scheint, daß die Natur und ihre Grundstoffe unabhängig existiert, gegeben und abgegrenzt vom Kapital - als sein Rohmaterial sozusagen. ... Aber **für das Kapital** ist die Natur als solche inexistent. **Die Natur ist nur eine Ware.** Es gibt kein Erdöl, Erdgas oder auch nur Photonen, wenn sie nicht Warenformen annehmen. Ihre Warenrealität ist entscheidend; sogar wenn man von der Erde oder dem Sonnensystem spricht, kann man nicht von einer außer-kapitalistischen Realität sprechen." (S. 11) <Diese Formulierung ist unglücklich, denn der Begriff einer "Natur als solcher", eben das ist die Ware des Kapitals - die Warenform, die das Kapital jeder Stofflichkeit gibt.> Theoretisch ist "die Natur" das Resultat der Aufklärung, in der das Bürgertum erstmals konsequent und ohne jede mystische Schranke alles und jedes allein unter dem Kriterium der Nützlichkeit, der abstrakten Nutzbarmachung untersucht und auseinandernimmt. Aber was ist eine abstrakte Nützlichkeit, ein abstrakter Gebrauchswert, wenn nicht der Wert - der Tauschwert. Gebrauchswert schlechthin hat nur die Ware! Die Herstellung von Gebrauchswerten schlechthin - die kapitalistische Warenproduktion - braucht also eine Wissenschaft, die diese Abstraktheit des Gebrauchswertes und die Abstraktheit seiner Herstellung nachvollzieht. Die Physik ist die Theorie der abstrakten Arbeit - dies ist ihr Gegenstand, und sie kann überhaupt erst an dem Punkt entstehen, wo sie diese bereits als einen in der Gesellschaft vorfindbaren Gegenstand antrifft.

Die naturhafte Gegenständlichkeit unserer Körper, von denen die Medizin handelt, ist also unser Körper als Ware. Aber nein, der Kapitalismus ist kein kannibalistischer Fleischerladen, er beruht auf Arbeit. Die Körper sind Ware insofern sie Arbeitskraft enthalten und insofern sie diese auch freisetzen, in lebendige Arbeit umwandeln. Gerade weil der Gegenstand der Medizin die individuelle Arbeitskraft ist, hat sie es also mit dem lebendigen Körper zu tun. Oder umgekehrt: der Begriff der Medizin von "dem menschlichen Körper" ist nur die, allerdings handfeste, Abstraktion der beseelten Arbeitskraft als Träger der lebendigen Arbeit.

Es dürfte jetzt klar sein, daß der "gesunde Menschenverstand" nicht zufälligerweise vor dem Gedanken der Abschaffung der Wissenschaft genauso panisch und entsetzt zurückschreckt wie vor dem der Abschaffung der Arbeit. Daher kann auch eine revolutionäre Theorie nix taugen,

die nicht wenigstens eine Ahnung davon hat, daß die Revolution auch den ganzen Krempel der Naturwissenschaft auf den Müllhaufen der Geschichte befördern muß. Im Kampf gegen die Arbeit ist dem Arbeiterstandpunkt immer klar, daß dieses Pack der Wissenschaftler verjagt werden muß!

2. Wissenschaft als Institution: Daß diese Form als quasi-naturhafte (= "Wie solls denn sonst gehen") erscheint, liegt daran, daß alle heute gültige Wissenschaft und Erkenntnis sich in dieser Form entwickelt hat. Außerdem ist auch dieser Mythos in den Klassen unterschiedlich ausgeprägt. In der Arbeiterklasse stoßen wir oft auf ein gesundes Mißtrauen gegenüber den hochdotierten Wissenschaftlern, die kaum einen Nagel in die Wand bekommen, oder gegenüber dem Hokusfokus moderner Medizinmänner. Im "Kapital" zeigt Marx, wie der kapitalistische Verwertungsprozeß die Grundlage der Herausbildung von Naturwissenschaft als besonderer Institution ist - obwohl in dieser Schrift seine früheren Überlegungen zu einer grundsätzlichen Kritik der Wissenschaft etwas verblasst sind. In der Manufakturperiode wird das Wissen über die Herstellung von Gebrauchswerten zur kapitalistischen Macht: "Die Kenntnisse, die Einsicht und der Wille, die der selbständige Bauer oder Handwerker, wenn auch in kleinem Maßstab, entwickelt, ..., sind jetzt nur noch für das Ganze der Werkstatt erheischt. Die geistigen Potenzen der Produktion erweitern ihren Maßstab auf der einen Seite, weil sie auf vielen Seiten verschwinden. Was die Teilarbeiter verlieren, konzentriert sich ihnen gegenüber im Kapital." Diese Trennungsprozeß "vollendet sich in der großen Industrie, welche die Wissenschaft als selbständige Produktionspotenz von der Arbeit trennt und in den Dienst des Kapitals preßt. Die besondere soziale Schicht von Wissenschaftlern, die diesen "Dienst" verkörpert, ist auch eine Notwendigkeit für diese Art von Theorie - kein vernünftiger Arbeiter würde theoretische Abstraktionen mitmachen, die dermaßen unzulässig gegenüber seinem eigenen Leben sind. (Aus dieser Kritik kann aber nicht die Konsequenz gezogen werden, eine neue Idylle handwerklicher Arbeit anzustreben, wie es das alternative Biedermeier nach der Massenarbeiterrevolte getan hat. "Daher ging aber auch jeder mittelalterliche Handwerker ganz in seiner Arbeit auf, hatte ein gemütliches Knechtschaftsverhältnis zu ihr und war viel mehr als der moderne Arbeiter, dem seine Arbeit gleichgültig ist, unter sie subsumiert.")

Die alte Parole "Die Uni muß zur Wiese werden!" ist also gegenüber allen Bemühungen um eine "kritische Wissenschaft" schon immer die einzig revolutionäre gewesen.

Und was bleibt von revolutionärer Wissenschaft, vom wissenschaftlichen Sozialismus, von der Arbeiterwissenschaft?

1. Marx wußte um die Vergänglichkeit seiner Theorie, er wußte, daß die einzige Form der wirklichen, d.h. widerspruchsfreien Erkenntnis des Kapitals seine Zerstörung ist (er sprach von den theoretischen Widersprüchen, die sich nur durch die praktisch-revolutionäre Tat aufheben lassen). Daher hat er sich selbst geweigert, seine Darstellung als Theorie des Kapitals oder ähnliches zu bezeichnen. Er konnte nur die theoretische Kritik des Kapitals liefern, alle Verdinglichungen und Versteinerungen demontieren. Und nach dem Kapital? Braucht es keine Wissenschaft mehr, in der nachträglich das auseinandergenommen und kritisiert, entmystifiziert werden muß, was die Leute selbst den ganzen Tag tun!

2. Das Konzept der Arbeiterwissenschaft geht darüber hinaus, insofern es viel weitgehender als die Generation von Marx und Lenin das isolierte Denken des revolutionären Intellektuellen in Frage stellt - die Arbeiterwissenschaft, da wo sie zum praktischen Moment wird, stürzt bereits die ganze bürgerliche Wissenschaft und den wissenschaftlichen Sozialismus in eine schwere Krise, weil sie dann zum Denken der Klasse über sich selbst wird. In dem Sinne enthält der Arbeiterstandpunkt eine Vorahnung davon, was in einem umfassenderen Sinne **Abschaffung der Wissenschaft** bedeuten kann und wie sich die Arbeiter aus ihrer täglichen Praxis heraus erkennen und wissen. Was wir aktuell tun können, ist, den Mythos der Natur und ihrer Wissenschaft zu zerstören. Wir dürfen uns aber nicht auf das Glatteis einer, mittlerweile in Mode gekommenen, alternativen oder "kritischen" Naturwissenschaft begeben, die zwangsläufig bei Alternativen im Kapital landen muß und nur auf Streitereien innerhalb der Institution Wissenschaft beruht, sie aber beileibe nicht abschaffen will.

Flugblätter  
von Klaus Kew  
haus a. Seiter (u. u.) aus:  
KIEL / BERLIN / FREIBURG

KIEL:  
von KrankenhausarbeiterInnen  
für KrankenhausarbeiterInnen

Seit dem 13. Februar weiß es jeder. Die Arbeitsbedingungen im Städtischen Krankenhaus sind unzumutbar. Spätestens seit der Reduzierung der Extrawachen können wir nicht mehr die Verantwortung für die Pflege übernehmen. Und bei aller Kritik des Artikels in den "Kieler Nachrichten", der "Offene Brief" hat endlich vielen Menschen klar gemacht, daß wir selbst was zu der Situation in den Kliniken zu sagen haben und nicht nur die "Kostendämpfer" der Krankenkassen und um Norbert Blüm.

Zum ersten Mal seit langem ist es möglich gewesen, die Gedanken, die sich viele für sich selbst machen, die Unzufriedenheit und den Stress, zusammen auf'n Punkt zu bringen, erste Konsequenzen zu ziehen und es auch in die Öffentlichkeit zu tragen. Und nur zusammen können wir den Arbeitsdruck loswerden, uns Möglichkeiten für Krankenpflege schaffen. Daß der Brief auszugsweise in der Zeitung stand, ist dafür nur nützlich, weil er so nicht einfach in der Schublade der Dezernenten und Verwalter verschwinden kann. Und in den anderen Kliniken ist er gut angekommen. "Endlich wird mal ein Punkt gesetzt. Wird auch Zeit, daß wir uns nicht mehr alles gefallen lassen." Die gemeinsame Aktion mit ihrer Öffentlichkeitswirkung ist ein erster Erfolg. Nur besteht die Gefahr, daß die Verantwortlichen in Klinik und Rathaus versuchen werden abzuwiegeln und zu beschwichtigen, um letztlich doch die Reduzierung des Extrawacheneinsatzes und eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Schon war ja der nächste Artikel am 16.2.88 in den "KN", in dem versucht wurde, die Situation der Pflegekräfte im Städtischen Krankenhaus von der anderen zu isolieren, weil die ja 'keine Probleme' haben, Extrawachen zu bestellen.

Und daß das Pflegepersonal im Anschara-Krankenhaus sich nach neuen Arbeitsplätzen umsieht, weil der Um- und Ausbau des Städtischen nicht schnell genug vorankommt, ist einfach Quatsch. Viele fühlen sich seit 2 Jahren verarscht von dem Hin und Her um die Übernahme und viele wollen nicht mehr ins Städtische, weil sie sagen, daß bei gleicher Pflegedienstleitung, bei gleichem Verwaltungsboß die gleichen üblen Bedingungen in der Chirurgie herrschen werden wie jetzt in der Inneren. Es ist auch zu befürchten, daß die Parteien versuchen werden, auf unserer Aktion ihr Wahlkampfsüppchen zu kochen, aber wie sollen sie denn mit ihren ewigen Anträgen und Anfragen etwas verändern? Behalten wir's lieber in der Hand, wir halten die Kliniken am Laufen und wir sind es, die sie über den Haufen werfen und stoppen können, die die Verantwortlichen zur Verzweiflung treiben können ... oder zum Nachgeben. Mindestens jedenfalls genauso viele Extrawachen wie vorher, soviel ist klar.

Um das durchzusetzen, um Abwiegeleien, Einschüchterungen und um der Gefahr zuvorzukommen, daß wieder mal alles im Sande verläuft, muß sich in allen Abteilungen und auf allen Stationen Gedanken darüber gemacht werden, wie wir den Druck auf die Verantwortlichen erhöhen können. Sand in die Klinikmaschine streuen und die Öffentlichkeit im Rücken. Auf einzelnen Stationen werden keine Büroarbeiten mehr gemacht, Spritzen verweigern, überhaupt: ärztliche Tätigkeiten hat der Doktor zu machen, besonders, wenn wir keine Zeit haben, gemeinsam die Verwaltung, die Pflegedienstleitung und den Krankenhausdezernenten besuchen, die Angehörigen informieren, vielleicht auch ne Demo durch die Stadt, Überstunden verweigern, jedenfalls die Pflege an die erste Stelle setzen. haben wir jetzt gemeinsam einen "Offenen Brief" schreiben können, können wir auch andere gemeinsame und abgestimmte Aktionen anpacken.

Wir haben genug zu verlangen, zuerst die Erhöhung der Extrawachenzahl auf das alte Niveau. Solange dürfen wir ihnen keine Ruhe lassen, Das kann aber nur ein erster Schritt sein, um aus dem Städtischen eine Klinik zu machen, wo Patienten eine vernünftige Krankenpflege erfahren, und nicht Patienten und Personal kaputtgemacht werden. Es muß ein erster Schritt auf dem Weg zu besseren Arbeitsbedingungen, zu mehr Zeit für die Pflege, aber auch für uns selbst sein.

Recht weit unten, aber um so wichtiger, wollen wir noch auf die KollegInnen hinweisen, die als Extrawachen eingestellt, sich geweigert haben, unter diesen Bedingungen Stationswachen zu machen. Offensichtlich wurden sie auf eine "schwarze Liste" gesetzt und sollen nicht mehr angerufen werden.

Wir denken, daß sie sich beim Vertrauensleutkörper der ÖTV melden sollten, damit wir wissen, wer alles davon betroffen ist und unsere Solidarität mit ihnen muß heißen, daß die "schwarze Liste" vernichtet wird. Wer den Mut hat zu seiner Verantwortung für die Patienten und sich selbst zu stehen, der darf nicht bestraft werden.

**für die Weiterbeschäftigung und die Vernichtung der "schwarzen Liste"!**

**Erhöhung der Extrawachenstunden auf 3000, mindestens!**

Was müssen wir da in den "KN" vom 25.2. lesen? Daß in den Uni-Kliniken 150 Leute einen Warnstreik gemacht haben und vor die Verwaltung und die Wäscherei gezogen sind, lesen wir und sind erfreut. Was uns nicht freute, ist, daß der Verwaltungsdirektor Wiese angeordnet hat, die Namen der Streikenden zu notieren und sie mit Lohnabzug bestrafen zu lassen. Daß der eine solche Maßnahme anordnet, wundert uns nicht. Sie wird ihr Ziel hoffentlich verfehlen. Kopfzerbrechen bereitet uns vielmehr die Frage, wer die Anordnung tatsächlich durchführt, wer also tatsächlich namen notiert und wie befohlen, Löhne kürzt, weil eute wie er oder sie sich durch einen kurzen Streik artikuliert und gewehrt haben. Wer also für den Wiese (dessen Name hier nur steht für wiederum seinesgleichen, andere heißen Steinmetz etc.) die Drecksarbeit verrichtet, wer sich zum Handlanger der Anstaltsdespoten degradieren läßt. Wer macht so was? Und wenn wer so was macht, fragt er sich dann auch oder sie, ob es ihn/sie nicht mal genauso treffen kann, nämlich auch notiert und bestraft zu werden? Oder kann ihm/ihr so was nie passieren, weil er/sie sich nie, niemals an einem Streikposten oder so was beteiligen würde? Weil er oder sie doch nur ihre Arbeit tun. Ihre Drecksarbeit. Ihre verdammte Pflicht.

Unsere verdammte Pflicht ist es jedenfalls, uns mit den Streikenden zu solidarisieren. Es ihnen gleichzutun, kann eine bereichernde Erfahrung sein. Sich noch andere Aktionen zu überlegen, die uns nützen und nicht schaden, ist eine echte Herausforderung für alle, die sich nicht damit begnügen wollen, ihre Pflicht zu tun.

Wir sind KrankenhausarbeiterInnen aus verschiedenen Kieler Kliniken und haben das Flugblatt von Freunden verteilen lassen, weil es im Moment noch nicht möglich ist, offen aufzutreten. Die Gefahr von Abmahnung, Entlassung oder Zwangsversetzung ist einfach noch zu groß und unkalkulierbar. Das Flugblatt ist für uns nur ein Mittel, eine ganze Klinik, wenn auch anonym, aber viele kennen uns, anzusprechen.

BERLIN:

#### EINLADUNG ZUM TREFFEN VON KRANKENHAUSARBEITER-INNEN

"Kostenexplosion im Gesundheitswesen", "medizinische Überversorgung", "Luxusmedizin", - das sind die Schlagwörter, mit denen seit Mitte der 70er Jahre, die Einsparungen in der öffentlichen Krankenversorgung begründet werden. Von "Luxusmedizin" haben wir KrankenhausarbeiterInnen allerdings noch nie was gemerkt. Unsere Arbeitsbedingungen waren noch nie besonders rosig. Im Gegenteil. Ständiger Personalmangel, Arbeitshetze, Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit, körperliche und psychische Extrembelastung bei der Krankenpflege waren schon immer 'das Besondere an diesem Beruf'. Nach wenigen Arbeitsjahren haben viele ihren Bandscheibenschaden oder leiden an ständigen Muskelverspannungen durch schweres Heben und Tragen. Wer von uns kennt nicht die häufigen Magenbeschwerden, die Schlafstörungen nach der Nachtschicht oder die extreme Gereiztheit vieler Kolle-

ginnen. Die seit Jahren laufenden Bettenreduzierungen, Personalstreichungen und Rationalisierungen verschärfen unsere Arbeitssituation immer mehr. Wir rennen uns die Hacken ab, damit das Arbeitspensum bis zur Schichtübergabe geschafft ist. Morgens um 2-3 Uhr wecken wir die Patienten aus dem Tiefschlaf, damit wir bis zum Schichtende mit dem Waschen fertig werden. Die Situation auf den Stationen ist oft so katastrophal, daß eine angemessene Pflege überhaupt nicht mehr zu leisten ist. Wir fertigen nur noch fließbandmäßig ab und da auch nur noch das Notwendigste. Unsere Arbeit wird immer extremer dazu funktionalisiert Kranke möglichst schnell wieder arbeits- und sozialfähig zu machen, oder die nicht mehr verwertbaren auszusetzen. Schwerkranke alte Patienten werden oft liegen gelassen, weil einfach keine Zeit mehr da ist sie optimal zu versorgen. Du holst die alten Menschen erst gar nicht mehr aus dem Bett, um sie zu mobilisieren, weil das viel zu arbeitsintensiv ist und sonst die ganze andere Arbeit nicht mehr zu schaffen ist. Fast müßten wir Heilige sein mit überirdischen Kräften, rund um die Uhr im Einsatz, um die Pflege einigermaßen befriedigend zu leisten. Die Verantwortung gegenüber den Kranken die Pflege korrekt auszuüben und das menschliche Mitgefühl zu den hilfsbedürftigen Menschen wird in der desolaten Situation in vielen Krankenhäusern und Altenpflegeheimen dazu instrumentalisiert, um aus uns noch mehr Arbeit herauszupressen. Die von oben organisierte Mehrarbeit versuchen die KollegInnen mit mehr Arbeitseinsatz zu bewältigen, weil sie aus ihrem Verantwortungsbewußtsein heraus einen Menschen nicht einfach im 'Dreck' liegen lassen. Verkürzte Liegezeiten, erhöhter "Patientendurchlauf" und die Rationalisierungen im Krankenhaus haben dazu geführt, daß unsere Arbeit immer mehr wurde. Wir pflegen nicht nur Kranke. Heute reinigen wir die Küche, weil das Küchenpersonal wegrationalisiert wurde; wir wischen den Fußboden, weil das Reinigungspersonal nur noch ein paar Stunden am Tag auf der Station eingesetzt wird, oder wir erledigen Botendienste und noch anderes mehr.

Für viele PflegerInnen sind die Arbeitsbedingungen so unerträglich geworden, daß sie die Arbeit hinschmeißen und versuchen irgendetwas anderes zu machen. Die hohe Fluktuation, Teilzeitarbeit, Ausstieg durch Studium oder Weiterbildung, oder einen anderen Job, oder der Versuch durch Höherqualifizierung noch etwas aus der beschissenen Arbeitssituation zu machen sind häufig anzutreffende Verhaltensweisen vieler KollegInnen, um vor der Überlastung und vor frühzeitigem Verschleiß durch die Arbeit zu fliehen.

Die viel gepriesene Alternative der häuslichen Krankenpflege, wo "innerhalb der Familie", "selbstbestimmt" die Kranken versorgt werden sollen, muß dafür herhalten, daß im Krankenhaus Betten und Personal abgebaut werden. (seit 1978 in Berlin 2 858 Betten; bis 1992 sollen weitere 2.477 Betten gestrichen werden) Die pflegerische Versorgung wird in der Hauskrankenpflege unter der Regie von privaten Sozialkonzernen oder Subunternehmen organisiert, in der Regel bei ungesicherten Arbeitsverhältnissen und schlechterer Bezahlung.

Doch allein zu lamentieren, daß alles schlechter wird, nützt auch nichts. Klar machen es unsere Arbeitsbedingungen schwierig uns zusammenzusetzen und Möglichkeiten zu entwickeln Widerstand zu leisten. Doch können Krankenhausverwaltungen, staatliche Sozial- und Finanzplaner nur so lange sparen, wie wir aus uns Mehrarbeit herauspressen lassen und die PatientInnen die miesen Bedingungen in der Krankenversorgung akzeptieren. Aus Freundlichkeit werden uns die Wölfe nicht einladen, ihnen die Zähne zu ziehen.

Wir können uns wehren, wenn wir uns organisieren. Wieso sollten wir nicht die ganze Arbeit, die mit der pflegerischen Versorgung direkt nichts zu tun haben, einfach verweigern. Viel von dem ganzen Schreib- und Verwaltungskram benötigt eine Menge Arbeit und ist sowieso nur dazu da die Kranken und uns besser zu kontrollieren. Ein gewichtiger Teil unserer Arbeit sind Tätigkeiten, die die Ärzte machen müßten (i.v.-Spritzen, Blutentnahmen, etc.), oder die in den Bereich der Ver- und Entsorgungsarbeiten fallen. Ebenso können wir die ganzen Überstunden verweigern. Damit der Laden überhaupt läuft, übertreten wir tagtäglich die Richtlinien der Krankenhaushygiene, oder müssen Grundsätze der Krankenpflege mißachten. Wieso sollten wir nicht einfach Dienst nach Vorschrift leisten und jegliche Verantwortung für die desolote Situation in den Krankenhäusern ablehnen. Dies sind nur einige Möglichkeiten des Widerstandes.

Wir treffen uns jeden zweiten Samstag in der ....

ALLE SITZWACHEN ! ! ! AN ALLE SITZWACHEN ! ! ! AN ALLE SITZWACHEN ! ! ! A!

An alle Sitzwachen!

Aufgrund ständiger Personalinsparungen und den sich immer stärker bemerkbar machenden Kostendämpfungsmaßnahmen zuungunsten des Personals und der PatientInnen, gab es in den letzten paar Monaten einige Sitzwachenversammlungen. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß wir nicht mehr dazu bereit sind, daß weitere Sparmaßnahmen auf dem Rücken von Sitzwachen, Schwestern/Pflegern und Patienten/Patientinnen ausgetragen werden.

- 1.) Da die finanziellen Mittel zur Bezahlung von Sitzwachen(SW) nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden, sind die Stationsleitungen dazu angehalten, SW einzusparen.  
Dies aber bedeutet
  - \* Mehrarbeit für ALLE, insbesondere für das examinierte bzw. mit Vertrauensarbeitende Pflegepersonal, das sowieso unterbesetzt ist.
  - \* schlechtere Betreuung von Patienten und Patientinnen  
Patienten/Patientinnen, die eine "feste SW" erfordern (Beatmete, Suizidpatient, ...) können nicht mehr entsprechend überwacht und betreut werden.
  - \* wichtige Pflegemaßnahmen wie Mundpflege, Dekubitusprophylaxe, Atemtherapie und auch die psychische Betreuung können trotz aller Anstrengung oft kaum noch durchgeführt werden. (aber es geht auch anders so sitzen auf Privatstat. SW z.B. bei Strumapatienten)
  - \* durch die Technisierung und Rationalisierung einiger Stationen (z.B. Intensiv 3/4, Chirurgie) sollte u.a. auch Personal eingespart werden. Piepsende Apparate aber halten das gesamte Personal auf Trab, ersetzen jedoch nicht die eigentliche Pflege und den menschlichen Kontakt zum Patienten und zur Patientin.  
MENSCHLICHE PFLEGE DURCH MEHR APPARATE UND WENIGER PERSONAL ???
  - \* der zunehmende Streß führt zu Spannungen und Unzufriedenheit beim Personal und erklärt die hohe Fluktuation auf der Station (von SW und Schwestern/Pflegern)
- 2.) Die arbeitsrechtliche und finanzielle Situation der SW ist in Freiburg ausgesprochen schlecht.
  - \* die SW-Entlohnung ist seit Jahren unverändert.
  - \* es gibt kein Krankengeld und kein Urlaubsgeld bzw. man wird rausgeworfen, wenn wir es einfordern; es fehlt also auch der Kündigungsschutz
  - \* es gibt kein 13. Monatsgehalt
  - \* keinerlei Sonn- und Feiertagszulagen
  - \* es gibt keine vertraglich abgesicherte Regelung unseres Arbeitsverhältnisses

Die praktizierten Einsparungsmaßnahmen wie Arbeiten auf Abruf oder "Heim-

geschickt werden", sind ein weiterer Schritt dahin, daß keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der SW genommen wird (Zeiteinteilung, Freizeit/ Studium, garantierter Lohn), sondern wir zunehmend als jederzeit verfügbare, rechtlose Arbeitsmaschinen behandelt werden. Dennoch ist die Klinik auf die Mitarbeit der SW angewiesen. Gleichzeitig kalkuliert sie mit unserer Rechtlosigkeit und macht Druck, sobald SW Rechte einfordern (so geschehen z.B. in der Neurochirurgie, wo eine SW erst prozessieren mußte, bis ihr das Uniklinikum ihre Rechte zugestanden hat)

Es ist Zeit, daß wir uns zusammenschließen, anstatt unsere Situation zur zu beklagen, und unseren Forderungen zusammen mit den Schwestern/Pflegern Nachdruck verleihen. Dabei ist es unumgänglich, auch über den Zusammenhang mit der allgemeinen Umstrukturierung auf dem Arbeitsmarkt in Richtung 'mehr Teilzeitarbeit mit weniger sozialrechtlicher Absicherung' zu diskutieren.

Wir wollen uns deshalb treffen, über Forderungen, unsere Rechte, über Vorschläge und Probleme diskutieren und nach Möglichkeiten suchen, wie wir weiterhin vorgehen können.

Wir, das sollen SW aus allen Teilkliniken der Uniklinik sein.

Deshalb: Kommt zahlreich, wenn ihr Sitzwache an der Uniklinik seid, am 11.

- um über
- 1) Bereitstellung ausreichender Mittel zur vollständigen Versorgung der Stationen mit SW
  - 2) Verbesserung der derzeitigen Entlohnung
  - 3) Zuschläge, Krankengeld, Urlaubsgeld
  - 4) garantierte Arbeitszeit
  - 5) bessere Einarbeitung bzw. Fortbildung der SW
  - 6) Sitzwachenverträge
  - 7) organisierter Abruf durch die Wach- und Schließgesellschaft

zu diskutieren.

Sagt es weiter und bringt Vorschläge, Ideen und Zuversicht mit!

NICHT BETTELN, NICHT BITTEN, NUR

# MUNTER GESTIRITEN

Die größte Arbeitgeberin Südbadens ist die Universitätsklinik. Sie beschäftigt ca. 6000 Menschen in verschiedenen Arbeitsverhältnissen. Während in weiten Bereichen des Arbeitsmarkts flexible Arbeitskräfte erst in den letzten Jahren eine größere Rolle spielen, wirtschaftet die Uniklinik schon lange mit JobberInnen. Ca. 1000-1500 sind so im Pflegebereich als SitzwächterInnen oder Aushilfen ohne schriftlichen Vertrag tätig.

Die Vorteile für die Uniklinik liegen auf der Hand: Die meisten sind StudentInnen, für die keine Sozialabgaben bezahlt werden müssen. Das macht diese Leute von vornherein billig, und flexibel sind sie sowieso.

Zudem versucht die Klinikverwaltung die SitzwächterInnen glauben zu machen, daß sie sich in einem arbeitsrechtlichen Vakuum befinden. So werden den Aushilfen festgeschriebene Rechte wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Urlaubsentgelt nicht automatisch zugestanden, was zur weiteren Kostensenkung beiträgt.

Fordert eine SitzwächterIn Rechte ein, wird mit Rausschmiß gedroht: "Sie können ihren Urlaub schon haben, aber dann bekommen sie keine Termine mehr. Vor der Tür warten noch 10 auf ihren Job." (O-Ton Verwaltung).

Die Rechnung ist einfach. Rechte gibt es nur, wenn man/frau Druck macht bzw. vors Arbeitsgericht geht. "Die paar Wenigen die klagen, können wir finanziell verkraften." (O-Ton Verw.) Die Schwierigkeiten, Rechte einzufordern, vergrößern sich dadurch, daß SitzwächterInnen und Aushilfen im Personalrat keine Vertretung haben. Durch hochflexible Arbeitszeit ist ein kontinuierlicher Austausch untereinander oder eine Organisation kaum möglich.

Außerdem beträchteten immer noch viele MedizinStudentInnen den Job als "studienbegleitendes Praktikum", was "netterweise" auch noch ein Taschengeld bringt. D.h. sie nehmen zugunsten ihrer Karriere unhinterfragt jegliche Arbeitsbedingungen an und bereiten somit den Boden für die Aushöhlung des Arbeitsrechts. Dies trifft vor allem diejenigen, die keine MedizinstudentInnen sind, sondern ihren Lebensunterhalt durch Teilzeitarbeit verdienen.



Nichtsdestotrotz trafen sich am 20.4. SitzwächterInnen und Aushilfen der ganzen Uniklinik. Dort wurde zum einen über den rechtlichen Status, den man/frau als SitzwächterIn "genießt" informiert. Zum anderen haben wir verschiedene Forderungen zur Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen aufgestellt.

Unser arbeitsrechtlicher Status ist beileibe nicht so ungeschützt, wie viele meinen. Die große Mehrheit von uns befindet sich in einem FORTLAUFENDEN ARBEITSVERHÄLTNIS, das folgendermaßen definiert ist: Man/Frau wird fest eingeplant (Sitzwachendienstpläne) und regelmäßig beschäftigt. Für die Regelmäßigkeit ist nicht die Stundenzahl ausschlaggebend, die kann von Monat zu Monat schwanken. Das fortlaufende Arbeitsverhältnis besteht auch ohne schriftlichen Vertrag und wird durch den StudentInnenstatus nicht beeinträchtigt. Es wird auch nicht unterbrochen, wenn z.B. während einer 2-monatigen

Famulatur oder Examensvorbereitung nicht gearbeitet wird. Die kritische Grenze liegt bei ca. 3 Monaten Unterbrechung. Aus diesem arbeitsrechtlichen Status ergeben sich folgende

## Rechte

1. Es besteht Kündigungsschutz, wenn man/frau länger als 6 Monate beschäftigt war. Zu einer Kündigung bedarfes dann schwerwiegender Gründe, sie muß schriftlich vorliegen und der Personalrat muß angehört werden.
2. Wir haben Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Am besten gebt ihr den gelben Krankenzettel innerhalb von drei Tagen auf der Station oder Verwalt. ab und tragt eure eingeplanten Stunden auf dem Sitzwachenschein ein (ohne Nachzuschlag).
3. Außerdem haben wir natürlich einen Anspruch auf Urlaub bzw. Urlaubsgeld nach dem Bundesurlaubsgesetz. Einfach bei der Verwaltung beantragen! In der derzeitigen Situation ist dies allerdings nur Leuten mit Kündigungsschutz zu raten. Als Berechnungsgrundlage dient die tatsächliche Beschäftigung in den letzten 13 Wochen vor dem Urlaub.
4. Eingeplante Termine (im Dienstplan o.ä.) dürfen nicht abgesagt werden. Da dies in letzter Zeit öfter passiert, ein Tip: Möglichst vor Zeugen dagegen protestieren, auch zum ausgemachten Termin erscheinen. Weigert sich die Arbeitgeberin weiter, die Arbeit anzunehmen, gerät sie in Arbeitsannahmeverzug und muß die abgesagten Stunden bezahlen. (§ 4 Abs. 2 Bundesarbeitsförderungsgesetz)
5. Wer regelmäßig mehr als 20 Stunden pro Woche arbeitet, hat Anspruch auf BAT-Lohn bzw. arbeitet unter Tarifbedingungen. (13. Monatsgehalt, Zuschläge usw.)
6. Die Einarbeitungszeit muß bezahlt werden. Meldet euch bei uns, wenn ihr unbezahlt eingearbeitet worden seid. Unterschreibt die Formulare nicht, daß ihr damit einverstanden seid!!!

GANZ WICHTIG: Holt eure Lohnabrechnungen ab und bewahrt sie auf. Sie werden von der Klinik nur 3 Monate aufbewahrt.

56



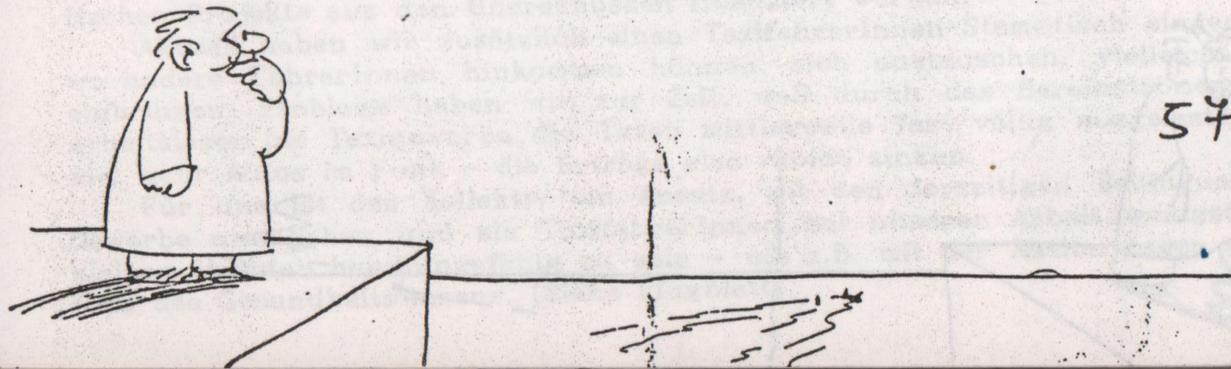
Wir sind der Meinung, daß jeder die oben dargelegten Rechte ohne falsche Rücksichten in Anspruch nehmen sollte, schon allein aus dem Grund, daß sie uns für die geleistete Arbeit zustehen. Bisher wurden sie uns ganz einfach vorenthalten, meistens mit dem unausgesprochenen Argument der "Kostenexplosion" im Hintergrund. Eine Kostendämpfung darf aber nicht auf dem Rücken des Personals ausgetragen werden oder in einer Aufhöhung der arbeitsrechtlichen Vorschriften bestehen.

Darüberhinaus haben wir einige weitergehende

## Forderungen

1. Unaufgeforderte Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorschriften seitens des Klinikums!
2. Ausreichende Versorgung der Stationen mit Sitzwachen und examinierten Personal!
3. Tariforientierte Lohnerhöhung auf 13,83 (BAT Kr. 1)! Für examinierte Aushilfen entsprechend Kr. 3, 4, 5, ...
4. Zuschläge an Wochenenden und Feiertagen!
5. Dienstpläne für Sitzwachen und Aushilfen auf allen Stationen!
6. Einrichtung eines bezahlten Rufbereitschaftsdienstes für Sitzwachen in Chirurgie und Innerer Medizin, um die Versorgung der Stationen in Notfällen zu gewährleisten!
7. Dauerhafte Essenserlaubnis im Personalkasino zu Personalpreisen für alle Sitzwachen!
8. Keine Diskriminierung oder Disziplinierungsversuche an SitzwächterInnen und Aushilfen, die ihre Rechte fordern!

Uns ist klar, daß der Verwaltung nichts daran liegt, unsere Forderungen zu erfüllen. Im Gegenteil: Die Verwaltung versucht, durch klinikinterne Anweisungen, den arbeitsrechtlichen Status von SitzwächterInnen und Aushilfen zu untergraben. Dies endet meist nur in Schikane für Schwestern/Pfleger und Aushilfen. Jüngstes Beispiel: Dienstpläne für Sitzwachen/Aushilfen sollen abgeschafft werden. Als ob eine Stationsleitung den Dienstplan für diese im Kopf haben könnte. Zudem versucht die Klinikverwaltung SitzwächterInnen und Schwestern/Pfleger gegeneinander auszuspielen. Krankheits- und Urlaubstage von Aushilfen werden vom Sitzwachenkontingent der Stationen ersatzlos abgezogen. Je mehr Aushilfen ihren Urlaub einfordern, desto mehr wird das Sitzwachenkontingent überzogen, was zwangsläufig Druck der Klinikverwaltung auf die Stationsleitung nach sich zieht. Da es sich bei der dünnen Personaldecke keine Station leisten kann auf Sitzwachenstunden zu verzichten, wird auf manchen Stationen der Druck an die Aushilfen, die ihre Rechte fordern, weitergegeben. Ihnen wird einfach die weitere Beschäftigung verweigert. Auf diese Weise erreicht die Verwaltung, daß sich die Auseinandersetzung zwischen Aushilfen und Stationsleitung abspielt. Damit entzieht sich die Klinikverwaltung der Verantwortung und wälzt das eigentliche Problem - zu wenig feste Stellen und zu wenig Sitzwachenstunden - auf das Personal ab.



57

Unsere Forderungen stehen aber gerade nicht im Gegensatz zu Interessen des examinierten Personals, denn der Abbau der Arbeitsrechte betrifft nicht nur die JobberInnen:

- Um den Stationsbetrieb trotz chronischem Planstellenmangels aufrecht zu erhalten, werden examinierte Aushilfen, je nach Arbeitsanfall zu denselben Bedingungen wie SitzwächterInnen beschäftigt.
- Bei SchülerInnen der Klinikpflegeschule, die nach dem Examen übernommen wurden, wurde versucht, ihnen Halbjahresverträge unterzuschreiben, mit dem Zweck den Kündigungsschutz zu umgehen.

Schon diese Beispiele zeigen, daß trotz unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse, die Problematik eine ähnliche ist.

Zuallererst ist es notwendig, eine weite Verbreitung unserer Rechte und Forderungen unter den Sitzwachen/Aushilfen herzustellen. Dazu findet am

Mittwoch, den

**Pflicht!**

ein Treffen aller SitzwächterInnen statt. Wir wollen dort unsere Forderungen zur Diskussion stellen und uns überlegen wie wir sie durchsetzen können.

Erreichen werden wir mit unseren Forderungen nur etwas, wenn wir Druck auf die Klinik-Verwaltung ausüben. Dieser wird stärker und effektiver wenn unsere Forderungen auch die Zustimmung des examinierten Pflegepersonals finden, und bei uns selbst Einigkeit über Inhalte und Aktionsformen herrscht. Weitere Schritte/Aktionen sind geplant und sollen diskutiert werden.

Deshalb: Diskutiert, gebt die Infos weiter, kommt zu den Treffen!

Kontakt: Sitzwachengruppe,



Frankfurter TaxifahrerInnen-Kollektiv KGB (Kollektiv geht's besser).

In den letzten acht Jahren gab es immer wieder Versuche linker und alternativer TaxifahrerInnen, sich zu organisieren und Aktionen zu machen. Anfang der 80er waren es noch die frischgebackenen Alternativ-Unternehmer, die mit ihrer Startbahn-Taxi-Demo in Frankfurt für Aufregung sorgten. Auch die Taxi-Demo im Zusammenhang mit der Friedensbewegung wurde noch wesentlich von ihnen mitgetragen.

Inzwischen haben sich die Alternativ-Unternehmer voll etabliert (stolze Besitzer von 3-30 Taxen), und sie sind als Ex-Linke fähig zu optimaler Profitmaximierung bei "angenehmem Betriebsklima". Anfang 85 versuchten sie, die Abrechnungsgrundlage mit uns Fahrern zu verändern - auf unsere Kosten. Die Empörung war einhellig und bei FahrerInnen-Treffs wurden offene Drohungen gegen die Unternehmer laut. Als diese die Stimmung bemerkten, steckten sie zurück.

Kurz darauf organisierten FahrerInnen Sonderschichten für die streikenden englischen Bergarbeiter, wobei immerhin 10.000 Mark zusammenkamen. Als die USA Bombenangriffe auf Libyen flogen, trafen sich die FahrerInnen erneut und verweigerten mehrere Wochen lang die Beförderung von US-Militärpersonal in Frankfurt. Diese kleine Aktion von Leuten einer Berufsgruppe traf so stark, daß sich sofort die US-Botschaft in Bonn einschaltete und massive Repressalien angedroht wurden. Längst war schon kein Unternehmer mehr bei unseren Treffen. Im Gegenteil: Einer der großen Alternativunternehmer drohte allen, die sich an der Aktion beteiligten, mit Rausschmiß.

Zu einer längerfristigen Organisation von FahrerInnen reichte es aber bis heute nicht. Zu unterschiedlich waren die Beteiligten und ihre Motivation. Das Jobber-Verhältnis vieler FahrerInnen (Morgen kann mensch - theoretisch (!) - die Brocken hinwerfen, warum sich dann heute organisieren) und die starke Vereinzelung taten ein Übriges.

KGB ist eine kleine Gruppe von FahrerInnen, die sich in dieser Zeit kennengelernt haben und sich seit zwei Jahren als Lohnabhängigen-Kollektiv organisieren, d.h., wir besitzen keine eigene Taxe, sondern fahren für verschiedene Unternehmer. Das Geld, das wir einfahren (auch Trinkgelder) wird zusammengeworfen und neu, nach dem Prinzip gleicher Bezahlung, aufgeteilt. Wir bezahlen uns feste Stundenlöhne (auch Tag- und NachtfahrerInnen gleich), bezahlen Pausen, Strafzettel usw. Das Geld, das über die festen Stundenlöhne hinausgeht, wird aufgeteilt: ein Viertel in eine Art Krankenkasse (selbstorganisierte Lohnfortzahlung); die Hälfte für Rücklagen als Ausgleich für Zeiten, in denen die Stundenlöhne nicht erreicht werden; ein Viertel für die Finanzierung politischer Projekte (z.B. Spende für Palästina oder Unterstützung von uns selbst bei Prozessen).

Der Sinn ist, der starken Vereinzelung der FahrerInnen und dem "Jeder gegen Jeden" wenigstens in kleinem Rahmen das Prinzip gleicher Bezahlung und akzeptablerer Arbeitsbedingungen entgegenzustellen. Insofern ist unser Kollektiv auch Ausdruck des Unvermögens, TaxifahrerInnen in größerem Maßstab gegen die Willkür der Unternehmer und die Bedingungen der totalen sozialen Nichtabsicherung im Taxigewerbe zu organisieren.

Ein solches Kollektiv basiert auf Vertrauensbasis. D.h. die Leute müssen sich kennen und auch mögen. Ein mal, weil es FahrerInnen gibt, die häufig mehr Kohle reinfahren als der festgelegte Stundenlohn, während andere häufig darunterbleiben, also aus der Gemeinschaftskasse ausgeglichen werden. Zum anderen, weil bei den vorhandenen unterschiedlichen Einschätzungen / Lebenshaltungen im Kollektiv z.B. auch solidarisch ausdiskutiert werden muß, welche politischen Projekte aus den Überschüssen finanziert werden.

Aktuell haben wir zusätzlich einen TaxifahrerInnen-Stammtisch eingerichtet, wo andere FahrerInnen hinkommen können, sich austauschen, vielleicht Ideen einbringen. Probleme haben wir zur Zeit, weil durch das Hereinströmen vieler Arbeitsloser ins Taxigewerbe die Taxen mittlerweile fast völlig ausgelastet sind, viel mehr Autos im Funk - die Erträge also rapide sinken.

Für uns ist das Kollektiv ein Ansatz, mit den derzeitigen Bedingungen im Gewerbe umzugehen und als TaxifahrerInnen bei unserer Arbeit wenigstens in kleinem Maßstab handlungsfähig zu sein - wie z.B. mit der Aktion gegen die Reform des Gesundheitswesens. (Siehe Flugblatt)

REDEBEITRAG DER FRANKFURTER TAXIGRUPPE "KOLLEKTIV GEHTS BESSER" AUF DER KUNDGEBUNG UND DEMONSTRATION GEGEN DAS NEUE "STRUKTURREFORMGESETZ IM GESUNDHEITSWESEN" AM 9.3.88 IN FRANKFURT/MAIN AUF DER ZEIL.

Wir Frankfurter Taxifahrer haben uns vor einem Jahr zu einem Lohnabhängigenkollektiv zusammengeschlossen. Unser Ziel ist, dem Wolfsprinzip des kapitalistischen Marktes "Frißt du mich nicht, freiß ich dich", das im Taxigewerbe besonders ausgeprägt ist, unser Prinzip von Zusammenarbeit und gleicher Entlohnung entgegenzusetzen.

Heute sehen wir uns bedroht von einer Gesetzesinitiative der Bundesregierung, die schönfärbisch - nichtssagend als "Strukturreform im Gesundheitswesen" bezeichnet wird. Wir sehen uns bedroht in unserem Beruf als Taxifahrer, als Arbeiter. Wir sehen uns bedroht als künftig Alte, Kranke, vielleicht auch Behinderte. Wir sehen unser Ziel, eine menschliche Gesellschaft, in Gefahr!

1. Bekannterweise hat die Politik der Bundesregierung in den letzten Jahren große Bevölkerungsgruppen in Verelendung und Arbeitslosigkeit gestürzt. So wurden auch in Frankfurt tausende Arbeitslose ins Taxigewerbe gedrängt, um sich so ihr Brot zu verdienen. Folge: Der Konkurrenzdruck unter uns Fahrern steigt enorm an, die Stundenlöhne sinken! Die geplante erneute Erhöhung der Selbstbeteiligung für Krankenfahrten wird es für viele Menschen unmöglich machen, sich wie bisher im Taxi zur Ambulanz, zum Arzt oder ins Krankenhaus bringen zu lassen. Für viele von uns wird das zu weiteren Lohneinbußen bei verstärktem Leistungsdruck führen. Die soziale Situation von vielen Fahrern wird sich massiv verschlechtern!

2. Im Rahmen des von der Bundesregierung geplanten Gesetzes soll ein neuer Sozialversicherungsausweis eingeführt werden. Jeder, der arbeitet, soll ihn bei sich tragen, um bei möglichen Kontrollen sogenannten "Schwarzarbeitern" auf die Spur zu kommen. Mit dem geplanten Sozialversicherungsausweis werden vor allem die vielen Menschen in ihrer materiellen Existenz kontrolliert und überwacht, die sowieso schon durch die Lächer des sozialen Netzes gefallen sind und dadurch ja gezwungen sind Gelegenheitsarbeiten für Hungerlöhne auszuführen!

3. Wir warnen vor der Einführung einer neuen Gesundheitspolizei bei den Krankenkassen, die verblümt als "Medizinischer Dienst" bezeichnet wird.

Wir warnen vor den Folgen für die gesamte arbeitende Bevölkerung, die sich aus der vorgesehenen Möglichkeit für Ärzte ergibt, zukünftig Kranke stundenweise oder für leichtere Arbeit gesund bzw. arbeitsfähig zu schreiben, statt wie bisher üblich einfach krank bzw. arbeitsunfähig zu schreiben.

WILLKÜR ZUR ÜBERAUSBEUTUNG DER LOHNABHÄNGIGEN IST DAMIT TÜR UND TOR GEÖFFNET!

Wir warnen vor der vorgesehenen zentralen Erfassung aller sensiblen Patientendaten bei den Krankenkassen. Viel mehr noch als bei der Volkszählung wird hier der "gläserne Mensch", die lückenlose Erfassung der Bevölkerung eingeleitet!

4. Wir begreifen Taxifahren auch als einen sozialen Beruf. Täglich bringen wir Alte, Kranke und Behinderte zum Arzt, ins Krankenhaus oder helfen bei der Erledigung alltäglicher Probleme. Wir wissen aus unserer alltäglichen Berufserfahrung wie wenig dieser Staat für diejenigen Menschen tut, die nicht mehr profitabel sind. Für Menschen, die oft nach lebenslanger Plackerei alt, krank und pflegebedürftig sind. Für diese Menschen wird das Taxi und der Taxifahrer als mögliche Hilfe entfallen, weil die Selbstbeteiligung in Zukunft 20 bzw. 50.- betragen soll. Medikamente werden teurer, Therapien gestrichen!

Die Lage dieser Menschen wird sich massiv verschlechtern! Wir meinen: Wenn die Bundesregierung Probleme mit der Kassenfinanzierung hat, dann soll sie das Geld dafür bei denen holen, die es in Hülle und Fülle haben! Zum Beispiel bei den Konzernen! Wie wäre es bei denen der Pharmaindustrie anzufangen!? Deren Gewinne explodieren jährlich aufs neue - und wir sollen die Gürtel enger schnallen?! - NEIN !!

WIR FORDERN:

SCHLUSS MIT DEN MENSCHENFEINDLICHEN VORHABEN DER BUNDESREGIERUNG !

WIR RUFEN AUF:

ORGANISIERT DEN WIDERSTAND !

SCHLIESST EUCH ZUSAMMEN !

BRINGT DAS KOSTENDÄMPFUNGSGESETZ ZU FALL !

An der Vorbereitung zu dieser Aktion nahmen die folgenden Gruppen teil:

Graue Panther, Interessengemeinschaft Epilepsie Ffm., Club Behindert-er und ihrer Freunde, Kontakt, KOMM - ambulante Dienste f. behinderte und alte Menschen, Behinderten- und Seniorenfamilie..., Gesundheits-laden, Demokratische Ärzte, Gewerkschafter gegen Wallmann, "Kollektiv Gehts Besser" (KGB)

Der Markt wird's heilen

Wie die Ärzte reformieren wollen

„Krankenkassen sammeln sensiblere Daten als die Volkszähler“



Mehr Markt =

Weniger Gesundheit

Im sozialen Datennetz

Der gläserne Patient

Aus: Mabuse 50,  
TAZ 19.1.88,  
FR 20.1.88

Kämpfe der Chicano-LandarbeiterInnen im Süden;

Umstrukturierung und Kämpfe in den zentralen Industriezweigen wie Automobilsektor usw.

Um nicht in eine "objektivistische" Schreibtischarbeit abzugleiten, müssen wir uns von vornherein wieder intensiver um Kontakte zu ArbeiterInnen in den USA bemühen. Aber sicherlich wird es zunächst auch um die Aufarbeitung vorliegender Materialien gehen (Business Week, Fortune, Radical America, Dollars&Träume usw.).

Wer Interesse an der Mitarbeit hat und an der Diskussion interessiert ist, kann sich bei SISINA Köln, Pf. 301206, 5 Köln 30 melden.



Die beiden folgenden Texte zu Geld, Währung und Börsenkrach betonen beide - in unterschiedlicher Weise - die Bedeutung der nord-amerikanischen Arbeiterklasse für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Die Kämpfe und Verhaltensweisen der ArbeiterInnen im größten Binnenmarkt der Welt bilden nach wie vor eine Schlüsselgröße für die internationale Klassendynamik. In der hiesigen Linken stellt die Situation innerhalb der USA dagegen einen blinden Fleck dar oder tritt hinter der Analyse des US-Imperialismus zurück. Che Guevaras internationalistische Aufforderung, "im Herzen der Bestie" zu kämpfen, löst daher schon aufgrund der mangelnden Kenntnisse nichts mehr aus. Unsere spärlichen Versuche, über Klassenkämpfe in den USA zu berichten (Silicon Valley, KrankenhausarbeiterInnen, gespaltene Löhne), blieben Einzelfälle und konnten nicht zu einer umfassenderen Einschätzung kommen.

Als historische Erfahrung hatten die Kämpfe in den USA bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, die mit den Aktivitäten der Wobblies verbunden waren, für uns eine besondere Bedeutung. An dem Punkt bricht unsere politische Diskussion aber ab: die Sit-down-Streiks der 30er Jahre, die an der Wurzel der internationalen Neuordnung des Kapitals nach dem Zweiten Weltkrieg liegen, die militanten Streikbewegungen in den 40er und 50er Jahren, in denen die ArbeiterInnen das Hochlohnmodell durchsetzten (siehe dazu das Buch von D. Noble, das bisher noch nicht übersetzt ist!)... Zur Massenarbeiterrevolte der 60er und 70er Jahre in den USA liegt mit der deutschen Ausgabe von Zerowork jetzt ausführlicheres Material vor.

Das hier vorgeschlagene Projekt sollte auf dieser Grundlage die aktuellen Kämpfe und Tendenzen in den USA genauer unter die Lupe nehmen. In dem Papier "Geld, Währung, Klassenkampf - USA 1977-1988" werden einige wichtige Fragen zu den Klassenkämpfen angesprochen, ohne sie zu vertiefen:

Konsumverhalten und Lohndruck;

das amerikanische "Jobwunder", der Druck auf den Mindestlohn und neue Migrationsbewegung, die der Staat mit dem neuen Einwanderungsgesetz unter Kontrolle bekommen will;

## NACH DEM SCHWARZEN MONTAG: DIE KRISE DER KRISENREGULIERUNG

aus: Wobbly/Collegamenti Nr.21 Frühjahr 1988

Alle Welt war erstaunt über den freien Fall der Kurse an der Wall Street. In fünf Jahren hatte sich der Dow Jones Index verdreifacht und eine riesige Masse an "einsturzgefährdetem Material" mußte sich früher oder später absetzen. Im Verlauf weniger Stunden stürzte der Index um 22%, eine Masse von schätzungsweise 800 bis 1000 Mrd.\$ an Reichtümern wurde vernichtet. Sofort erschien wieder das Bild von 1929 mit den Reihen um eine Suppe anstehender Arbeitslosen und einer Arbeitslosenrate von 25% im Herzen des Weltkapitalismus, nachdem die Börsenkurse am damaligen "Schwarzen Donnerstag" um kaum 12% gefallen waren.

Innerhalb von 24 Stunden erreichte der Sturz alle Weltbörsen, ein unmißverständliches Zeichen für die nunmehr eingetretene Weltintegration des "Finanzdorfes", und für einen neuen, gleichermaßen schlimmen Aspekt der unheimlichen Kraft der Informationstechnologie. In der Weltwirtschaft gibt es keine Schotten. Jede mögliche Störung wirft einen Erdstoß vom Epizentrum bis zur Semiperipherie und Peripherie des Imperiums zurück, das durch dessen Regulierung die unseligsten Folgen erleidet.

Innerhalb weniger Wochen hat eine riesige Papierflut eingesetzt, Analysen, Vermutungen und Zukunftsprognosen werden erstellt über das, was den Kapitalismus erwartet. Wie durch ein Wunder sind bei der Linken die katastrophalsten Zusammenbruchstheorien wieder zu neuem Leben erweckt worden, nebst einer gemäßigeren, aber im wesentlichen ebenfalls zufriedenen Haltung der Genossen, die in diesem Crash die Bewahrheitung des unauflöselichen Zusammenhangs zwischen Papierwirtschaft und Realer Ökonomie sehen. Wenn auch dieser Standpunkt feste Grundlagen hat und ernsthaft gebilligt werden kann, müssen wir sagen, daß uns die empirische Analyse der Realität nicht immer in dieser Gewißheit bestätigt. Die enorme Finanzierung der Wirtschaft der 80er Jahre mit ihrer gewaltigen Produktion von nicht reinvestiertem Profit löst die tatsächlichen Probleme des Akkumulationsprozesses nicht. Die Börsen hätten genausogut vor oder nach dem 19. Oktober zusammenbrechen können und nichts erlaubt uns zu denken, der Sturz sei unvermeidlich gewesen. Die Seifenblase der Spekulation kann mächtig wachsen, bevor irgendeine Stecknadel dafür sorgt, daß sie durchstochen wird. Deswegen kann man nicht alles von Galbraith als unrichtig bezeichnen, wenn er behauptet, verantwortlich für die wahre Ursache des Crashes sind ... die Yuppies.

"Es ist ein Verhalten, das ungefähr alle 10/15 Jahre wiederkehrt, wenn in Wall Street eine neue Welle von Investoren ankommt, die sich an nichts erinnern, was vorher geschehen ist. Sie sind imstande zu behaupten, daß sie eine Generation neuer Finanzgenies sind, und die Spekulation beginnt von vorne... Ich würde gewiß lieber eine nach einem "anspruchsvollem Unsinn" strebenden Weisheit in diesem Bereich sehen. Aber ich habe sehr wenig Hoffnung auf eine Änderung. Ich glaube, diese spekulativen Episoden, diese wiederkehrenden Rückfälle in den Irrsinn springen als ein Aspekt des Systems ins Auge."(1)

Die Spekulation hat die Kursnotierungen mit der Profitrate grenzenlos aufgebläht und der Rest ist Werk einer Reihe höchst spitzfindiger jüngst von den Unternehmen und Kapitalbesitzern angewandten Finanzierungsinstrumente, um die bekannten Risiken der allgemeinen Instabilität des Systems abzudecken. Note issuance facilities, eurocommercial papers, swaps, future options entstanden und wuchsen zwischen 1983 und 1986 exponential. Diese Neuerungen in der Finanzierung haben schnell die von den Zentralbanken zur Geldmengenregulierung als Bezugspunkt genommenen Geldanhäufungen aufgebläht. Es ist kein Zufall, daß die Diskussion wieder auflebt, der liberalistische Trend, der diese katastrophale Deregulierung verursacht hat, müsse umgekehrt werden. Das internationale Währungssystem ist mindestens seit Sommer '84 in großer Instabilität, als nur eine massive staatliche Intervention den Zusammenbruch der Continental Illinois National Bank vermieden hatte.

Die turbulente Phase, die im Moment die Devisen- und Finanzmärkte kennzeichnet, bezieht sich also teilweise auf diesen unterschiedlichen Wachstumsprozeß zwischen realer Ökonomie und Papierwirtschaft, auf die lange Phase der ausgeprägten Selbständigkeit zweier Sektoren, die jedoch am Ende der Herrlichkeit notwendigerweise als Teile eines einzigen, hochkomplizierten Mechanismus betrachtet werden.

1 J.K. Galbraith "Die Yuppies waren die wirkliche Ursache des Zusammenbruchs der Wall Street" Mondo Economico 28.12.87

Einige von uns werden am Abend des 19. Oktober dem Niedergang des Yuppie-Mythos zugeprostet haben, da der nun wirklich arrogante, engstirnige und absolut geschmacklose Yuppie die lange Phase des Reagan'schen Hedonismus geschaffen habe, aber leider gibt es nicht viele Anlässe zur Freude. "Wenn zum einen der Mitte Oktober an den Devisenbörsen von New York bis Tokio eingetretene Sturz der Aktienkurse einer unbegründeten Euphorie auf die wundersame Kraft der Finanzwelt im kapitalistischen Entwicklungsprozeß ein Ende gesetzt hat, so hat er andererseits gleichermaßen falsche wie schädliche Interpretationen über den aktuellen Zustand der kapitalistischen Weltwirtschaft eröffnet. Ihnen zufolge gäbe es eine spekulative Finanzwucherung in einem ansonsten gesunden Körper der realen Ökonomie ... In Wirklichkeit ist das Bruttosozialprodukt der sieben wichtigsten Länder innerhalb des Höhepunktes des vorangehenden Wirtschaftszyklus (1979) und der voraussichtlichen Höhe des aktuellen Zyklus (1987) bei konstanten Preisen nur um 2% gestiegen, gegenüber einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 1973 bis 1979 um 3%. Im selben Zeitraum sprang die Zahl der Arbeitslosen von 14 Mio. auf 23 Mio., wodurch die Arbeitslosenquote von 5% auf 8% kletterte, so daß man wieder von einer Massenarbeitslosigkeit im entwickelten kapitalistischen Raum sprechen kann."(2)

Die reale Ökonomie ist also nicht gesund. Wir nehmen uns hier vor:

- die Gründe hiervon im einzelnen zu benennen;
- die Schwierigkeiten, die heute eine stabile Regulierung des kapitalistischen Wirtschaftszyklus behindern, im Kern aufzuspüren;
- uns Fragen zu stellen über die Kategorie "Krise" und ihren Gebrauch;
- die voraussichtlichen Entwicklungen der "Krise" auf politischer und wirtschaftstheoretischer Ebene aufzuzeigen.

Das Gebiet ist außerordentlich heikel und das uns zur Verfügung stehende Handwerkszeug zu schwach, als daß uns diese Vorhaben leicht fallen würden. Wir beanspruchen nicht, den "Krimi" zu lösen; wir begnügen uns damit, einige "Indizien" offenzulegen.

### Die Ursachen des Unbehagens in der realen Ökonomie

#### Das doppelte amerikanische Defizit

Unbestritten hängt die Stärke der Weltwirtschaft von der Entwicklung in den USA ab (ihr Bruttosozialprodukt 1986 von 4235 Mrd. spricht für sich). In den 80er Jahren hat die US-Administration eine Art entschlossen expansiver Wirtschaftspolitik betrieben, die sich auf einen paradoxen militärischen Keynesianismus gründete. Damit wollte sie der US-Wirtschaft eine günstigere Position in der internationalen Arbeitsteilung ermöglichen, indem die alten Sektoren wie Textil, Schwermetall und Automobil verlassen und die Produktion von modernen Waren und Dienstleistungen von der Elektronik/Informatik bis zur Raumfahrt ausgedehnt wurde. Dieser Prozeß mußte durch einen ständig wachsenden Militärssektor gesteuert werden, der heute etwa 40% des Personals aus der wissenschaftlichen Forschung absorbiert. Er ließ auf bedeutende Weise das eigene Ausgabenbudget prozentual zum Bruttosozialprodukt steigen. Der Output der Industrie insgesamt ist zwischen 1979 und 1984 um 8% gestiegen, während Verteidigung und Weltraumindustrie ihre Produktion um 58% erhöht haben. Die Zunahme der Verteidigungsausgaben ist beeindruckend: 1980 120 Mrd.\$; 1985 265 Mrd.\$; 1990 voraussichtlich 355 Mrd.\$ und 650 Mrd. in 1995

Diese gewaltige Abwanderung von Mitteln aus dem zivilen Sektor in den militärischen verursachte auf der einen Seite eine massive De-Industrialisierung aller alten Produktionsstandorte und auf der anderen Seite ließ sie das Bundesdefizit exponential anwachsen. Um dieses Defizit zu finanzieren, wurden in den Staaten enorme nach Verwertung suchende, zirkulierende Kapitalmassen zusammengezogen, und zwar mit einer Hochzinspolitik, die schließlich den Wert des Dollars zwischen 1980 und 1985 sehr hoch getrieben hat. In dieser Zeit ist der Dollar gegenüber den europäischen Währungen um 30% bis 50% aufgewertet worden, was zum Verlust von 1,5 Mio Arbeitsplätzen in den USA geführt hat.

Aber die strukturellen Ursachen, die die amerikanische Wirtschaft umklammert, sind damit nicht angegangen worden, und der hohe Dollarkurs hat letztendlich die internationale Konkurrenzfähigkeit der US-Unternehmen aufs Spiel gesetzt. Die Lohnstückkosten(\*) sind in der Zeit von 1980 bis 1985 in den USA um 12% gestiegen und in der BRD um 31% gesunken. Die unterschiedliche Entwicklung der Lohnkosten zwischen den USA und dem Rest der industrialisierten Welt hat dazu geführt, daß sich das

Handelsdefizit auf über 200 Mrd.\$ aufblähte, während die finanzielle Position(\*) der USA im ersten Halbjahr 1985 zum ersten Mal seit dem Ersten Weltkrieg (das heißt seit 70 Jahren) negativ wurde.

Die USA sind dabei, größter Schuldner der Welt zu werden. Es ist vorauszusehen, daß der Schuldenbestand gegenüber dem Ausland bis zum Ende der 80er Jahre sich auf 900 Mrd.\$ ansammeln wird (die heutige Verschuldung der Dritten Welt beträgt 1100 Mrd.). Die Akkumulation dieses unermeßlichen Defizits könnte nur mit einer kräftigen Erhöhung der Produktivität vermieden werden. Aber das ist seit Jahren der Schmerzpunkt der amerikanischen Wirtschaft.

### Die Frage der Produktivität

"Kein Problem ist für die amerikanische Wirtschaft lebenswichtiger, als das der Produktivität. Die internationale Konkurrenz und der zukünftige Lebensstandard hängen, in absoluten wie in relativen Zahlen, von dieser Größe ab. Das Produktivitätswachstum in den USA hat schrittweise aber beständig abgenommen, von 3,3% zwischen 1948 und 1965 auf 0,8% zwischen 1978 und 1986".(3)

In den anderen Industrieländern setzte Anfang der 80er Jahre ein Kurswechsel ein, während die Beschäftigungsexpansion in den USA (rein quantitativ sensationell mit 14 Mio. Beschäftigten mehr in 15 Jahren) in abnormer Weise die "nicht produktiven" Dienstleistungen ausgedehnt hat, ohne daß dies zu irgend einem Zuwachs an Produktivität führte. Dieses Wachstum, das in außergewöhnlichem Maß die Feminisierung der Arbeitskraft gesteigert hat (von 34% auf 44%) ebenso wie die Rate der mit Jugendlichen besetzten Arbeitsplätze, müßte man eigentlich Sektor für Sektor analysieren, wie selbst Turow es angibt. Sehen wir, was in der Zeit zwischen 1978 und 1985 passiert ist, unter Vernachlässigung derjenigen, die Turow als Arbeiter im Dienstleistungsbereich des Konsums definiert. (siehe Tabelle)

Nach Lohnbuch gibt es 30 Mio. Arbeiter ("blue collars") und 58 Mio. Angestellte ("white collars"). Folglich wird das Gewicht der Angestellten und das, was Turow die Produktivität des Büros nennt, das heißt, die Kombination von Kapital und Arbeit im Dienstleistungsbereich, zur zentralen Frage. Diese Tatsache macht dem amerikanischen Kapital weiterhin Sorgen, da es mit Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität konfrontiert ist, die um das vier- bis sechsfache unter denen seiner industriellen Konkurrenten liegen.

Da sich diese Sackgasse nicht anders ökonomisch rational erklären läßt als durch Verhaltensweisen wie der Verschlechterung des Arbeitsethos, bleibt ihnen nicht anders übrig, als die Aufmerksamkeit auf das Problem der Gestaltung (modellizzazione) der Arbeit im Dienstleistungsbereich zu richten. Hier verflochten sich sehr stark die "Krise der Software" und die zunehmende Komplexität in der gesellschaftlichen Organisation.

"Das Problem ist offenkundig bei der Buchhaltung. Die Zahl der Buchhalter ist um 30% von 1 Mio. auf 1,3 Mio. gestiegen, das <Sozial->Produkt stieg in derselben Zeit um 16%. Die Computer haben die Buchhaltung effektiver gemacht, aber diese Effizienz ist nicht zur Reduzierung der Buchhalter benutzt worden, sondern zur Erhöhung der Häufigkeit und der Arten von Buchhaltung. Während die Rechnungen früher alle drei Monate zusammengestellt wurden, werden sie jetzt täglich verlangt."(4)

Die Krise des Arbeitsprozesses ist nicht mehr Werk des Arbeiterantagonismus, sondern der inneren Schwierigkeiten des Systems, ein Wachstumsmodell der Produktivität funktionieren zu lassen, das keine dauerhaften Unterbrechungen kennt. Die Ausweitung des tayloristischen Modells auf Sektoren von Arbeit, die nur schwierig zu "modellieren" sind, treibt die Kosten für die Software in die Höhe und blockiert letztendlich den Mechanismus. Diese Dynamik (die für das Kapital und für sein langfristiges Überleben eindeutig entartet ist) ist nicht neu. Zahlreiche Autoren haben sie schon seit längerer Zeit analysiert. Mattick schrieb z.B. 1971:

"... Es handelt sich um zwei Phänomene, die nicht dadurch weniger widersprüchlich werden, daß sie eng miteinander verknüpft sind: das Wachstum der unproduktiven Arbeit und die intensive Anwendung der Wissenschaft in der Produktion. Wenn das letzte den Effekt hat, den Mehrwert zu vermehren, hat das erste dafür den Effekt, ihn zu reduzieren, also die Kapitalakkumulation zu lähmen. Gleichzeitig mit der Erweiterung der Produktion erhöht sich der Teil der unproduktiven Arbeit schneller als der der produktiven, was sehr viel mehr die Verwertung des Gesamtkapitals erschwert. Schließlich muß man, um den Rhythmus der Akkumulation aufrechtzuhalten, während der Anteil der

2 Elvio Dal Bosco "Wird die Wirtschaft von den Finanziers gerettet?" Politica ed Economia, Sept.87

3 Lester Turow "Die Technologie der Ineffizienz" Politica ed Economia, Sept.87

4 Lester Turow, ebenda

unproduktiven Arbeit steigt, die Arbeitsproduktivität erhöhen, und dies ist nur durch die intensivierte Anwendung der Wissenschaft in der Produktion möglich... Sonst stößt sich die Anwendung mit den Grenzen, die dem Zuwachs der allgemeinen Produktivität auferlegt sind, d.h. mit den Grenzen, die der Kapitalverwertung auferlegt sind."<sup>(5)</sup>

### Die Schulden der Entwicklungsländer

Wir sind bei einem weiteren Element der strukturellen Krise der internationalen Finanzstabilität angelangt. Das Problem ist von Riccardo Parboni deutlich umrissen worden:

"Alle diejenigen, die die Ursachen der internationalen Wirtschaftsrezession analysieren, sind sich darüber einig, daß die Verschuldung der Entwicklungsländer ein wichtiger Bestandteil davon ist. Die Verbindlichkeiten der Entwicklungsländer übertreffen 1000 Mrd.\$, und die Zinsen darauf übersteigen 80 Mrd.\$ pro Jahr. Die Verschuldung ist ein rezessiver Faktor, weil die Schuldnerländer dem Druck der Kreditgeber ausgesetzt sind, damit sie wenigstens die laufenden Zinsen zahlen. Der Druck nimmt die Form einer auferlegten rezessiven Wirtschaftspolitik im Rahmen der Neuverhandlungen über die fälligen Schulden an."<sup>(6)</sup>

Folglich sind die Entwicklungsländer gezwungen, einen Handelsüberschuß zu realisieren, der jetzt etwas mehr als 50 Mrd.\$ pro Jahr beträgt und 60% der Zinslasten deckt. Für die Weltwirtschaft bedeutet dies einen kräftigen deflationären Schub, da die Zahlungen bei den Multis, den Banken und Rentiers landen, die davon nur einen winzigen Teil in den Zyklus zurückschleusen.

"Die Kreditbanken sind dabei, sich langsam aus der von ihnen selbst geschaffenen Finanzkatastrophe der Dritten Welt zurückzuziehen, während die ganze Last auf die Völker und auf die Volkswirtschaften der Schuldner abgewälzt wird."<sup>(7)</sup>

Dieser Teufelskreis bestimmt einen innersektoralen Konflikt im Innern der westlichen Industrieländer. Wegen der Rigidität der westlichen Banken in der Frage der Schuldentilgung sehen deren Exporteure das Aufnahmevermögen von potentiellen, riesigen Märkten (an erster Stelle Lateinamerika) verschwinden. Auf politischer Ebene läuft der Konflikt zwischen den verschuldeten Entwicklungsländern und der westlichen Finanzwelt mit zahlreichen Stellungnahmen zugunsten einer Schuldenannullierung (Castro, Alan Garcia, Cartagenagruppe, US-Bischöfe usw.) auf eine Kraftprobe hinaus. Der von den Banken eingeschlagene Weg scheint in Richtung einer Umwandlung der Schulden in Aktienbeteiligungen an produktiven Unternehmen der Entwicklungsländer zu gehen, was sich als neue, schleichende Rekolonialisierung auswirkt. Gerade der gescheiterte Baker-Plan zielte darauf, die Nachfragefähigkeit der Entwicklungsländer nach Exporterzeugnissen aus dem Zentrum des Imperiums anzukurbeln. Die neue internationale Wirtschaftsordnung, über die man seit wenigstens 20 Jahren in den Analysen zur Unterentwicklung diskutiert, ist ferner denn je. Und gerade in der Peripherie zeigt sich der gewaltsamere Charakter des Systems der Regulierung der Weltwirtschaft (Brotrevolten in Tunesien, Marokko und Ägypten, Krise des Marcos-Regimes, Krise des Duvalierismus auf Haiti, Desaster in Argentinien, Chile, Brasilien und Mexiko usw.).

### Die Regulierungskrise der Weltwirtschaft

"Schon im ersten Kapitel im ersten Band des 'Kapital', definiert Marx die sogenannten 'formellen' Möglichkeiten der Krise, die in der Trennung und im Gegensatz zwischen Kauf und Verkauf und in der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel, d.h. im weiteren Auseinanderfallen in zwei Momente liegen. In Mark und Pfennig ausgedrückt: nichts in der kapitalistischen Produktionsweise garantiert, daß die hergestellte Ware dann auch verkauft und daß daher der Mehrwert realisiert wird, daß sich das Kapital verwertet und daß der Gesamtprozeß der Akkumulation nicht endgültig stillsteht. Den Kapitalismus regulieren heißt sehr schematisch, die Bedingungen zu schaffen, damit dies nicht geschieht, und wenn es geschieht, damit der Bruch an diesem Punkt nicht um sich greift, oder wenigstens sich nicht soweit ausdehnt, daß der Wiederaufschwung verunmöglicht wird."<sup>(8)</sup> Das wirtschaftliche Auf und Ab der 80er Jahre (und vielleicht auch der nach '71) könnte meiner Ansicht nach als eine wachsende Er-

5 Paul Mattick "Arbeitsteilung und Klassenbewußtsein" in: Rebellen und Renegaten, 1976

6 Riccardo Parboni: "Eine Schuld nur Neukolonialisierung der Dritten Welt" *Politica ed Economia* Juli/August 87

7 Riccardo Parboni, ebenda

8 "Krise und real existierender Kapitalismus"; unveröffentlichtes Papier der Turiner Gruppe, Januar 86

weiterung des Zinsgefälles unter den bereits rigider hierarchisierten kapitalistischen Territorien gedeutet werden, als Suche nach neuen Gleichgewichten, als Kampf zur Wiederherstellung einer Vormachtstellung oder eines Systems regional vereinbarter Hegemonien, als Zunahme der "Deregulierung".

"In der Deregulierung tauchen die innerkapitalistischen Widersprüche auf, die in den früheren Phasen einen provisorischen Ausgleich gefunden hatten. Jede kapitalistische Gruppe muß daher alle Anstrengung auf die schnellstmögliche Erhöhung ihrer Kraft richten angesichts der bevorstehenden Auseinandersetzung, in der die Kräfteverhältnisse neu festgelegt werden."<sup>(9)</sup>

Im Kampf zwischen den starken Zonen des Weltsystems (USA, Europa, Japan) können wir zwei Phasen unterscheiden: die von 1981 bis Anfang 1985 und die von Anfang 1985 bis in unsere heutige Zeit. Im ersten Zeitraum versuchten die USA, den Zyklus mit der *suppliside* (Befreiung der Wirtschaft vom Steuerdruck) anzukurbeln. Sie hängt mit einem riesigen militärischen Keynesianismus zusammen. Solch eine Kombination mußte zwangsläufig ein enormes Bundesdefizit schaffen, um sich durch eine starke Auslandsverschuldung, was nur über hohe Zinssätze ging, zu finanzieren. Was zählte war, die Inlandsnachfrage wieder zu erhöhen. Die USA haben begonnen, "über ihre eigenen Verhältnisse" zu leben. (siehe Tabelle)

Die starke Wiederbelebung der Nachfrage in den USA hat im wesentlichen ihren Konkurrenten Vorteile eingebracht, v.a. der BRD und Japan. Während das US-Handelsdefizit auf über 200 Mrd.\$ stieg, betrug der Überschuß der BRD 1985 13 Mrd.\$ und der von Japan 50 Mrd.\$. An diesem Punkt wurde es untragbar, den Dollarkurs hochzuhalten. (siehe Tabelle)

Mit dem Wechsel im Schatzamt und dem Eintritt Bakers hat sich die Politik der USA gewandelt. Der freie Markt hatte nunmehr zu viele Schwierigkeiten bereitet und brauchte eine Politik kräftiger Staatseingriffe im Wechselkursfixing und in der Leitung der internationalen Wirtschaft. Ab Februar beginnt der Dollar zu fallen, im Juni 1986 hatte er bereits 40% seines Werts verloren, Ende 1987 wäre die 50%-Marke erreicht und überschritten worden. In den folgenden internationalen Meetings (Hotel Plaza in New York September 1985, Tokio Mai 1986, Louvre Februar 1987) gab es zu diversen Schwerpunkten immer eine Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen Zonen, irgendjemandem die undankbare Aufgabe zu erteilen, die Wiederbelebung der Weltnachfrage voranzutreiben. Es war schon immer die Absicht der USA, Japan und die BRD zu einer expansiven Politik zu drängen. Dieser Druck hat nie nennenswerte Resultate gebracht und die Erklärung Bakers, die die Wall Street Mitte Oktober kapitulieren ließ, war nichts anderes als eine Beschleunigung und Verstärkung dieser Auseinandersetzung; ein entschlossener Übergang <der USA> zur "harten Linie", nachdem alle von ihren Konkurrenten eingegangenen Verpflichtungen systematisch mißachtet worden waren.

Für das US-Kapital ist es nicht tragbar, alleine die Aufgabe zu übernehmen, den Zyklus wiederanzukurbeln und sich die erheblichen Lasten und Risiken (der Inflation) aufzubürden, um erneut zu einer Hegemonie im Weltmaßstab zu gelangen - was heute mehr denn je schwierig und unsicher ist. Die größte Auseinandersetzung findet logischerweise mit Japan statt. Der japanische Verarbeitungsüberschuß(\*) hat sich in der Zeit von 1973 bis 1983 verfünffacht und ist chronisch geworden.

"In den '80er Jahren hatte dieses Wachstum negative Auswirkungen auf die übrige Welt, weil die Entwicklung des Welthandels mit Fabrikzeugnissen stockte: die Weltexporte sanken von 1980 bis 1983 von 1095 auf 1057 Mrd., während die Exporte von 122 auf 140 Mrd.\$ stiegen. ... Ihnen zufolge (gemeint sind europäische und amerikanische Experten) ist das japanische Konsum- und Arbeitsmodell grundlegend verschieden von dem der anderen Länder, und die Ungleichheit müßte zwecks Angleichung behoben werden. Die Japaner investieren zu wenig in den Wohnungsbau, in die soziale Infrastruktur und in den Umweltschutz. Sie besitzen ein rudimentäres Sozialfürsorgewesen, das sie zwingt, zu hohe Personaleinsparungen vorzunehmen, die die Binnennachfrage drücken. Schließlich ... arbeiten sie zu viel und haben eine übertriebene gesellschaftliche Disziplin."<sup>(10)</sup>

Der Druck der USA blieb immer gemäßigt, um zu vermeiden, daß japanisches Kapital aus dem amerikanischen Markt flüchtet - er beginnt jetzt, Früchte zu tragen. Der riesige japanische Markt öffentlicher Aufträge öffnet sich gerade den amerikanischen Unternehmen, z.B. für den Bau des neuen Flughafens von Osaka. Auch nicht mehr Erfolg hatte bisher der Druck auf den europäischen Pol, wo die historische deutsche Abneigung gegenüber einer auch noch so lächerlichen Erhöhung der Inflation,

9 ebenda

10 Riccardo Parboni "Der chronische japanische Überschuß"; *Politica ed Economia* Okt.85

sich mit einer unversöhnlichen Verteidigung des Wechselkurses der Mark paart, der als Symbol für Prestige, Glaubwürdigkeit und internationale Stärke eines durch das Ende des Zweiten Weltkriegs politisch unterdimensionierten Landes gesehen wird.

"Mit Befriedigung ist das Louvre-Abkommen vom Februar 1987 als ein Zeichen der Fortsetzung der internationalen wirtschaftlichen und währungspolitischen Zusammenarbeit aufgenommen worden, die mit dem Plaza-Abkommen vom September 1985 eingeleitet wurde. Ich glaube, daß diese Interpretation vollkommen verfehlt ist und daß die Kooperation unter den fünf Großen provisorischen Charakter hat und dazu dient, die Dollarkrise zu stopfen. ... Letztendlich wurden in Paris die Schwierigkeiten in der weltweiten makroökonomischen Koordinierung nicht gelöst, und es hat keine Fortschritte gegeben. In der Zwischenzeit versucht Europa, sich aus den Beziehungen zu den USA zu befreien, die sowohl durch ihre internationalen und internen als auch durch die Schulden der Entwicklungsländer überlastet sind. Die USA haben gegenüber Europa keine wirtschaftlichen Waffen mehr ... Unterdessen ist Europa auf der Suche nach neuen Gebieten, mit denen es profitable Austauschbeziehungen knüpft. Im vergangenen Januar wurde das Generalabkommen zur Zusammenarbeit von EWG und RgW abgeschlossen, und im Februar hat der deutsche Außenminister Genscher ... die neue "Ostpolitik" gestartet. Die Lösung der Weltwirtschaftsprobleme, die über die Regionalisierung der Wirtschaftsbeziehungen verläuft, hat bemerkenswerte Fortschritte gemacht."(11)

Sind also die Bildung eines selbständigen europäischen Pols EWG-RgW und der ähnliche Prozeß im pazifischen Raum, der auf Japan basiert, die Szenarien, die uns in Richtung der 90er Jahre erwarten? Die BRD und Japan akzeptieren es nicht, mit einer expansiven Phase anzufangen, und vor allem räumen sie der US-Wirtschaft keine erleichternde Waffenruhe ein. Die USA drohen als Antwort darauf mit einer neuen Dollarentwertung. Der Ring ist frei für die Kontrahenten, und der Imperialismus ist dabei, sich zu definieren.

#### Kritik am Gebrauch des Begriffs "Krise"

An diesem Punkt stellen sich (einige) natürlich vor, die Intensivierung des innerkapitalistischen Konflikts sei irreversibel und das mehr oder weniger schnelle Einmünden in eine Situation von "Krise" unvermeidlich. Hier sind wir, unsere Stunde ist gekommen, Proletarier zum Aufstand! Einem Kapitalismus in der Krise braucht man nur noch den Gnadenstoß zu geben. Es mag vielleicht nützlich sein, auf Wallerstein zurückzukommen, wo er sagt: "Ich werde den Begriff Krise benutzen, um mich auf einen seltenen Umstand zu beziehen, einen Umstand, in dem ein historisches System sich bis zu einem solchen Punkt entwickelt hat, daß der kumulative Effekt seiner inneren Widersprüche es diesem System unmöglich macht, seine Probleme zu "lösen", indem es seine institutionellen Strukturen "anpaßt". Eine Krise ist eine Situation, in der das Verschwinden des existierenden historischen Systems sicher ist und die deswegen anhand einer konkreten historischen Alternative jene institutionellen Strukturen enthüllt, die in ihr bereits vorhanden waren"(12).

Auch wenn es immer angenehm ist, den historisch bestimmten Charakter der gegenwärtigen Gesellschaftsform bestätigt zu hören, so ist es gleichwohl überflüssig zu unterstreichen, daß wir uns aktuell und auf absehbar lange Zeit noch nicht in einer so definierten Krise befinden. Es kann dennoch nützlich sein, nochmal Wallerstein heranzuziehen und mit seinen Worten zu sagen, daß "auf ökonomischem Gebiet der grundlegende Widerspruch in der kuriosen Doppelrolle des Akkumulators von Kapital liegt... Er muß auf der einen Seite versuchen, die Kosten zu reduzieren und die Preise zu erhöhen, auf der anderen Seite muß er eine größere effektive Nachfrage schaffen und eine Kooperation mit den konkurrierenden Unternehmern, um die Zerstückeltheit der ökonomischen Aktivität zu begrenzen (die sowohl aus der Unruhe der Arbeiter wie aus der "nicht-ökonomischen" Rivalität zwischen den Staaten kommt). Das stellt einen Widerspruch dar. Der Akkumulator von Kapital muß die Kosten der Arbeitskraft sowohl verringern wie erhöhen; er muß mit den anderen Akkumulatoren von Kapital sowohl kämpfen als auch kooperieren. In der Tat reibt sich der Widerspruch auf lange Sicht von selbst auf."(13).

11 Riccardo Parboni "Das Mißgeschick des Dollars und der europäische Wiederaufschwung" *Politica ed Economia* Apr.87

12 Immanuel Wallerstein "Typologien der Krisen im Weltsystem Beitrag auf dem NST-Symposium vom 5.-7. Nov.84; in: *Marx* 101 Nr.6

13 Wallerstein, ebenda

Und weiter: "Seit dem Ersten Weltkrieg und der russischen Revolution, mit einer starken Beschleunigung nach 1945 haben sich auf der einen Seite die ökonomische Tendenz, alles in Ware zu verwandeln (was darin gipfelt, daß es keine äußeren Gebiete mehr gibt, in die man sich ausdehnen könnte) und auf der anderen Seite die politische Tendenz zu einer auf lange Sicht doppelten Verdichtung <Verringerung> der Profitraten miteinander vermischt und die Situation herbeigeführt, die wir als 'Krise' der kapitalistischen Weltökonomie bezeichnen."(14)

Im Innern dieser Geschichte "von langer Dauer" müssen wir diese neue Rezession ansiedeln, die achte seit dem zweiten Weltkrieg. Die Vorzeichen dieser Tiefphase des Zyklus waren seit einiger Zeit alle da: "Die Voraussagen für die 'nächste' Rezession waren, wenn wir so wollen, schon 1986 offensichtlich, wenn auch, wie immer, aus der Distanz die Betroffenen andere waren wie die Länder der Dritten Welt. Die gegenwärtige ökonomische Krise hat begonnen mit der Reduzierung der Profitrate Mitte der 60er Jahre und mit der europäischen Rezession von 1967 ... Keiner der zyklisch folgenden Wiederaufschwünge hat den jeder Rezession vorausgehenden Wert wiederhergestellt. Kurz gesagt haben sowohl die Hoch- wie die Tiefphasen des Gebrauchs der produktiven Kapazität eine deutliche Tendenz nach unten gezeigt, was sich während der gesamten Rezession von 1979-82 und dem Aufschwung von 1983-86 fortgesetzt hat. Die Kombination von ungenützten Ressourcen und niedrigen Profitraten hat 1973 zu einem spürbaren Rückgang des Investitionsindex geführt, der bis 1978 nicht mehr angestiegen ist und dann auch nur für ein Jahr. Mit der 1979 beginnenden Rezession ist die Investitionsquote wiederum abgesunken. In jeder der Rezessionen von 1967, 1969-70, 1973-75 und 1979-82 war der Rückgang der Investitionen sowohl absolut wie relativ höher als in der vorhergehenden... Aus historischer Sicht kann man sie <die Krise der Weltökonomie> als eine strukturelle Überproduktionskrise betrachten."(15)

Deshalb müssen wir den Begriff Krise vorsichtig benutzen, ihn von Zusammenbruchserwartungen befreien und innerhalb einer historisch gerichteten Tendenz ansiedeln, die jedenfalls nicht all zu viel Raum für den Determinismus läßt. Die Initiative von Arbeiterseite darf darin nicht unterbewertet werden.

#### Politik und ökonomische Theorie in der Phase der Krise

Eins der ersten Themen auf den Titelblättern der Zeitungen nach dem 19. Oktober war das Gespenst von 1929. Damals hatte ein vertikaler finanzieller Zusammenbruch die verheerendste weltweite Rezession einer Wirtschaft ausgelöst, die man noch zwei Monate zuvor für gesund gehalten hatte. Der Liberalismus war zerstört daraus hervorgegangen und die keynesianische Intervention des Staates, sei es als New Deal oder als nazistische Wiederbewaffnung, hatte das Überleben des Systems ermöglicht.

Seit damals hat sich die Wirtschaftstheorie um vieles weiter entwickelt, und heute kann das Kapital über eine ganze Reihe von Instrumenten zur Stabilisierung des Wirtschaftszyklus verfügen. Einer der glänzendsten Analytiker der Finanzkrise ist Hyman Minsky, der seit 1962 in einer Reihe von Aufsätzen, die später in dem Band "Can it happen again?" gesammelt erschienen, die grundlegenden Unterschiede zwischen der heutigen Situation und der von 1929 beschrieben. Den Ursprung des Zyklus finanzieller Instabilität sieht er Mitte der 60er Jahre:

"In dem Maße, wie sich nach und nach das immer größere Gewicht der sukzessive vom privaten Sektor zusammengezogenen Schulden auf das Finanzsystem anhäufte, wuchs auch die Anfälligkeit der Finanzwelt gegenüber äußeren Schocks. So entwickelte sich bei ihrem ersten Auftreten die Wirtschaft in Richtung des Stadiums von Konfusion, in dem sie sich noch heute befindet."

Dennoch hat sich nach '45 keine schwere Depression eingestellt, weil es drei wesentliche Unterschiede zu 1929 gibt:

1) die relative Dimension des öffentlichen Sektors ist unendlich größer. Dies führt allerdings zu einem viel höheren Defizit, wenn sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert.

2) die Verschuldung des Staates ist sehr hoch und vergrößert sich schnell, wenn der Haushalt ins Defizit gerät.

3) die Zentralbank ist bereit, sofort als Ausleiher in letzter Instanz zu intervenieren, immer dann wenn sich die Drohung einer Finanzkrise zeigt.

14 Wallerstein, ebenda

15 Andre Gunder Frank "Die weltweite Wirtschaftskrise: rückblickende Wertung und Perspektiven" *Marx* 101, Nr.6

All diese Instrumente wurden sogleich aktiviert nach dem schwarzen Donnerstag: Die Federal Reserve hat das System mit der gesamten Liquidität ausgestattet, die nötig war, um die Quotierungen über dem Schutzlevel (livello di guardia) zu halten, die Zinssätze sind weiterhin gesunken, und die harten Finanzoperationen zur Reduzierung des strukturellen Defizits sind auf die Jahre 1989-90 verschoben worden. Man wird versuchen, den Beginn der akuten Rezession auf Ende '88 (nach den Präsidentschaftswahlen) zu verschieben, und in der Zwischenzeit wird man versuchen, expansive Politiken auf die überschüssigen Wirtschaften anwenden zu lassen.

Auf theoretischer Ebene werden die keynesianistischen Interessen neuen Zulauf <respiro> bekommen und man wird sich wohl davor hüten, die klassischen Instrumente, die sich bei anderen Gelegenheiten bei der Bewältigung der Krise bewährt haben, ins Meer zu werfen. Der politische und soziale Preis der neuen rezessiven Phase wird wie immer nach unten abgewälzt werden, auf die weltweiten ökonomischen Peripherien und auf die Lohnabhängigen in den Ländern des entwickelten Kapitalismus. Es wird nicht automatisch zu einem sozialen Widerstand gegen den vom kapital gesetzten wirtschaftlichen Rahmen kommen. Das Problem, mit dem die Klassenopposition zu tun hat, ist genau dieses: der bürgerlichen Wirtschaftstheorie gelingt es, in jeder Phase der Krise Ritzern von Ausweg und Überwindung nach vorne auszumachen, und so immer wieder die eigenen Widersprüche auf die folgenden Phasen zu verschieben. Diese neue Krise wird aufgrund des Pathos bei ihrem Ausbruch und der harten Konsequenzen ihres Fortgangs wahrscheinlich als Effekt einen bedeutenden qualitativen Sprung in der Leitung und der Stabilisierung des Zyklus hervorbringen, wenn auch nicht auf einer Ebene, die 1929 und den darauf folgenden Jahren vergleichbar wäre. Die Intervention des Staates beim Stabilisieren der Masse der Profite auf mittel- und langfristige Sicht wird über einen wahrscheinlich noch raffinierteren Instrumentenapparat verfügen können.

Was wird auf gesellschaftlicher Ebene passieren?

"Ein Vergleich zwischen den gesellschaftlichen Reaktionen auf die aktuelle Krise und auf die Krise der 30er Jahre ist äußerst lehrreich. Die Krise der 30er Jahre hatte zu ernsthaften politischen Polarisierungen geführt: Faschismus oder Volksfront. In unserer Krise sehen wir im Gegenteil, daß sich die Linke und die Rechte (im parlamentarischen Sinn) noch weiter annähern in ihrem Konzept, den Übergang zu einem höheren Entwicklungsstadium der Produktivkräfte anzuleiten." (16)

In vorausgegangenen historischen Phasen war es der marxistischen Wirtschaftstheorie und dem proletarischen Handeln gelungen, den stabilisierenden Eingriff des Staates einer radikalen Kritik zu unterziehen, dann das tayloristisch-fordistische Entwicklungsmodell zum eigenen Nutzen zu forcieren, das dessen Entfaltung erlaubte, wodurch überall ein Wohlfahrtssystem errichtet wurde.

Heute hingegen hat man den Eindruck, daß uns die angemessenen Instrumente fehlen, um in aktuellen Begriffen die Grenzen der gemischten Wirtschaft zu analysieren, während das Kapital noch auf der ermüdenden Suche nach einem neuen technologischen Zyklus ist, der die Gesamtentwicklung ziehen könnte.

Es gelingt uns kaum, die Wirtschaftspolitik zu kritisieren. Wie können wir zur Kritik der politischen Ökonomie kommen?

## GELD, WÄHRUNG, KLASSENKAMPF

USA 1977-1988

### A. Einleitung

Oberflächlich von ihrer Wirkung, ihrem Mechanismus aus betrachtet unterscheiden sich die verschiedenen Standards, die verschiedenen Währungssysteme darin, wie das Kapital die Zahlungsbilanz gegen die Klasse einzusetzen versucht.

Während der Goldstandard die beiden Klassen durch die Priorität des Zahlungsbilanzausgleichs gleichsam aneinanderkettete, bildete Bretton Woods und das gesamte IWF-Kreditsystem dahingehend die Grundlage für den Keynesianismus, daß das Ausweichen vor der Klasse, die Ausdehnung des Kapitalverhältnisses in die Vergesellschaftung der Arbeit, ausgedrückt im Zahlungsbilanzdefizit, kreditiert wurde.

Innerhalb des Goldstandards war das Kapital zur permanenten Gegenoffensive gegen den Klassendruck gezwungen, da alle ihm von den Kämpfen beigebrachten Defizite, zur Verringerung der nationalen Geldmenge führten. Dies wiederum zwang die Einzelkapitale erneut zum frontalen Angriff, zur Ausdehnung des absoluten Mehrwerts.

Ogleich es den vollkommen reinen Goldstandard nie gab, deutlichster Ausdruck dafür waren die Kolonien, in die die avantgardistischen Fraktionen des Kapitals immer wieder auswichen, war der Goldstandard Ausdruck wie Durchsetzungsmechanismus der (Phase der) absoluten Mehrwertabpressung in alle Fasern der Verwertung.

Die Krise, in die die Klasse das Kapital Ende der 20er Jahre trieb, rührte daher, daß das Kapital in den Metropolen "kein Geld hatte", um überhaupt an ein Ausweichen vor dem Klassendruck zu denken, da eine Kreditierung dieses Ausweichens unmöglich war, und daß sein Ausweichen über den Imperialismus von den peripheren Klassensegmenten in massenhaften Aufständen in die Krise getrieben worden war, Beispiel Deutschland durch die Kämpfe in den östlichen Gebieten.

Die Kreditierung der Zahlungsbilanzdefizite im System von Bretton Woods basierte auf drei Voraussetzungen, ohne deren Erfüllung das ganze System zusammenbrechen mußte:

- \* Das Kapital akzeptiert den Klassenwiderstand gegen die Arbeit, um ihn zum Motor seiner eigenen Entwicklung zu machen.

- \* Die Klasse akzeptiert die Geldform und drückt ihre Bedürfnisse in Geld aus.

- \* Die Klasse ist bereit, ihre Bedürfnisse an ihre Produktivität in der Verwertung zu koppeln.

Wie Geld erstmal nichts anderes ist als ein Äquivalent für Waren, die die Arbeiterklasse produzieren soll, so ist die Geldform nichts anderes als ein Äquivalent für das Kapitalverhältnis, das von der Klasse in der Verwertung reproduziert wird.

Solange das Geld als Kommando über die Arbeit von der Klasse anerkannt wird, kann die Geldmenge das von der Klasse produzierte Wertäquivalent um ein vielfaches übertreffen, ohne mit der Verwertung zu kollidieren. Geld an sich ist aber noch nicht Kapital. Zu Kapital wird es erst, wenn es die einfache Zirkulation verläßt, das heißt nicht einfach verkonsumiert wird, von welcher Klasse auch immer. Erst wenn es die Arbeiterklasse in der Produktion dazu zu bringen, den Geld-Vorschuß (materialisiert in Produktionsmittel und Arbeitskraft) zu verwerten, wird es Kapital. Das vom Wert gelöste Geld, der vorgeschobene Anspruch auf Verwertung kommt jedoch dann vollkommen ins Schleudern, wenn die Klasse sich weigert, ihre Ansprüche in Geld zu artikulieren oder an die Arbeit zu koppeln. Dann verwandelt sie den kreditierten Anspruch des Kapitals auf Verwertung in Klasseneinkommen.

Als der enorme Liquiditätsbedarf Anfang der 70er Jahre, der von der Flucht des Kapitals vor der metropolitanen ArbeiterInnenklasse herrührte, die garantierten Währungsparitäten sprengte, so hatte dies nichts mit einem Abschied des Kapitals von der Verwertung zu tun.

Mit der Loslösung von den nationalen Zentralbanken über den Eurodollarmarkt sucht sich das transnationale Kapital ein, neues Instrumentarium zur Durchsetzung seiner Gesetzmäßigkeiten zu rechtzulegen. Das Wertgesetz aber verschafft sich an dem Punkt immer wieder Geltung, beispie-

weise durch einen Crash, an dem die Akkumulation über eine längere Periode jenseits der Verwertung hohldreht und der Kredit nicht anderes ausdrückt als das, was er augenblicklich ist - Papier.

Ende der 70er war es dann soweit. Gleichsam als Notbremsung vor der Verweigerung und den Kämpfen der Klasse, blockierte der über den Euromarkt transnationalisierte Kredit die von den Klassenforderungen vorangetriebene Kapitalentwicklung, die sich mehr und mehr als Akkumulation von Nicht-Arbeit darstellte, ein hohler Anspruch auf Kommando.

Mit dem Übergang zum Floaten verläßt das Kapital den Automatismus der durch Defizite forcierten Vergesellschaftung von Arbeit und gebraucht den über den Euromarkt transnationalisierten, von den Zentralbankgeldmengen vollkommen losgelösten Kredit "diffenziert". Der jeweiligen Situation des Klassenkampfes nach versucht es, ihn an Bedingungen, Projekte, Maßnahmen zu knüpfen, um so das Kommando über die Arbeit wiederherzustellen.

Auf der anderen Seite bildete das Floaten die Voraussetzung für das auf den ersten Blick vollkommen paradox erscheinende Instrumentarium der Hochzinspolitik in den USA, die Einengung der nationalen Geldmenge vermittels von dieser vollkommen losgelösten Liquidität. Über dieses monetäre Instrumentarium war es dem Kapital möglich, die Klassenforderungen nach Konsum zum Motor eines Binnenbooms in den USA zu machen und zugleich die Reallöhne kontinuierlich über Jahre nach unten zu drücken.

Scharnier dieses Binnenbooms war die direkte Anbindung des Klassenkonsums an den transnationalen Kredit, die Verschuldung der US-amerikanischen Arbeiterklasse irgentwo zwischen 1,5 und 2 Billionen Dollar.

Das hunstvoll zusammengezimmerte Instrumentarium muß jedoch an dem Punkt vollkommen ins Schleudern kommen, wo auf der einen Seite die Klasse den Kredit nicht mehr ernst nimmt, weil sie so verschuldet ist, daß es offensichtlich absurd erscheint, für die Rückzahlung zu ackern, da es eine Rückzahlung nicht mehr geben kann. Auf der anderen Seite muß der Kredit in Schleudern kommen, wenn er die Fortsetzung der Ausdehnung der absoluten Mehrwertabpressung nicht mehr ( wie es seine Funktion bis 1985 war ) tragen kann, weil sich die Klasse nicht mehr mit Krediten zufriedengibt und mehr Lohn haben will. Mit diesem seit etwa 1985 verstärkten Klassendruck sah sich das Kapital in den USA konfrontiert.

Seit dem Plaza-Abkommen im Herbst 1985 versucht das Kapital mit verschiedenen Maßnahmen und Mechanismen, auf die ich später genauer eingehen werde, einen Richtungswechsel der Geld- und Kreditströme zu bewirken:

weg von der Kreditierung des Konsums der US-amerikanischen Arbeiterklasse, hin zu einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals in den USA.

Dies alles bedeutet jedoch weder eine Rückkehr des Kapitals zum Keynesianismus, aus dem einfachen Grund, weil es diesen niemals verlassen hat. Vielmehr bildete der Keynesianismus die Grundlage dessen, was man so weitläufig als Monetarismus bezeichnet. Ebenso wenig bedeutet diese Erhöhung der Produktivität in den USA eine Restauration der USA als alter/neuer Hegemonialmacht. Dreh- und Angelpunkt der neuen Richtung der Geld- und Kreditströme ist eine vollkommene Umstrukturierung der globalen ArbeiterInnenklasse über riesige Binnenmärkte, ist ein Abschied von der alten Abschöpfung über den Außenhandel.

Jedoch konnte das Kapital diesen Richtungswechsel weder über die relative Stabilität des Louvre-Abkommens noch über den Crash im Oktober durchsetzen, da hierfür eine grundlegende Voraussetzung wäre, daß das Kapital die ArbeiterInnenklasse in den USA dazu bringt, ihren Konsum einzu-

schränken. An ein derartiges Abbremsen denkt die US-amerikanische ArbeiterInnenklasse augenblicklich jedoch nicht.

## B.1977 bis 1979

Die Klassenkämpfe im Trikont waren auf jeden Fall ein zentrales Angriffsziel dessen, was so allgemein etwas irreführend als Schuldenkrise bezeichnet wird. Die iranische Revolution, die Revolution in Nicaragua, sowie die in Zimbabwe waren nur die spektakulärsten Ausdruckformen dieser Kämpfe.

Dennoch wurden durch die Globalität, die sich nicht vermeiden ließ, eine Reihe nationaler Klassen-segmente erneut frontal angegriffen, die zwar nach wie vor starken Widerstand leisteten, gegen die das Kapital jedoch militärisch bis zum Ende der 70er Jahre eine beträchtliche Erhöhung der Profitraten wieder durchgesetzt hatte, beispielsweise in Chile.

Daß sich diese Globalisierung des Angriffs über den Terror des Kredits nicht vermeiden ließ, lag an der zweiten zentralen Form, die das Kapital zu eröffnen gezwungen war, dem frontalen Angriff gegen die metropolitane Arbeiterklasse.

Dem differenzierten Angriff, den das Kapital über die Goldversteigerungen des IWF 1976 gegen die Avantgard der europäischen ArbeiterInnenklasse in Italien als Austerität durch Deflation durchsetzen wollte, hatte die Klasse in Italien durch die Kämpfe 1977 schnell ein Ende bereitet.

In der BRD wie der USA hatte das Kapital zwar die offenen Kämpfe einzudämmen vermocht, in der BRD bereits mit der Krise 1974/75, jedoch drückte die Klasse nach wie vor die Löhne immens nach oben und zugleich die Einkommen der Unentlohten.

Das "defizid spending" als Vorschub auf das Kommando über die Arbeit war bereits 1975 vollkommen gescheitert, als die Klasse mit ihren Einkommensforderungen die Staatsverschuldung in der BRD innerhalb von zwei Jahren versechsfachte. Auch die Umgruppierung der Staatsverschuldung bei gleichzeitiger nochmaliger Geldmengenlockerung für einen Investitionsbooms ab 1976/77 nutzte die Klasse nur für die Ausdehnung des metropolitanen "target working":

weder Umschulung noch ABM als Schwerpunkte der umgruppierten Staatsverschuldung noch die Erhöhung der organischen Zusammensetzung konnten den Klassendruck gegen die Profitraten zersetzen.

In den USA beispielsweise hatte die Klasse die Profitraten zwischen 1970 und 1979 halbiert. Zwar hatten die Kämpfe dem Kapital eine Änderung des Mechanismus der Inflation von der Nachfrage/keynesianistischen Inflation hin zur Angebots- engpaßbestimmten Inflation aufgedrängt, jedoch hatte sich weder an Ursache noch am Ziel dieser Kapitalwaffe etwas geändert, dem Ausweichen des Kapitals vor dem Klassendruck, dem Abschöpfen des Lohndrucks über Öl- und Konsumpreise.

Zu mehr Produktivität brachte das Kapital die Klasse, wie ursprünglich konzipiert, durch die Inflation nicht. Der einzige Weg, die Inflation zu bekämpfen, ist die Klasse zu mehr Arbeit bei weniger Geld zu bringen, wie es Business Week bereits 1974 formulierte. Der Kredit war Ende der 70er Jahre erneut ins Trudeln gekommen. Daß es mit einer immensen Ausweitung des Anspruches auf Verwertung nicht getan war, bekam gerade das BRD Kapital massiv zu spüren, das allein am Euromarkt mit 44 Mrd.\$ verschuldet war und damit weit an der Spitze der Verschuldung innerhalb der Metropolländer ( was Unternehmen betrifft ) lag. Eine Umstrukturierung des Kapitalkommandos über das fixe Kapital allein stellt eben noch lange keine Durchsetzung des Kommandos gegen die Arbeiterklasse dar, bestenfalls ist es als eine Art " materieller Wilensbekundung " zu verstehen. Ist aber das kreditierte Kommando nicht gegen die Klasse durchzusetzen, so höhlt die Klasse mit ihrem Verhalten gegen die Arbeit und gegen die Produktivität den gesamten kreditierten Anspruch aus.

Geld ist der Ausdruck von Waren, die die Arbeiterklasse produziert hat oder produzieren soll, das heißt Geld soll Kommando sein, das die Klasse zur Verwertung treiben soll. Ist eine immense Masse von Kredit aber nur Anspruch auf Verwertung, und in absehbarer Zeit keine Verkörperung von Kommando über die Arbeit der Klasse, so sind die "Lockungen" des Geldmarktes mit hohen Zinsen für das Kapital auf Dauer vollkommen uninteressant, denn was da dann lockt, ist im Kern die Schlemmerei

der Klasse, die diese Kredite einfach in Form von Lohnforderungen und Forderungen nach mehr Einkommen ohne Arbeit verspachtelt.

Dies bekam die Carter-Administration bei ihrem ersten Versuch zu die Hochzinspolitik oder eine Hochzinspolitik durchzusetzen, 1978/79 zu spüren. Als Carter 1977 die riesigen US-Schuldenberge, von der US Arbeiterklasse und der Klasse in Indochina beigebracht, durch ein Herunterfahren des Dollar auf die transnationalen Konzerne abwälzen wollte, damit diese sie bei der Arbeiterklasse der anderen Metropolen wie des Trikont eintreiben, untergrub das transnationale Kapital diesen erneuten Versuch, der US-Arbeiterklasse auszuweichen, indem es aus den USA mehr und mehr abfloß.

Aus zwei Gründen war es nicht mehr bereit derartige Manöver der US-Administration zur Aufteilung der Kosten für die Herrschaftssicherung mitzutragen. Zum einen war gerade diese Herrschaftssicherung drei Jahre vorher an der Klasse in Indochina gescheitert und zum anderen waren die Profitraten in den USA von der Klasse in den freien Fall getrieben worden. Und die Klasse dachte überhaupt nicht daran, ihre Ansprüche an Produktivität zu koppeln, geschweige denn, sie einzuschränken.

Um das Kapital dazu zu bewegen, Geld- und Kreditströme wieder in die USA zu lenken, setzte Carter die Zinsen 1978 nach oben und stütze den Dollar mit in der BRD und Japan geliehenem Geld, dessen Volumen das gesamte Defizit der USA überstieg. Diese "Lockungen" gingen den transnationalen Konzernen gerade mal am Arsch vorbei. Das Geld floß nicht zurück, der Dollar fiel bis 1979.

Das Kapital hat eine ganze Reihe von Hebeln, sich für kurze Zeit aus seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten herauszuhebeln, sei es durch Spekulationen, durch Herumschrauben an den Währungen, durch Manipulation von Zinsen oder beispielsweise durch eine immense Ausdehnung der Liquidität des Euromarktes, der, so der fatale Irrtum vieler linker Analysten, mit der Verwertung nichts mehr zu tun hat. Jedoch "nichts ist hier so, wie es aussieht." Dieses Zitat eines Arbeiters von Olivetti aus dem Jahr 1960 ist gültiger denn je.

Wenn das Kapital seine Gesetzmäßigkeiten verläßt, so nur deshalb, weil die Klasse praktisch werden läßt, daß diese Gesetzmäßigkeiten nicht die ihren sind und diese Gesetzmäßigkeiten damit auszuhebeln beginnt.

Bereits Mitte der 70er Jahre hatte der Klassendruck klargemacht, daß es für das Kapital auf Basis des kreditfinanzierten (keynesianistischen) Ausweichens keine Chance gab, Kapitalrentabilität gegen die Klasse wieder durchzusetzen. Die Manipulationen, in denen das Kapital seine Gesetzmäßigkeiten verläßt, haben jedoch nur einen Sinn, diese Gesetzmäßigkeiten auf einer neuen Ebene gegen die Klasse wieder durchzusetzen, oder dies zumindest in Angriff zu nehmen.

Die Carter Maßnahmen von 1978/79 hätten jedoch eine Fortsetzung der Politik gegen die Klasse bedeutet, zu der das Kapital nicht mehr bereit war. Erst als der Federal Reserve Board auf Druck des transnationalen Kapitals im Oktober 1979 eine vollkommene Umstrukturierung der geldpolitischen Steuerungsmaßnahmen ankündigte, mit denen über einen stärkeren Einfluß auf die US-Geldmenge der frontale Angriff auf die Verwertungsbedingungen in den USA eingeleitet wurde, und als sich Mitte 1980 abzeichnete, das über diese Maßnahmen gegen die US-amerikanische Arbeiterklasse die "global besten Produktionsbedingungen" (ein Siemensmanager in Business Week) durchgesetzt werden könnten, war das Kapital bereit, sich auf eine Hochzinspolitik einzulassen.

### C.1980 bis 1985

Ein Kernpunkt des Kapitalprojektes Hochzinspolitik war die Durchsetzung einer neuen Phase der absoluten Mehrwertabpressung gegen die ArbeiterInnenklasse in den USA. 70% des Wirtschaftswachstums der USA resultieren aus dem Wachstum der Bevölkerung in den USA. Seit Beginn der 80er Jahre sank der Produktivitätszuwachs pro Arbeitsstunde kontinuierlich. Die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals wurde durch Zins- und Geldmengenpolitik auf der einen Seite, durch die Steuerreform auf der anderen, die zwar die Spitzensteuersätze auf den niedrigsten Stand der Welt

drückte, zugleich aber sämtliche Subventionen und Abschreibungsmöglichkeiten für Anlageinvestitionen ersatzlos strich, blockiert. Das Kapital ging das Projekt von mehreren Schienen her an.

- Eindämmung der Inflation und damit der kreditierten Lohnerhöhungen, sowie der Möglichkeit für das produktive Kapital, Lohnerhöhungen auf die Preise zu schlagen.

- Durch die Exportkrise, eingeleitet durch den hohen Dollar zu einen, die Vollbremsung der Entwicklung in den Trikont-Submetropolen ( der Hauptadressaten des Yankee-Exports) zum andern, werden in den alten Hochburgen der Klassenstärke Auto, Stahl, Landwirtschaft und Maschinenbau die Löhne 10% " unter Landesdurchschnitt "(ZEIT) gedrückt.

- Über die hohe Verschuldung einzelner Unternehmen seit Mitte der 70er Jahre (in der BRD v.a. bis Mitte der 70er Jahre durch die Kreditfinanzierung von ArbeiterInnenlöhne, danach durch die kreditfinanzierte Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals) diktiert das transnationale Kapital die Umstrukturierung einzelner Hochburgen der Verteidigung des Status quo durch die Klasse. In den USA z.B. der Vergleich und die darauf von dem Ex-Fordmanager Iococka durchgezogene Umstrukturierung von Chrysler, in der BRD beispielsweise der Vergleich und die Umstrukturierung der AEG unter Federführung der Dresdner Bank.

- Unternehmen, die den durch die Erhöhung der Zinsen verteuerten Schuldendienst (z.B. durch Umschuldungen) nicht gegen den ArbeiterInnenruck in der Fabrik durchsetzen konnten, wurden über Konkurs oder Fusion liquidiert, die Zinshöhe wurde zur Marke, an der sich die Kapitalrentabilität, der Profit zu orientieren hatte.

- 1981 wird der Mindestlohn bundesweit bei 3,35 \$ festgesetzt. Auf dieser Marke wird das massenhafte Verweigerungsverhalten der Frauen gegen die eheliche Hausarbeit, wie auch der vermehrte Zustrom illegaler EinwandererInnen zum Herzstück wie Motor der Ausdehnung des absoluten Mehrwerts.

Die Löhne werden in der Bekleidungsindustrie, der Elektronik, der Landwirtschaft wie dem konsumtiven Dienstleistungsbereich in Richtung Mindestlohn gedrückt und dort mehrere Jahre gehalten, während die Arbeitszeit kontinuierlich erhöht wird.

Seit zwei bis drei Jahren wird die Ausdehnung der absoluten Mehrwertabpressung mehr und mehr vom Klassenverhalten blockiert. Neben wieder zunehmenden Streiks (über die ich leider nur sehr undifferenziertes, statistisches Material habe) ist die Klasse bereits seit einigen Jahren dazu übergegangen, die Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitsverhältnisse gegen das Kapital umzudrehen.

In der Automobilproduktion scheitert die Durchsetzung von Rationalisierungsmaßnahmen wie dem "just in time system" immer wieder daran, daß die Zulieferklitschen die MalocherInnen nicht so recht dazu bringen können, das zu produzieren, was von den Konzernen in Auftrag gegeben wurde. So sind die zugelieferten Teile zwar "just in time" am Montageband, jedoch muß die Produktion immer wieder unterbrochen werden, weil hauptsächlich Schrott geliefert wird.

Zwar war es dem Kapital über die Individualisierung der Arbeitsverhältnisse gelungen, die Löhne während des Binnenbooms kontinuierlich zu senken, jedoch war die "Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft "(FAZ) vom Verhalten der Klasse gegen die Arbeit stark demontiert worden. Schuld daran ist laut FAZ eine hohe Fluktuation der ArbeiterInnen aus den Betrieben wie ein hohes Maß an Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit, was zu sehr hohen Ausschußraten führe. Aber auch in größeren Fabriken ist dieses Leck-mich-am-Arsch Verhalten der ArbeiterInnen stark verbreitet. So führte es laut FAZ unter anderem dazu, daß VW seinen Betrieb in Westmoreland dicht machen mußte.

Zudem war es dem Kapital nicht gelungen, in den Autofabriken "veraltete Arbeitsregeln" (FAZ) zu knacken. Der 1981 verhängte Mindestlohn geriet in mehreren Sektoren und Regionen gleichzeitig unter Klassendruck. Zum einen durch die Kämpfe illegaler LandarbeiterInnen in den Südstaaten, die jedoch teilweise von der Landarbeitergewerkschaft UFW eingebunden wurden. Zum anderen durch die Fluktuation der EinwanderInnen gegen den Mindestlohn, die sowohl in der Bekleidungsindustrie in Los Angeles wie auch in der Landwirtschaft in Oregon dafür sorgte, daß zum alten Mindestlohn keine ArbeiterInnen " mehr zu haben waren "(Business Week)

Mit die höchsten Lohnforderungen werden im Augenblick von den MalocherInnen in den Dienstleistungsbetrieben in den Vorstädten der Metropolen durchgesetzt, und die Situation " ... ist in allen Großstädten schwierig." so der Chef des McDonalds Konzerns, der fast nirgendwo mehr Mindestlohn

bezahlt. Insgesamt gingen die Löhne im Januar 1988 um 0,9% und im Februar diesen Jahres um 0,7% nach oben.

c.1985 bis 1988

Der Crash vom Oktober war der zweite etwas lautstärkere Teil der Deflationierung von Dollar Anlagen in den USA. Seit dem Herunterfahren des Dollar nach dem Plaza-Abkommen waren hunderte Milliarden Dollar an den US-Anleihemärkten flöten gegangen, daraufhin wurde mehr und mehr Liquidität in die Aktienmärkte gepumpt. Das Plaza-Abkommenvom Herbst 1985 drückt einen vom transnationalen Kapital projektierten Schwenk des "Dauerkrisen-Booms" hin zu einer neuen Phase der Vergesellschaftung von Arbeit aus. War der Kredit in der Hochzinsphase die monetäre Weichenstellung zur Ausdehnung des absoluten Mehrwerts, so soll durch eine Umlenkung der Geld- und Kreditströme die Blockade der Sachkapitalinvestitionen durch die Spekulation aufgelöst werden.

Spekulationen, überhaupt all das, was den Geld- und Kapitalmarkt wie eine Spielbank erscheinen läßt, hat dem Richtungswechsel zu folgen oder läuft Gefahr, deflationiert zu werden. Sich über die technischen Ursachen des Crash's Gedanken zu machen, ist müßig, da technisch alles möglich ist. Entweder erfüllen Manipulationen und Spekulationen eine bestimmte historische Funktion in der Wiederherstellung des Kapitalkommandos über die Arbeit oder das Kapital muß sie fallen lassen. Betrachtet man sich die Defizite der USA etwas genauer, so sieht man, daß der Kern dieser Verschuldung nicht, wie die "Linke" gerne glaubt, die US-Hochrüstung ist, sondern die immense Verschuldung der amerikanischen Arbeiterklasse ist. Drei Viertel des Bruttosozialproduktes werden für den privaten Verbrauch produziert, die Verschuldung der privaten Haushalte läßt sich daran erkennen, daß 88% des verfügbaren Haushaltseinkommens kreditfinanziert ist.

Dies bedeutet auf der einen Seite, daß die Klasse in ihren Forderungen nach Konsum sich in keiner Weise einschränken und daß diese Forderungen eine neue Art von Keynesianismus in den USA hervorgebracht hat, der zugleich die Verschuldung vom Staat auf die Arbeiterklasse unmittelbar abwälzt. Weiterhin war also die Klasse in den USA mit ihren Forderungen Motor des wirtschaftlichen Wachstums, der Vergesellschaftung von Arbeit. Das eigentliche Problem des transnationalen Kapitals in den USA ist einerseits die Masse von 400 Mrd.\$ fauler Schulden, die die privaten Haushalte so zur Seite schoben, d.h. Schulden, an deren Rückzahlung niemand mehr glaubt, und auf der anderen Seite, daß die Klasse in der nächsten Zeit die Löhne immens nach oben treiben wird, dafür jedoch im Traume nicht daran denkt, konkurrenzfähige Produkte herzustellen. Die Klasse setzt der absoluten Mehrwertabpressung ein schroffes Ende und dies bereits seit über einem Jahr. Das Kapital hat jedoch im Augenblick in den USA kaum eine Möglichkeit, den Forderungen der Klasse auszuweichen, die Produktionskapazitäten sind voll ausgelastet, die Arbeitslosigkeit bewegt sich um die 5%, d.h. beinahe Vollbeschäftigung.

Nicht die Defizite für den Klassenkonsum stoßen an ihre Grenzen, vielmehr haben die Klassenforderungen nach mehr Lohn das gesamte Projekt der Klassenverschuldung zur Steigerung der Profite ausgehöhlt. Die global besten Produktionsbedingungen funktionierten nur bei gleichzeitiger Kreditierung der Klassenforderungen und nur solange, solange sich die Klasse mit dem Kredit zufrieden gibt. Die Klasse geht also vermehrt dazu über, die Defizite wieder auf das Kapital abzuschieben. Hiergegen Maßnahmen zu ergreifen, ist der Kern der Forderungen des transnationalen Kapitals, etwas gegen das Handelsbilanzdefizit zu unternehmen. Dabei liegt das Problem der faulen Schulden weniger in der Erhaltung der Solvenzfähigkeit der Banken, als darin, daß bei einer derartigen Masse nicht mehr rückzahlbarer Kredite, der Kredit an sich seine disziplinierende Wirkung verliert. Aussichtslos pleite zu sein, treibt keine/n Prolet/arin zur Arbeit mehr an. Hier verliert der Kredit auch seine Funktion der Klassenspaltung, denn den Mindestlöhnen über den Kredit ausweichen können bzw. konnten nur die Teile der US-amerikanischen Arbeiterklasse mit US-Staatsbürgerschaft. Hatte das transnationale Kapital Ende der 70er (in der USA wie in der BRD) versucht durch die Abwälzung der Staatsdefizite auf die Kommunen, diesen die Wiederherstellung des Kapitalkommandos durch Ausgabenkürzungen zu delegieren, so war es Anfang der 80er Jahre dazu übergegangen, die Klassenforderungen unmittelbar in eine Verschuldung der Klasse umzudrehen. Auf das Scheitern dieser Kreditpolitik, das sich immer mehr abzuzeichnen beginnt, reagiert es in zwei Richtungen. Auf der einen Seite versucht es eine Erhöhung der Produktivität gegen die Klasse durchzusetzen, auf der anderen die Kreditvergabe an die Klasse zu drosseln. Letzteres beispielsweise durch die Streichung der Möglichkeit für die Arbeiterklasse, Kredite von der Lohnsteuer vollständig abzuziehen (Ende 1986). Bis zu diesem Zeitpunkt zahlte

keine Lohnsteuer, wer sich kräftig verschuldete (eingeführt wurde dieser Verschuldungshebel über die Reagan'sche Steuerreform).

Der Kredit mußte also insgesamt eine andere Richtung bekommen, weg von der Finanzierung des Klassenkonsums als treibende Kraft zur Ausdehnung der absoluten Mehrwertabpressung hin zur Finanzierung einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals, einer Erhöhung der Produktivität.

Diese Richtungsänderung des Kredits sollte durch den Crash verstärkt werden - eingeschlagen wurde sie bereits durch das Plaza-Abkommen. Neben der Klassenverschuldung in den USA war die zweite tragende Säule der Ausdehnung der absoluten Mehrwertabpressung der "exportbedingte Strukturwandel" (DIW) in der BRD, aber v.a. in Japan. Über sechs Millionen MalocherInnen allein in Europa und in Japan arbeiten für den US-Konsum, zum Vergleich: In der BRD sind insgesamt gerade mal acht Millionen MalocherInnen in der gesamten Industrie beschäftigt. Ungleichgewichte in der Handelsbilanz geben innerhalb der globalen internationalen Arbeitsteilung lediglich die Richtung wieder, in welcher die Profitmassen abgeschöpft werden. Richtungsweisend ist, wenn auch durch die Transnationalisierung des Kredits (oder besser ihre Ausdehnung) anfang der 70er auf einer konzentrierteren Kommandoebene, die Durchschnittsprofitrate. Das heißt, das Kapital höherer organischer Zusammensetzung schöpft eine Masse an Profit von Kapitalien niedrigerer organischer Zusammensetzung ab. Was oben als zweite Säule der Ausdehnung der absoluten Mehrwertabpressung bezeichnet wurde ist eigentlich die Voraussetzung oder die treibende Kraft dieser: die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals in der BRD und in Japan, später auch in Italien und England.

Hierin liegt eine weitere Ursache für die Dollarkrise und die Kapitalflucht aus den USA Ende der 70er Jahre, das Kapital floß in diese Zentren der Produktivitätserhöhung um eine Art Pol auszubauen, der den Angriff auf die US-Arbeiterklasse in Gestalt der Ausdehnung des absoluten Mehrwerts in Schwung bringen sollte.

Konsolidierung, d.h. Niedrighaltung der Klassenforderungen in den europäischen Metropolen und Japan auf der einen Seite, Wachstum und Boom bei gleichzeitiger immensen Reallohnsenkung über Verschuldung der Klasse in den USA auf der anderen Seite. Finanziert wurde diese Klassenverschuldung über die in den USA und dem Trikont hauptsächlich abgeschöpften Profitmassen.

Die zwei Richtungen, in die das Kapital die (schon wieder) trudenlnden Geld-/Kreditströme mit dem Plaza-Abkommen umlenkte waren:

- Das Abbremsen der alten Export/Import Abschöpfungen der Profitmassen, woraus der größte Teil der Kreditierung der US-Klassenforderungen geschöpft wurde.

- Die Umlenkung der Geld-/Kreditströme in Sachkapital der Verwertung.

Zur Durchsetzung dieser neuen Kreditrichtung mußten Massen von Spekulationsgeldern "wertberichtigt" werden, eben um die neue Richtung klar zu machen (und eine sehr lautstarke Wertberichtigung stellte der Crash unter anderen dar). Das Plaza-Abkommen hatte über das Herunterfahren des Dollar unmittelbar folgende Wirkungen:

- Die ausländischen Dollaranlagen in den USA, über die 75% des Klassenkonsums auf der einen Seite, ein beträchtlicher Konzentrationsprozeß auf der anderen Seite finanziert wurde, wurde deflationiert, d.h. die Rentabilität solcher Kredite wurde geschmälert (Staatsanleihen, Schatzbriefe...)

- Die Exporte des Nicht-Dollarraumes in die USA wurden verteuert, d.h. der Ausbau der Exportwirtschaften sowohl in Europa wie in Japan wurde gebremst oder gar gestoppt wie in der BRD.

- Die Direktinvestitionen aus dem Nicht-Dollarraum in den Dollarraum v.a. in die USA wurden verbilligt.

- Die Importe aus dem Dollarraum wurden verbilligt, Öl für den Konsum ebenso wie Computerbauelemente aus Südkorea. (Bedeutend wurde dies nach den Massenstreiks in Südkorea, als nach der Verstärkung dieser Tendenz durch den Crash eine Art "drive" hin zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung verstärkt wurde, in welcher das Kapital in Südkorea den Kämpfen auszuweichen sucht).

Was jedoch im Plaza-Abkommen nie beabsichtigt war, war ein Ausgleich der Handelsbilanzungleichgewichte über eine Ausdehnung des US-Exports, der den US-Boom auf Basis der Ausdehnung der absoluten Mehrwertabpressung nicht nur fortpflanzt, sondern sogar noch angeheizt hätte. Der Exportboom der USA, der als Folge des Crash's ausgelöst wurde, warein Unfall. Dies hatte wohl auch Pöhl im Dezember 1987 im Kopf, als er meinte, eine Ausdehnung der US-Exporte würde "den Struktur-

wandel der US-Wirtschaft behindern". Um eben diese Umstrukturierung nicht zu behindern, wird der Dollar gegen Ende 1987 denn auch wieder stabilisiert.

Plaza zeigte Wirkung.

Sowohl die BRD wie die japanischen Konzerne trieben ihre Direktinvestitionen in den USA nach oben, während die Inlandsinvestitionen stagnierten oder zurückgingen. Die Direktinvestitionen in Sachkapital im Ausland gingen von 1983 bis 1986 um 150% nach oben; ca. 50% der Direktinvestitionen wurden in der USA getätigt (BRD).

Um die Direktinvestitionen noch stärker zu verbilligen, wertete Japan den Yen in den letzten Jahren mehrmals gegenüber dem Dollar auf, das letzte mal kurz nach dem Crash, der den Dollar offensichtlich nicht weit genug nach unten getrieben hat. Die sogenannte Exportmacht stellte ihre Währung für die Produktion in ausländischen Binnenmärkten um. Natürlich durfte nicht der gesamte Geld-/Kreditfluß auf den US-Kapital- und Anlagenmarkt unterbunden werden, schon allein des Schuldendienstes der USA wegen. Um einen neben dem Geldfluß in die Verwertung gebremsten Kreditfluß aufrechtzuerhalten, wurden die hohen Zinsen zwar gekappt, jedoch ein Zinsgefälle zwischen den Metropolen installiert.

Worauf das Plaza-Abkommen im Kern zielte war:

Ausbau der Binnennachfrage in den Überschußländern, Verringerung der Defizite in den USA. Was oberflächlich erstmal recht banal klingt, ist der Kern eines neuen Kapitalprojektes. Die Umstrukturierung der globalen Klassenzusammensetzung über eine Verschiebung der alten Export/Import bestimmten Abschöpfung der Profitmassen hin zur global abgestimmten (seit Plaza eines der Lieblingswörter der Schweine) Verwertung der Klasse in riesigen Binnenmärkten. Der Richtungswechsel der Geld-/Kreditströme weg von der Klassenverschuldung hin zur Produktivitätssteigerung in den USA zielt also nicht einfach auf eine Restauration der USA als Wirtschaftsmototr ab, diese Rolle wird eine nationale Ökonomie auch die USA allein gar nicht mehr spielen können.

Wegen und über ihre nach wie vor zentrale Bedeutung, die die US-Wirtschaft für die transnationale/internationale Klassenzusammensetzung hat, wird eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung in den USA wie eine Art Hebel oder Initialzündung hin zu einer globalen Umstrukturierung wirken. Weg von der Export/Importverflechtung der drei treibenden kapitalistischen Transmissionsriemen BRD, Japan, USA hin zu Direktinvestitionen in den von ihnen jeweils forcierten Binnenmärkten USA-Kanada-Mexiko, Europa, Asien ( hier zeichnet sich allerdings im Augenblick unmittelbar erst der ASEAN-Binnenmarkt unter Führung von Malaysia und Singapur ab).

Für einen vom transnationalen Kapital vorgesehen langsamen Übergang in den Strukturwandel auf globaler Ebene und ohne Rezession wurde im monetären Bereich ein Schwenk vollzogen, für den Baker bereits seit seinem Amtsantritt im Frühjahr 1985 plädierte, die faktische Rückkehr zu festen Wechselkursen. Der Dollar wurde (relativ) stabilisiert, um einem Exportschub der US-Industrie entgegenzuwirken, und dies auf einem Level, das die Importe der USA teuer halten sollte, um die Binnennachfrage der Klasse zu bremsen. Zum anderen sollte eine Verbilligung der Verwertung im US-Binnenmarkt gegenüber der Realisierung der Profite im Außenhandel auf längere Sicht hin stabilisiert werden.

Jedoch kurz nach dem Louvre-Abkommen vom März 1987 sorgte die Nachfrage der Klasse nach Konsum wie Krediten dafür, daß sich ein Ende der Kapitalträume vom langsamen rezessionslosen Strukturwandel abzeichnete. Nachdem im Januar und im Februar die Nachfrage enorm nach oben gegangen war- allein in diesen beiden Monaten war der Einzelhandelsumsatz um 1,2% gestiegen, das hätte einen Jahreszuwachs um die sieben Prozent bedeutet- setzte der FED erneut die Zinsen nach oben und ging zu einer restriktiven Geldpolitik über.

Mit stark verteuerten Energiekosten, deren Anteil an den Gesamtaufwendungen für Importe von 18% im Januar 1987 auf 30% im August nach oben getrieben wurde, bremste das Kapital zwar die Binnennachfrage der Klasse nach altem Angebotsmuster, die Verschuldung der Klasse nahm jedoch weiter zu, da sich die Klasse trotz kontinuierlich erhöhter Zinsen allem Anschein nach die Kohle für die verteuerten Importe von der Bank holte.

Bei den steigenden Kapitalmarktzinsen bewirkte auch eine nach wie vor hohe Deflationierung von Dollaranlagen in den USA durch den instabil gehaltenen Dollar (von Januar bis August 1987 immerhin 360 Mrd.\$ Verlust ) keinen Richtungswechsel der Kreditströme in die Verwertung. Im Gegenteil, nachdem wie in alten Bretton Woods Zeiten wieder nur die Nicht-Dollar Imperialisten die Paritäten garan-

tierten und stützten, wurden durch deren Interventionen am Devisenmarkt auch v.a. deren national Geldmengen ausgedehnt, was ein Zinsgefälle Richtung Dollaranlagemärkte noch weiter vergrößerte

Kein Richtungswechsel der Geld- und Kreditströme ist jedoch nicht ganz korrekt. Ein Wechsel fa schon statt, nur nicht **allein** in die richtige Richtung. Auf der einen Seite wurden die Direktinvestitionen in den USA zwar auch 1987 beträchtlich nach oben geschraubt, sie werden 1988 das "Rekorde gebnis" von 1986 weit übertreffen, jedoch reicht diese Steigerung für den großen Sphung in die Produktivität bei weitem nicht aus, zumal auf der anderen Seite ein viel größere Menge spekulativ Geldströme lediglich auf eine andere unproduktive Ebene vor den Verlusten auf den Anlagemärkten auswich - auf die Börse.

Zwar finanziert sich das produktive US-Kapital auch und gerade was Investitionen in Produktivmittel betrifft, viel stärker über den Aktienmarkt als dies beispielsweise das Kapital in der BRD tut jedoch wird über den US-Aktienmarkt augenblicklich v.a. ein Konzentrationsprozeß finanziert und weiter forciert, der mittlerweile vollkommen "hohl dreht" und sämtliche Investitionen in die Verwertung nur noch blockiert, hunderte Milliarden von Dollar werden permanent zusammengezogen, " und entweder Mehrheiten zu erwerben oder sich davor zu schützen "(FAZ).

Insgesamt wahrscheinlich die Spätfolgen des (durchaus beabsichtigten) Konzentrationsprozesses der Hochzinsphase wie der Blockierung von Anlageneinvestitionen durch die Steuerreform.

Der Auslöser des Crash's war ein geschicktes Manövrieren mit der Spekulation. Welcher ausländische Kapitalist würde nicht in die Tastatur seiner Terminals dreschen lassen, wenn ihm der Finanzminister des Anlagenlandes flüstert, in wenigen Sekunden sei von seinen Dollars nicht mehr übrig. E gentliche Ursache des Crash's war die Erkenntnis innerhalb des transnationalen Kapitals, daß sowohl der Konsum, wie die Lohnforderungen der Klasse in den USA ohne eine " längere Binnenrezession in den USA "(Business Week) nicht würden eindämmen werden können.

Zwar waren die Löhne im letzten Jahr " moderat gestiegen " (Bus.Week) zum einen aber so hoch aber so hoch wie seit Jahren nicht mehr, zum anderen wurden in der Statistik die starken Lohnsteigerungen in den niedrigen Lohngruppen und Erhöhungen des landesweiten Mindestlohnes in einige Sektoren (wie jüngst bei McDonald) , auf deren **Senkung** der ganze US-Binnenboom beruhte, vor Lohnsenkungen in höheren Lohngruppen ausgeglichen.

Nachdem ein Abbremsen über den Crash nicht nur gegen die Klasse, sondern auch gegen einige Kapitalfraktionen in den USA (v.a. Mittelständische) nicht durchzusetzen war, wartet das transnationale Kapital damit ab, bis der Exportboom wieder in sich zusammenfällt, weil er an die Grenzen der Kapazität stößt.